

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1930**

27.3.1930 (No. 85)

# Badischer Beobachter

Bezugspreis: Monatlich 2.50 Mk. frei ins Haus, 2.70 Mk. bei der Geschäftsstelle abgeholt, Mk. 2.60 durch die Post ohne Zustellgebühr. Einzelnummer 10 Pfg. Samstags und Sonntags 15 Pfg. Abbestellungen nur bis 20. auf den Monatsabschluss. Im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

**Hauptorgan der badischen Zentrumspartei**

Erscheint 7 mal wöchentlich als Morgenzeitung  
Beilagen: Kauf u. Wissen, Gesundheitsrat, Witter für den Hausstand, Was der kathol. Welt, Sportbeilage, Deutsche Jugendkraft, Münch. Kleinrubelbogen, „Auffreier Wocher“, Geschäftsstelle, Redaktion u. Verlag: Steinstr. 17-21  
Fernspr.: Geschäftsstelle 6235, Redaktion 6230, Verlag 6237. Druckadresse: Beobachter, Postfachkonto Karlsruhe 4844

Anzeigenpreis: Die 10 gespaltene 27 mm breite Millimeterzeile im Anzeigenteil 10 Pfg., ansonsten 12 Pfg., für Gelegenheitsanzeigen 6 Pfg. die 3 gesp. 87 mm breite mm-Zeile im Reklameteil 60 Pfg. Rabatt nach Tarif. Bei Jahrgangswertigkeiten, zwangsweise Einzahlung oder Konkurs kommt der Rabatt in Wegfall. Satz der Anzeigenannahme 5 1/2 Ubr. — Erfüllungsort und Gerichtsstand in Karlsruhe.

Nr. 85 (12 Seiten)

Karlsruhe, Donnerstag, den 27. März 1930

68. Jahrgang

## Das Dotationsgesetz im Badischen Landtag angenommen

Mit 46 Stimmen der Regierungsparteien gegen 27 Stimmen der Opposition

Karlsruhe, 26. März. In der heutigen Nachmittags-Sitzung wurde nach eingehender Debatte die Beratung über das Dotationsgesetz abgeschlossen.

Beim Antrag betr. Konkordat enthielten sich 15 Abgeordnete der liberalen Arbeitsgemeinschaft sowie der Wirtschaftspartei und Bauernpartei der Stimme. Die zum Gesetz vorliegenden Anträge der Opposition werden gleichfalls abgelehnt.

Der Gesetzentwurf über die Dotationen wird sodann in namentlicher Abstimmung mit 46 Stimmen der Regierungsparteien gegen 27 Stimmen der Opposition, bei Stimmenthaltung des Abg. Spielmann (W. u. Vpt.) in erster Lesung angenommen.

Da die Oppositionsparteien der sofortigen 2. Beratung widersprechen, kann diese erst in acht Tagen stattfinden. Die Eingabe des evangelischen Oberkirchenrats sowie einer großen Zahl evangelischer Kirchenausschüsse und -Gemeinden, wie auch das Gesuch des altkatholischen Synodalrats werden mit dem gleichen Stimmenverhältnis für erledigt erklärt.

Vor Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag betr. Befreiung der Höchstgrenze für die Landeskirchensteuer und rechtzeitige Einbringung einer neuen Abbauvorlage vor Ablauf des jetzt beschlossenen Gesetzes erklärt Abg. Hofheinz (Dem.) die Zustimmung der liberalen Parteien. Der Antrag findet mit 36 gegen 33 Stimmen, bei 4 Enthaltungen Annahme. Die Kommunisten stimmen mit dem Zentrum gegen den sozialdemokratischen Antrag, was im Hause fürmische Heiterkeit auslöst. Die Abstimmung über das Kultusbudget wird bis zur 2. Lesung des Dotationsgesetzes ausgesetzt.

W. B. Das der Debatte über das Dotationsgesetz von den Parteien selbst eine nicht unbedeutende Bedeutung beigelegt wurde, zeigte der Umstand mit aller Deutlichkeit, daß von fast allen Fraktionen die Fraktionsvorsitzenden ins parlamentarische Trommelfeuer vorgeschickt wurden. Man kann wohl von einem Trommelfeuer der Argumente und Gegenargumente sprechen, denn seit Jahren standen sich Opposition und Koalition mit solcher Schärfe gegenüber, wie es bei dem vorliegenden Gesetz der Fall war. Immer und immer wieder mußten die Redner der Koalition gegen die mehr oder weniger scharf pointierten Angriffe der Oppositionsparteien den wahren Sachverhalt und die unbefriedigte Parität der neuen Regelung klar herausstellen. Die Ausführungen der verschiedenen Oppositionsredner lassen sich im großen und ganzen auf drei Punkte zurückführen: Die neue Regelung verleihe die Parität, sei eine Unbilligkeit gegen die evangelische Kirche und sie sei ohne Einberufen mit der evangelischen Kirche zu Stande gekommen und daher geeignet, den konfessionellen Frieden zu stören. Diese Punkte waren mehr oder weniger die Grundlage aller oppositionellen Ausführungen, die von den einzelnen Rednern mit größerer oder geringerer Schärfe gegen die Regierung ins Feld geführt wurden und auf der sich brüderlich vereint die Demokraten Dr. Leers und Hofheinz, der Abg. Bauer von der liberalen Volkspartei, Nationalsozialisten und Evangelischer Volksdienst die Hände reichten. In außerordentlich wirkungsvoller Weise geranzten

die Zentrumsabgeordneten Dr. Baumgartner und Dr. Fernan

die unhaltbaren Beweisgründe der Opposition. Mit Nachdruck wies gerade der Fraktionschef des Zentrums auf die moralische und juristische Pflicht des Staates zur finanziellen Unterstützung der Kirche hin und legte einmal klar, was der Staat wider Recht und Gesetz vor hundert Jahren sich von der Kirche angeeignet hatte. Für die deutschnationale Einstellung ist es bezeichnend, daß gerade die, die so stark für den Legalismus eintreten, gerade in Bezug auf die katholische Kirche trotz Reichsgericht und Staatsgerichtshof begründete Rechtsansprüche nicht mehr anerkennen wollen.

Mit Enttäufung wurde die von liberaler Seite wie von der Seite des Evangelischen Volksdienstes vertretene Auffassung zurückgewiesen, daß auf Grund des höheren Steueraufkommens der evangelischen Mitbürger der evangelische Volksteil an den Lasten für die katholische Kirche mittle und daß die Berechtigung vorhanden sei, das Steueraufkommen der Konfessionen zur Grundlage der Dotationsverteilung zu machen. Mit einer derartigen Betrachtungsweise, daß die Reichsbürger auch am meisten vom Staat erhalten sollten, wird jede soziale Gerechtigkeit illusorisch gemacht. Das ist der Standpunkt des alten Drei-Klassenwahlrechts, das ist die alte Herrenmoral des liberalen Bürgertums, das aus den Umwälzungen der letzten Jahrzehnte nichts gelernt und nichts vergessen hat. Wenn der Abg. Maier von der Sozialdemokratie in seiner gründlichen Abrechnung mit der Opposition, in der er in durchaus anerkannter Weise die hohe Bedeutung der auf der Religion basierenden Moral für das Staatsleben würdigte, darauf hinwies, daß eine derartige Einstellung dem deutschen Volke den Haß der Welt zugezogen habe, so kann man dem nicht ohne weiteres widersprechen. Einen Vortreff-

ins Oppositionslager schoß der Abg. Dr. Person ab, als er Zeugen aus der Werkstatt des ersten Dotationsgesetzes aus der Mainblüte der liberalen Herrlichkeit zitierte. Der badische Staatsminister Soll y hat die Vorzugstellung der evangelischen Kirche im alten Dotationsgesetz durchaus zugegeben und sein geringeres als Minister La m e y hat seine Ungerechtigkeit der katholischen Kirche gegenüber anerkannt. Immer und immer wieder haben die Vertreter des katholischen Volksteils eine gerechte Verteilung gefordert, ohne aber zum Ziele zu gelangen.

Es ist deshalb eine Ungeheuerlichkeit, wenn der Regierungskoalition vorgeworfen wird, sie störe den konfessionellen Frieden in einem Augenblick, wo man darangeht, ein Jahrzehnt altes Unrecht gegenüber der kathol. Kirche durch Aufrihtung einer wahren Parität wieder gut zu machen.

Das läßt darauf schließen, daß weder die Gerechtigkeit noch die Interessen der katholischen Kirche bei der Opposition eine billige Würdigung erfahren können.

Das Zentrum sieht in der Herstellung des Rechts weder eine Störung des konfessionellen Friedens noch eine Benachteiligung der evangelischen Kirche, erblickt aber mit Recht in dem von der Opposition vorgeschlagenen vollkommenen Abbau der Dotationen im Zeitraum von 5 Jahren eine wirkliche Schädigung aller Konfessionen. Das Bild der Abstimmung zeigte die geschlossene Opposition gegen die Regierungskoalition, die namentliche Abstimmung beweist dem katholischen

Volksteil, wer wirklich zu einer objektiven Würdigung der Gerechtigkeit fähig ist und wer nicht. Der konfessionelle Friede kann nur gestört werden, wenn politische Drahtzieher hieraus ein unfauberes Geschäft machen wollen. Das badische Volk in seiner Gesamtheit wird Verständnis dafür aufbringen, daß es Aufgabe des demokratischen Staates ist, begangenes Unrecht zum Recht umzuwandeln. Jahrzehnte hat der Katholizismus im Lande Baden schweres Unrecht und Zurücksetzung ertragen, ohne sich gegen Staat und Obrigkeit einzustellen. Jeherzeit hat der Katholik seine Staatsbürgerpflicht erfüllt, es ist auch zu hoffen, daß der evangelische Volksteil trotz der Mahnungen und Drohungen der Opposition an diesem Verhalten und glänzenden Beispiel der Katholiken in seiner Einstellung zum Staat ein Beispiel nehmen wird.

Es hat sich aber auch wieder gezeigt, daß die Zentrumspartei die einzige Hüterin katholischer Interessen im öffentlichen Leben darstellt, wenn es auch der Abg. Dr. Leers nicht wahr haben will. (Den ausführlichen Sitzungsbericht siehe Seite 6.)

### Der älteste Bischof Italiens gestorben

Rome, 26. März. Hier starb im Alter von neunzig Jahren Bischof L u d d i. Der Verstorbene war der älteste der italienischen Bischöfe und bekleidete zuletzt das Bischofsamt von Asti.

## Heute Entscheidung in Berlin!

Kommen wir um den Paragraphen 48 herum?

Dr. Sch. Berlin, 26. März. (Eig. Drahtber.)

In den Verhandlungen zur Erzielung einer Verständigung zwischen den Regierungsparteien über die Finanzgesetze ist auch heute nicht der geringste Fortschritt zu verzeichnen und die Situation hat sich infolgedessen so sehr zuspitzt, daß nach allgemeiner Auffassung nur noch eine Notlösung die Parteien bereit finden wird, den finanziellen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen. In den Parteiführerbesprechungen, die gestern Nacht beim Reichskanzler stattgefunden haben, unter den Parteien und ihren Führern und Sachverständigen hat man verschiedene Heberbrückungsversuche gemacht, aber alle Vorschläge, die zur Debatte standen, sind einmal von der Sozialdemokratie und das andere Mal von der Deutschen Volkspartei abgelehnt worden. Willig unverständlich ist es, daß die Sozialdemokratie neue Vorschläge, die der Reichsfinanzminister zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung machte, reiflos ablehnte. Vorschläge, die in allen wesentlichen Punkten das enthielten, was schon früher einmal die Zustimmung der Sozialdemokratie gefunden hatte.

Es zeigt sich mit jedem Tage deutlicher, wie notwendig es gewesen wäre, entsprechend der Forderung des Zentrums bindende Vereinbarungen unter den Parteien über die Finanzgesetze vor der Annahme des Youngplans herbeizuführen.

Nur weil die Parteien nicht mehr unter einem außenpolitischen Druck stehen, glauben sie es sich leisten zu können, kleine und kleine Sonderwünsche mit einer geradezu ungläublichen Hartnäckigkeit verteidigen zu dürfen, ohne Rücksicht darauf, daß schon in wenigen Tagen die neuen Steuern fließen sollen. Gewiß hat der Reichspräsident die Garantie geschaffen, daß die notwendigen Gesetze rechtzeitig durchgeführt werden, aber die Parteien dürfen sich keiner Täuschung darüber hingeben, daß ein solcher Schritt des Reichspräsidenten unabsehbare Konsequenzen für das Kabinett und das Parlament zur Folge haben kann, und daß die Verantwortlichkeit für die Haltung derjenigen Parteien, die immer wieder eine Verständigung unmöglich machen, keine Spur von Verständnis mehr aufbringen kann.

Aus diesem Grunde sind das Zentrum und seine Unterhändler andauernd bemüht, Wege für eine normale parlamentarische Verabschiedung der Finanzgesetze frei zu machen. Ob diese Bemühungen allerdings noch zu einem Erfolg führen werden, ist außerordentlich fraglich, denn

neben dem mangelnden Verantwortungswillen der Parteien muß man wieder einmal die völlig unzureichende politische Führung der Reichsregierung feststellen,

die sich auch jetzt wieder wie schon so häufig erit nach der entschiedenen Forderung des Zentrums aufzuraffen scheint. Das Zentrum hat in den gestrigen Nachtbesprechungen dem Reichskanzler unzweideutig erklärt, daß es ein fortwährendes Hin-

auschieben der wichtigsten Entscheidungen nicht mehr hinnehmen könne, das Zentrum sieht die Verantwortung für eine solche Politik mit aller Entschiedenheit ab.

### Kompromißvorschlag zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung

Dr. Sch. Berlin, 26. März. (Eig. Drahtber.)

Die Sitzung der Reichsregierung, in der die für die parlamentarische Entwicklung entscheidenden Entschlüsse gefaßt werden sollen, ist auf morgen 12 Uhr festgesetzt worden. Heute abend steht im Reichstag der Entschluß bevor, denn die Parteien und die sozialpolitischen Sachverständigen der Parteien haben sich erneut versammelt, um eine Lösung zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung zu finden. Dieses Problem ist im Laufe des heutigen Tages ebenso wie die Fragen der Steuererhöhung und der Steuerentlastung eingehend beraten worden. Dabei hat sich herausgestellt, daß es auch unmöglich ist, auf dem bisherigen Wege die Sozialdemokratie und die Deutsche Volkspartei zu einem gemeinsamen Ziel zu bringen. Mit anderen Worten heißt das, daß man an eine völlige Sanierung der Arbeitslosenversicherung nicht mehr glaubt, und bereits heute abend stand in den Verhandlungen ein Vorschlag zur Debatte, der nichts anderes als eine halbe Lösung bedeutet. Der neue Vorschlag läuft darauf hinaus, die 3/4 Prozent Beitragserhöhung bei der Arbeitslosenversicherung beizubehalten und die 150 Millionen aus dem Verkauf der Reichsbahnvorszugsaktien sowie 70 Millionen aus der Bank für Industrieobligationen, insgesamt also 220 Millionen in den kommenden Monaten zur Deckung des Defizits bei der Arbeitslosenversicherung zur Verfügung zu stellen. Außerdem soll der Wunsch der Sozialdemokratie nach gleichlicher Verteilung der Reichszuschüsse garantiert werden mit der Maßnahme, daß, wenn die Arbeitslosenversicherung über die oben angegebenen Summen hinaus noch Mittel benötigt, die Reichsregierung sofort ein Gesetz vorlegen soll, durch das Beitragserhöhungen oder andere Einnahmequellen gesichert werden sollen. Auf dieser Basis hofft man zu einer Verständigung zu kommen, denn man glaubt, daß es, sobald die schwierigen Fragen der Arbeitslosenversicherung gelöst sind, über alle anderen strittigen Punkte zu einer Verständigung kommen wird.

Wir möchten von vornherein betonen, daß eine solche halbe Lösung, weil alle Generalprobleme auf den nächsten Herbst verschoben werden sollen, uns nicht im mindesten gefällt. Es ist vorauszu sehen, daß man sich im Herbst über die Frage der Beitragserhöhung und der inneren Reform bei der Arbeitslosenversicherung ebensowenig verständigen wird, wie heute und die Parteien werden es sich reichlich überlegen müssen, ob es gerechtfertigt ist, jetzt halbe Maßnahmen zu beschließen, nur um eine Verständigung unter den Regierungsparteien zu ermöglichen. Wir hoffen, daß es trotz aller Schwierigkeiten noch zu einer anderen Lösung kommen wird. Morgen vormittag soll auch in der Parteiführerbesprechung die letzte Entscheidung fallen. Diese finden um 10 Uhr statt und mit ihrem Ergebnis wird sich dann das Kabinett beschäftigen.

### Mehrheit in der französischen Kammer für den Youngplan

Paris, 26. März. Zu der Debatte über die Ratifizierung des Youngplans, die morgen in der Kammer beginnt, haben sich schon 16 Redner zum Wort gemeldet, woraus man schließen darf, daß frühestens Mitte nächster Woche die Abstimmung erfolgen kann. Ihr Ergebnis ist nicht zweifelhaft. Für die Ratifizierung wird sich eine Mehrheit finden, auch dann, wenn das Verhalten der Radikalen und der Marin-Gruppe mit den rechts von ihr stehenden Anhängern noch Ueberraschungen bringen sollte. Die Lage hat sich nämlich insofern geklärt, als die Sozialisten gestern beschlossen haben, für die Ratifizierung zu stimmen auch dann, wenn Ministerpräsident Lardieu die Vertrauensfrage stellen sollte. Die Marin-Gruppe hat ihren Mitgliedern die Abstimmung freigegeben. Es können also beliebig viele Anhänger dieses Mannes, der selbst in der Debatte das Wort ergreifen wird und in derselben energischen Weise wie seinerzeit gegen das Locarno-Abkommen auch gegen den Youngplan und die Rheinlandräumung sprechen dürfte, für oder gegen die Ratifizierung Stellung nehmen. Die Radikalen, die gestern getagt haben, haben noch keine Entscheidung getroffen; sie wollen sich erst heute schlüssig werden. Es scheint nun, daß eine Einigung über eine einheitliche Stellungnahme nicht zustandekommt. Daß Fraktionszwang nicht geübt werden wird, daß zum wenigsten eine starke Minderheit für die Ratifizierung stimmen wird, an der Ratifizierung selbst ist also nicht zu zweifeln.

### Die Angelegenheit Kutiepoff immer noch ungeklärt

Paris, 26. März. Die unter Eid gemachten Aussagen einer Dame der höchsten russischen Gesellschaft, die aus nächster Nähe von Cabourg der Verschleppung des Generals Kutiepoff beigewohnt haben will, werden von den Bewohnern der Gegend angezweifelt. Weber könne, so behaupten sie, ein Auto

wegen der zerklüfteten felsigen Gegend nahe ans Meer fahren, noch könne ein Motorboot von der Seeher her wegen der Klippen sich der Küste nähern. Die Angelegenheit Kutiepoff bleibt also nach wie vor dunkel.

### Glückwunsch des Reichspräsidenten zum Erfolge der „Europa“

Berlin, 26. März. Der Herr Reichspräsident hat an den Norddeutschen Lloyd Bremen folgendes Telegramm gerichtet:

„Herzlichen Glückwunsch zum Erfolge der „Europa“. Die Erbauer des schönen Schiffes wie Sie selbst können mit besonderer Befriedigung auf diese neue hervorragende Leistung deutscher Technik wie deutscher Seefahrt blicken.  
(gez.) v. Hindenburg, Reichspräsident.“

### Tragödie eines englischen Monitors

London, 26. März. „Daily Telegraph“ berichtet: Die Erinnerung an eine furchtbare Tragödie des Krieges wird wachgerufen durch die Nachricht, daß die Ueberreste von einem Offizier und 57 Mann des Monitors „Glatton“ geborgen worden sind und am 3. April mit militärischen Ehren auf dem Friedhof von Gillingham beigelegt werden sollen. Der Monitor war am 16. September 1918, acht Wochen vor dem Waffenstillstand, im Hafen von Dover, der Nervenzentrale der Kanalverteidigung, in Brand geraten. Da die Gefahr einer Explosion bestand, die zu ungeheuren Zerstörungen geführt hätte, erfolgte Befehl, das Fahrzeug zu torpedieren, wobei von der aus 303 Mann bestehenden Besatzung über 100 den Tod fanden. Im Jahre 1926 gelang es, das Schiff an die Wasseroberfläche zu bringen

und landeinwärts zu schleppen. Im Laufe der Abbrucharbeiten wurden dann allmählich die Skelette eines Teiles der mit dem Fahrzeug veruntenen britischen Seeleute gefunden und den Marinebehörden übergeben.

### Hitler's Großentwaffnung

Er will Präsidentschaftskandidat werden!

Berlin, 26. März. (Eigene Meldung.) Zu den Meldungen über Bemühungen Hitlers, deutscher Reichsangehöriger zu werden, hört die „D. N. Z.“ von „gut unterrichteter Seite“, daß der Wunsch Hitlers hauptsächlich auf der Absicht beruhe, bei der nächsten Präsidentschaftswahl sich als Kandidat aufstellen zu lassen. Hitler habe inzwischen das in der Verfassung vorgeschriebene 35. Lebensjahr vollendet muß aber als Präsidentschaftskandidat die Reichsangehörigkeit besitzen.

### Der Reichsrat genehmigt die Agrarzollvorlagen

Berlin, 26. März. Der Reichsrat genehmigte heute die gestern vom Reichstag angenommenen Vorlagen über Abänderung der Agrarzölle, sowie das Maismonopolgesetz gegen die Stimme Bremens.

### Die Durchführung des Westgrenzprogramms

Berlin, 26. März. Dem Amtlichen preussischen Pressebüro wird aus dem preussischen Landwirtschaftsministerium geschrieben: Die Bekanntgabe des Inhaltes des vom Reichskabinett beschlossenen neuen Ostprogramms hat in den Westgrenzgebieten Besorgnis über das Schicksal des Westgrenzprogramms wachgerufen. Das Ostgrenzprogramm ist der Niederschlag der seit längerer Zeit zwischen Reich und Preußen geführten Verhandlungen, von denen der preussische Landwirtschaftsminister Steiger bereits bei der Beratung des Haushaltes der landwirtschaftlichen Verwaltung im Hauptauschuß des Landtages am 7. Januar 1930 vorbereitende Mitteilungen gemacht hat. An gleicher Stelle hat er sich auch zu den schwebenden Verhandlungen über ein Programm für die Bedürfnisse der Landwirtschaft des Westgrenzlandes geäußert. Ein Zweifel daran, daß auch dieses Programm zur Durchführung gelangen wird, ist nicht berechtigt.

### Bergleute verschüttet

Morgantown (West-Virginia), 26. März. Bei einer Explosion, die sich heute morgen in der Kronenmühle in der Nähe von Fairmont ereignete, wurden 11 Bergleute verschüttet. Man glaubt, die Opfer der Katastrophe nicht mehr lebend bergen zu können.

### Explosion einer Handgranate

5 Soldaten verletzt.

Ungar, 25. März. Bei einer Übung der 5. Eskadron des 10. Kavallerieregiments im Handgranatenwerfen, explodierte eine Handgranate über dem Kopf eines Soldaten. Dieser und der links vor ihm stehende Instruktore, ein Oberleutnant, wurden schwer verletzt. Beiden wurde je ein Auge ausge schlagen, dem Soldaten außerdem der linke Arm abgerissen. Sie wurden sofort im Krankenhaus operiert. Ihr Zustand ist ernst. Drei weitere Soldaten wurden leicht verletzt.

## Neuer Skandal in Berlin

Dunkle Grundstücksgeschäfte

Berlin, 26. März. Im Landtag beschäftigte man sich in einem Ausschuß mit der Untersuchung in Sachen Klarer und hat in Verbindung damit beschlossen, Unteranschüsse zu bilden, die auch die An- und Verkäufe von Grundstücken durch die Stadt, die die WG und andere Gesellschaften unteruchen und die die Angriffe, die öffentlich gegen einzelne Personen erhoben worden sind, prüfen sollen. Der Magistrat Berlin hat im Anschluß an diese Untersuchungen ebenfalls Ermittlungen angeordnet, um Klarheit zu schaffen über die erhobenen Angriffe gegen frühere und jetzige Mitglieder der städt. Verwaltung. Bevor diese Ermittlungen nicht abgeschlossen sind, können nähere Angaben, die die Ermittlungen stören würden, nicht gemacht werden. Der Kreis der Personen, die bisher angegriffen worden sind, ist sehr umfangreich. Ob alle erhobenen Vorwürfe berechtigt sind, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen, weil das Material zu groß ist. Es handelt sich im wesentlichen um die Ankäufe von Eiesdorf, Johannistal, Kladow, von Gelände an der Landsberger Allee usw., sowie im Süden um Ankäufe in Schöneberg, ferner um den Verkauf der Grundstücke Velleuestraße 2, Hauptstraße 21 in Schöneberg, Ueberlassung von Gelände an städtische Baugesellschaften und um den Erwerb

von Gütern, bei denen einzelne Personen sehr viel verdient haben sollen. Auch die Gründung der städtischen Gesellschaft „Berolina“ und die Ankäufe von Grundstücken am Alexanderplatz, in der Königsstraße usw. werden untersucht, was viel Zeit erfordert, weil das Aktenmaterial auch hier sehr umfangreich ist. Wie bei der Untersuchung in Sachen Klarer, werden auch hier Personen mitverdächtigt, die vermutlich nicht belastet sind. Fest steht jedoch schon, daß die Stadt bei mehreren Geschäften erheblich übervorteilt worden ist.

### Riesensteuerbetrag eines Berliner Großkaufmanns

Berlin, 26. März. (Eigene Meldung.) Wie die Justizpressestelle mitteilt, befaßt sich die Staatsanwaltschaft mit Ermittlungen gegen einen Berliner namens Hermann St. Die Ermittlungen gegen den Finanzmann — er ist ein bekannter Berliner Großkaufmann, der in Berlin über 40 Häuser besitzt — liegt eine Strafanzeige der Kreuzischen Bauinspektion zu Grunde, nach der St. den preussischen Fiskus durch unlautere Machenschaften, hauptsächlich mit Hilfe gefälschter Wechsel, seit mehreren Jahren um Beträge von fast einer Million Mark geschädigt haben soll.

## Die kleine Eva

Roman von C. Fraser-Simson.  
Copyright bei Georg Müller, München.

26

Die wahrscheinlichste Erklärung lag in seinem Argwohn, sie möchte bei Nacht die Flucht ergreifen. So war er wohl heruntergekommen, um ihr zu folgen und erst, als er merkte, daß es zu spät war, auf den Gedanken gekommen, nach den Papieren in ihrem Zimmer zu suchen. Die Korridortür hatte er sicher offen gelassen, um zu hören, wenn sie zurückkehrte, und um sich durch Peters Ankleidezimmer davon zu machen. Dann war er durch ihr Ausgleiten auf den Stufen überfallen worden und hatte keine Zeit mehr gefunden, seinen ursprünglichen Plan auszuführen.

Sie erinnerte sich an seine verhüllten Drohungen am Abend vorher und war neugierig, ob er wieder selbst auf das Gespräch zurückkommen würde.

Als sie völlig angekleidet war, verließ sie ihr Zimmer und eilte die Treppe hinab. Auf das Geräusch ihrer Schritte brauchte sie jetzt nicht zu achten. Das Haus war zu dieser Stunde voll Lärm, der es überläutete. Als sie an der Tür des Wohnzimmers vorbeikam, vernahm sie das taktmäßige Schlürfen und Quietschen des Staubsaugers, der eben über den Teppich geführt wurde. Warum kann man das nicht so machen, daß er Melodien dabei spielt? dachte sie. Merkwürdig, wie einem in aller Not und Angst die seltsamsten Gedanken durch den Kopf gingen!

Ohne Gut ließ sie auf den Fahrweg hinaus und dankte im Stillen Gott, daß er sich auf der Nordseite befand, wohin keine Fenster hinausgingen. Dann wandte sie sich nach links zur Garage.

Der Wagen stand im Hof und Ring wußte ihn unter vergnügtem Pfeifen. Er hörte damit sofort auf, als er Eva gewahrte und begrüßte sie respektvoll.

„Guten Morgen, Ring.“ sagte Eva. „Kommen Sie, bitte, hier herein.“ Und sie ging voran in die Garage.

Ring war während des Krieges Peters Burche gewesen, und hatte, als ihn dieser sechs Jahre später beschäftigungslos antraf, nur zu gern die angebotene Stellung als Chauffeur bei ihm angenommen. Er war gelernter Mechaniker und ein vortrefflicher Wagenführer. Was aber schwerer wog als beides: Peter und damit auch Eva im tiefsten Herzen ergeben. Nun folgte er Eva in die Garage mit dem Gefühl, daß irgend etwas nicht in Ordnung sein müsse.

„Sie sind nun seit vielen Jahren bei uns.“ sagte Eva, „und mein Mann hat sich oft zu mir über Ihren Fleiß und Ihre Anhänglichkeit ausgesprochen.“

Ring machte ein etwas verlegenes Gesicht.

„Ich war ja auch sein Burche draußen, gnädige Frau.“ sagte er, „und da war niemand in der Kompanie, der nicht für den gnädigen Herrn durchs Feuer gegangen wäre. Einen feineren Soldaten und einen feineren Herrn könnten Sie nirgends finden — wenn ich das sagen darf.“ fügte er hinzu, unsicher, ob er in seiner Begeisterung die ihm durch seine Stellung gebotenen Schranken nicht überschritten habe.

Eva lächelte.  
„Ich freue mich, daß Sie das sagen, Ring, und ich bin froh, daß mein Mann einen so anhänglichen Menschen um sich hat. Seine Stellung bringt es, wie Sie wissen, mit sich, daß ihm oft sehr wichtige Dokumente und Geheimnisse anvertraut werden.“

„Nun ist etwas geschehen, Ring.“ — Evas Stimme begann vor Aufregung zu zittern, „ich kann's jetzt nicht erklären. . . . weiß auch selber nichts Gewisses. . . . die Sache ist die, daß ich heute mit dem Nachterpreß nach London muß, ohne daß irgend jemand, am wenigsten Herr Creason, etwas davon erfährt. . . . und dazu bitte ich Sie um Ihre Verschwiegenheit und Ihre Hilfe.“

„O gnädige Frau, dem gnädigen Herrn ist doch nichts zugefahren?“

„Nein, Ring, ich hoffe nicht, aber es kann für ihn Leben oder Tod bedeuten, ob ich heut unbemerkt wegkomme.“ Der Ernst in ihrer Stimme machte Eindruck auf Ring. Er nahm eine stramme Haltung an und sagte gemessen: „Sie können sich auf mich verlassen, gnädige Frau. Es gibt nichts, was ich nicht für den gnädigen Herrn. . . . und für Sie tun würde.“

„Weil ich das weiß, rechte ich auf Ihren Beistand. Um was ich Sie bitte, ist folgendes: Fahren Sie heute vormittag nach Dollin Moor und nehmen Sie für mich einen Fahrtschein nach London, dann erlauben Sie den Stationsleiter, nach Wallinlarig zu telegraphieren, damit der Nachterpreß in Dollin Moor anhält, um mich aufzunehmen. Bestellen Sie durch ihn auch einen Platz im Schlafwagen. . . . und zwar besser nicht auf meinen Namen. Für eine Frau Valien, nicht wahr? Dann während die anderen beim Essen oder sonst aus dem Wege sind, gehen Sie vom Küchengarten aus in den Anbau. Unter dem Tisch, mit einem Vorhang zugebuddelt, werden Sie meine Sache finden, die ich mit nach London nehme. Die müssen Sie im Wagen verpacken. Dann fahren Sie nachmittags fort und halten auf der Straße nach Dollin Moor bei dem Gehölz an dem Weg, der zum Fluß hinuntergeht. Um vier Uhr müssen Sie dort sein, aber nicht früher, da ich mit Herrn Creason dort vorbeikomme und er Sie nicht sehen darf. Der Zug kommt in Dollin Moor um vier Uhr fünfzehn an, und von dort können wir leicht in zehn Minuten am Bahnhof sein.“

„Und dann noch etwas! Sagen Sie Robson gerade vor

dem Mittagessen, daß Sie Andrew getroffen haben, der Sie gebeten hat, mir zu sagen, die Fische wären gestern bis zur grünen Gumppe heraufgekommen und ich sollte das wissen, da doch nur noch fünf Tage bis zur Schonzeit seien. Ich brauche eine Erklärung für den Spoziergang zum Fluß. Und, Ring, vergessen Sie nicht, wie gewöhnlich, nach meinen Befehlen fragen zu lassen. Was ich zurückfragen lasse, gilt natürlich nicht.“

„Sehr wohl, gnädige Frau.“  
Er sörgerte einen Augenblick und sagte dann: „Entschuldigen gnädige Frau, wenn ich frage, aber Sie glauben doch, daß Herr Creason im Auto von London gekommen ist?“

„Freilich, Ring, warum nicht?“  
„Weil's nicht stimmt, gnädige Frau. Ein Stück vom Londoner Aufgabesein lebte noch an seinem Wagen. Beim Waschen hab ich's selber gesehen. Und dann ist es doch komisch, daß Herr Creason, wie Robson dem Briefträger erzählte, selbst jagte, die Straße über die Berge wäre fast unfahrbar. Erst jetzt ist mir das wieder eingefallen, und ich dachte, gnädige Frau müßten es wissen.“

„Sehr merkwürdig, Ring. Das erklärt auch, wie er so schnell hier angekommen ist. Ich bin froh, daß ich es weiß, danke schön, Ring. Sind Sie sich jetzt über alles klar, was ich von Ihnen wünsche?“

„Vollständig, gnädige Frau. Sie können sich auf mich verlassen.“

„Großartig, Ring. Dann werden wir uns also erst um vier Uhr auf der Straße wiedersehen.“  
Während Eva ins Haus zurückeilte, ging ihr die Geschichte mit Creasons Auto im Kopf herum. Er glaubte, er würde es hier brauchen, dachte sie und gab vor, er wäre den ganzen Tag gefahren, da man doch einen Wagen im allgemeinen nicht als Gepäck mitzunehmen pflegt.

An der Haustür hörte sie schon Creasons schwere Schritte auf der Treppe. Sie machte keinen Versuch, ihm auszuweichen, sondern blieb in der Tür stehen und sah auf den Park hinaus. Als er endlich auf den letzten Stufen angekommen war, wandte sie sich um und begrüßte ihn kühl.

Ueberraschung und Argwohn zeigten sich für einen Augenblick auf seinem Gesicht.

„So früh schon unten!“ sagte er.  
„Meine Uhr geht anscheinend or. Ich glaube, ich wäre zu spät dran und eilte mich, nur um zu finden, daß noch zehn Minuten an der Frühstückzeit fehlen.“

„Gaben Sie diese zehn Minuten wenigstens gut angewandelt?“

Sie lachte.  
„So gut als irgend welche in meinem Leben und vielleicht noch besser als die meisten.“

(Fortsetzung folgt.)

# Der Meinungsstreit um die Barraufbesserung

Gestern nachmittags begannen im Plenum des Landtags die Beratungen über den Gesetzentwurf, welcher den Staatszuschuß zu den Pfarrgehältern in einer zweifachen Weise neu regeln will. Bei den Auslassungen in der Presse zu diesem Entwurf ist auffällig, daß sie sich nur mit der erst in 2. Linie in Frage kommenden Aenderung der Verteilung des bisherigen Zuschusses ausführlich befassen. Die viel wesentlichere und für die Kirchen allgemein wichtigere Frage des Abbaues des Zuschusses überhaupt, den die Regierungsvorlage einleitet und schon in sehr erheblichem Maße durchführt, wird nur da und dort nebenbei gestreift. Wie aus den Regierungserklärungen im Haushaltsauschuß des Landtags hervorgeht, haben alle Religionsgesellschaften die Beibehaltung des bisherigen Staatszuschusses in voller Höhe erbeten und erklärt, nur schwer eine Kürzung ertragen zu können. Während seitens der römisch-katholischen Kirche oder einer ihr angehörenden Kirchengemeinde keinerlei Protest gegen die beabsichtigte Kürzung erhoben worden ist, liefen beim badischen Landtag über 400 Proteste aus evangelischen Kirchenkreisen ein. Hieraus ergibt sich, daß die katholischen Kirchenkreise gewohnt sind, sich zu bescheiden, auch dann, wenn ihnen notwendige Geldmittel entzogen werden, ja sogar dann, wenn ihnen Unrecht zugefügt wird. Nur so war es möglich, daß die katholische Kirche in den letzten 54 Jahren bei der Verteilung des Staatszuschusses stets stets benachteiligt worden ist. Die an dieser Stelle am 12. März ds. Jrs. geschilderten wiederholten Verjüde der Zentrumspartei, eine paritätischere Verteilung herbeizuführen, scheiterten stets an der unfreundlichen Haltung der liberalen Vertreter gegenüber der römisch-katholischen Kirche. Die Staatsumwälzung nach dem verlorenen Weltkriege hat diese Verhältnisse von Grund auf geändert. Eine Volksregierung ist stark genug, ein bisher der Mehrheit des Volkes angelegenes Unrecht souverän zu beseitigen, um damit der Gerechtigkeit zum Siege zu verhelfen.

Auf die Beseitigung des alten Unrechts an der römisch-katholischen Kirche mußte man beim Evangelischen Oberkirchenrat gefaßt sein. Unrecht wegzuschaffen war noch immer ein Gebot der Moral. Der Evangelische Oberkirchenrat mußte darüber hinaus aber auch noch auf Grund des Landtagsbeschlusses vom 21. Juli 1927, der die Regierung ersuchte, die Staatsdotation an die Kirchen unter dem Gesichtspunkt der Parität und der Notlage einer Prüfung zu unterziehen, gefaßt sein. Er war dies auch, wie aus einem von einem Vertreter der Regierung im Haushaltsauschuß mitgeteilten Schreiben des Evangelischen Oberkirchenrats an die Regierung vom 22. Dezember 1927 sich ergibt. Er nahm damals ausdrücklich Stellung zu der Frage einer Aenderung des bisherigen Verteilungsschlüssels und bat, davon absehen zu wollen. Die jetzige Regierungsvorlage ist die erste seit jenem Beschlusse. Der Regierung war danach die Stellung des Evangelischen Oberkirchenrats zu einer Durchführung der Parität bekannt. Dies bestätigte auch der Oberkirchenrat a. D. D. Mayer\* in einer Presseauslassung in der „Bad. Zeitung“ vom 11. März 1930 Nr. 59 mit den Worten:

„Auch auf den Vorschlag war man gefaßt, die Verteilung der Dotation auf die Religionsgesellschaften nach einem bisher nicht angewandten Paritätsbegriff vorzunehmen.“

Wenn man dann weiter berücksichtigt, daß der Unterrichtsminister, damals noch Herr Dr. Leers, am 12. Februar 1929 sämtlichen Religionsgesellschaften Gelegenheit gegeben hatte, Vorschläge wegen der Neuregelung der Barraufbesserungsfrage, insbesondere wegen eines Abbaus zu machen, dann sind alle Vorwürfe, die Kirchen seien nicht vorbereitet gewesen, man habe sie nicht gehört, unberechtigt.

Die evangelischen Kreise, die solche Behauptungen aufstellen, setzen sich in Widerspruch mit dem Wortführer ihrer politischen Vertretung im letzten Landtag.

Zu der Frage, wie beides — Abbau und Parität — miteinander gelassen könnte, machte in der „Neuen Bad. Landeszeitung“ vom 27. Februar ds. J. Nr. 106 F. N. Stein, Karlsruhe, den Vorschlag, die Gesamtdotation für Katholiken und Evangelische um 20 Prozent und um die Kinderzuschläge zu verringern, dann diese Summe im Verhältnis von 3 : 2 (Relation der Katholiken und Protestanten) zu verteilen und bei den Evangelischen schließlich 80 Prozent des Kinderzuschlages hinzuzählen. Erfreulich ist bei dieser Auslassung der Oppositionspresse, daß sie einen sachlichen Vorschlag enthält, was bei den Verhandlungen bei der Opposition sonst völlig vernichtet werden mußte. Es ist die Parität nach der Seelenzahl, die hier vorgeschlagen wird. Sie weicht im Endergebnis von der Parität nach der Stellenzahl, die im Regierungsentwurf vorgesehen ist, nicht erheblich ab. In der Behandlung der Frage der Kinderzuschläge bleibt der Vorschlag sogar noch hinter der Regelung im Gesetzentwurf der Regierung zurück. Denn die Regierungsvorlage sieht für das Rechnungsjahr 1931 nicht nur 80 Prozent der Kinderzuschläge vor, sondern volle 100 Prozent. Eine Parität nach der Seelenzahl erscheint aber zu formal, zu schematisch, um als Grundlage dienen zu können. Wenn man bedenkt, wieviel Laufende von Protestanten bei einer Volkszählung zwar für Protestanten gezählt werden, in Wirklichkeit aber Sekten angehören, — die Sektierer hat bei der evangelisch-protestantischen Kirche einen ungeheuren Umfang angenommen — dann ergibt sich sofort, daß die Seelenzahl nicht bestimmend sein kann für das Bedürfnis einer Religionsgesellschaft. Für die Pastoration der Angehörigen von Sekten erwachsen der evangelisch-protestantischen Kirche keine Ausgaben. Diese Sekten tragen ihren Aufwand noch selbst. Daraus erklärt sich auch, daß die evangelisch-protestantische Kirche eine im Verhältnis zur Seelenzahl geringere Zahl von Pfarrstellen besitzt wie die römisch-katholische Kirche. Es sind in der Presse demnach zu Unrecht etwa 70 Pfarrstellen so errechnet worden; so das „Heidelberg. Tagblatt“ vom 31. März 1930 Nr. 57, „Worzheimer Anzeiger“ vom 11. März 1930 Nr. 59.

Diesen bei der evangelisch-protestantischen Kirche gegebenen tatsächlichen Verhältnissen konnte man ohne Benachteiligung der übrigen Religionsgesellschaften nur gerecht werden, wenn man die Parität nach der Zahl der Pfarrstellen durchführte. Daß sich daraus zwangsläufig ein stärkerer Abbau bei der evangelischen Kirche ergibt, vertritt sich bei der eingangs festgestellten ungerechten Behandlung, die die römisch-katholische Kirche 54 Jahre lang erfahren hat, von selbst.

Es wird da und dort behauptet, die katholische Kirche sei viel reicher wie die evangelische, der stärkere Abbau der evangelischen Kirche könne unter diesem Gesichtspunkt nicht verstanden werden. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß die unter der Verwaltung des Evangelischen Oberkirchenrats stehenden Fonds und Kassen am 1. April 1927 ein Gesamtvermögen von rund 33 Millionen Reichsmark besaßen. Bei der römisch-katholischen Kirche dagegen betrug das Reinvermögen der allgemeinen unmittelbaren Fonds am 1. April 1927 nur rund 12½ Millionen Reichsmark. Das allgemeine Kirchenfondsvermögen der evangelisch-protestantischen Kirche ist demnach fast 3mal so groß wie das der römisch-katholischen Kirche.

Zusammenfassend ist jedenfalls festzustellen, daß der neue Volksstaat ein Jahrzehnte altes Unrecht seines Vorgängers aus der Welt schafft. Ohne Unterschied des Bekenntnisses muß dies von jedem Staatsbürger warm begrüßt werden. Niemand darf jedenfalls davon die Rede sein, daß dadurch der konfessionelle Friede gefährdet würde. Dies zu behaupten ist nur möglich, wenn man die Tatsachen auf den Kopf stellt. Richtig beurteilt, muß der neue Gesetzentwurf vielmehr zu einer Vertiefung des konfessionellen Friedens führen. Er bereinigt, was noch aus der früheren Zeit zwischen den beiden großen Kirchen heringetragen wurde. Er ermöglicht damit erst, daß beide Kirchen nuncmehr gemeinsam den Ansturm des gemeinsamen Feindes der Kirchen, nämlich des proletarischen Freiheitskämpfers abwehren können. Sollte die neue Regelung nicht zu diesem Ergebnis führen, weil in unverständiger Weise in ihr ein Janfahel erblickt würde, so hätte das niemand mehr zu beklagen als die beiden Kirchen selber.

## Brief vom Hochschwarzwald

Selten dürfte die Rede eines Ministers so lebhaften Widerhall bei der Bauernbevölkerung im Lande gefunden haben als die uners. Innenministers Wittenmann über die Landwirtschaft anlässlich der Debatte im Landtag. Selbst liberale Wähler mußten gestehen, daß aus dieser Rede des Innenministers ein warmes Herz für die Not und Sorgen der badischen Bauern schlägt. Wir vom Zentrum wissen, daß die Landwirtschaft immer an unserer Partei einen guten Anwalt ihrer Interessen gefaßt hat, man denke doch nur an Jentner, Schofer, Schüler u. a. Unser Bauern hat es wohl getan, daß der Minister es offen ins Land hinausgerufen hat, Bauernnot ist Landesnot, daß man anfängt, sich hinein in die Kreise der Sozialdemokratie für diese Tatsache Verständnis aufzubringen. Freilich hat Innenminister Wittenmann in

seiner Rede noch ein anderes sehr wichtiges Wort geprägt, das unsere Bauern noch viel weniger überhören dürften, was ohne Zweifel ebenso bedeutend und wichtig ist zur Lösung der Landwirtschaftsfrage. Bauernnot ist Bildungsnot, hat er gesagt. Darin liegt leider eine nur zu wahre Tatsache. Wenn der Bauernstand auf der Höhe bliebe, seine Kreisgenossenschaften meistern will, so gehört dazu nicht nur Geld und Kredite und ein neuzeitlicher Maschinenpark, es gehört auch heute dazu viel, sehr viel Wissen, Fachwissen, kaufmännisches Wissen und auch staatspolitisches Wissen. Gerade heute müßte der Landwirt geistig besser bestellt sein denn je, heute müßte er alle Bildungsmöglichkeiten besser benutzen wie früher. Leider ist das bis jetzt nicht überall der Fall. Der Kreis Freiburg unterhält mit vielen Kosten eine landwirtschaftliche Winter- und Sommer- und Internat, in demselben wird in zwei Abteilungen unterrichtet, die eine für den Bauer in der Ebene, in der anderen für die Bauern des Hochschwarzwaldes. Besonders die Holz- und Wald- und Weidewirtschaft wird da berücksichtigt. Wie froh müßten da viele sein auf dem Schwarzwald. Nun lesen wir in dem eben herausgegebenen Jahresbericht, daß die Schule um ein Drittel der Besucherzahl im letzten Jahr zurückgegangen ist. Vom ganzen Schwarzwald, aus dem Bezirk Neustadt und Bomborf waren es nur noch etwa sechs Schüler. So wird wohl die Genehmigung zur Einrichtung einer eigenen Winter- und Sommer- und Internat, die der Kreisrat im letzten Jahr schon gegeben hat, wohl zurückgenommen werden, infolge Mangel an Schülern.

Wer die Stimmung weiter Kreise unjener Bauernschaft kennt, wird leider die eine Tatsache konstatieren müssen, daß viele Hofbesitzer ein wahrer Fatalismus besaßen hat, immer wieder kann und muß es hören, es hat doch keinen Wert, wir schaffen doch nur für die Steuern, es kommt doch nichts mehr heraus. Das hören die Jungen jetzt heraus, ja, ja, ja, drum ist es jetzt so weit gekommen, daß jetzt keiner mehr den Hof übernehmen will, die Ältern schaffen weiter, mit unzulänglichen Mitteln, jammern nach der guten alten Zeit, wissen sich nicht zu helfen in den plötzlichen über sie gekommenen Schwierigkeiten unserer Zeit. Drum wollen sie keine Schule, drum gehen sie nicht mehr wählen, drum haben so viele kein Interesse an dem, was unsere Zeit neues gebracht hat; so wird tatsächlich Bauernnot Bildungsnot. Wähten viele die Steuererträge zu handhaben, könnten sie die Unrentabilität ihrer Betriebe aufweisen, verständen sie kaufmännischer ihr Gut zu verwalten, dann wäre auch manche Bauernnot beholfen. Da darf einen wahrlich nicht wundern, wenn der Innenminister auf die gewiß merkwürdige Tatsache hinweisen konnte, daß in Baden von den Landwirtschaftskrediten, die das Reich auf dem Umweg über die Girozentrale aus Auslandsbankstellen zur Verfügung stellte, nur sehr wenig Gebrauch gemacht wurde.

## Erhöhung des Zolls für Schweine

Durch Verordnung vom 19. März ist der Zoll für Schweine geändert worden. Die Verordnung ist im Reichs-Zollblatt vom 22. März veröffentlicht worden und tritt am 28. März in Kraft. Nach ihr wird der Zoll für Schweine pro Doppelzentner Lebendgewicht auf 27 Mk. festgesetzt, während bisher 18 Mark erhoben wurden. Es handelt sich um eine Verordnung auf Grund des Vereins-Zollgesetzes vom 1. Juni 1869.

# Alle drei Minuten ein Auto ...

Von Paul A. Schmitz

Am Anfang waren Holz, Stahlblech und Walzeisen — am Ende ist das Auto: eine Limousine, ein Cabriolet oder ein anderes der mannigfaltigen Modelle. Elf Stunden dauert die Metamorphose jedes einzelnen Autos aus dem Rohmaterial zum fahrbereiten Wagen. Sechszehntausend Hände sind bereit, an dieser Umwandlung mitzuarbeiten. Jede einzelne Hand bereit und abgestimmt, einen einzigen, vorbestimmten Griff zu tun, kleinstes Glied in einem riesigen Uhrwerk, und doch Station, die nicht übersprungen werden darf; das sind Wunder und Geheimnis der größten deutschen Automobilfabrik, der Opel-Werke in Rüsselsheim, in die nun seit Halbjahresfrist die Amerikaner eingezogen sind.

Von den oberen Stockwerken kommen die Karosserien, glänzend lackiert, fertig verglast, weich gepolstert. So kernt sie sich durch die Decke nieder auf das fast fertige im Erdgeschoß montierte Fahrgestell. Bohrung paßt auf Bohrung. Elektrische Schraubenzieher verschrauben beide Teile in rasender Schnelligkeit zur Einheit. Noch zehn Meter weitergetragen vom laufenden Band, durch letzte Griffe verollkommenet — dann fährt er mit eigener Kraft aus der Halle. ... Höchst einfach — werden Sie denken. Höchst einfach — das hat auch ich gedacht und mich gewundert, daß man nicht schon früher auf solche rationalen Arbeitsmethoden kam. Aber wenn man näher zuseht, dann erkennt man doch, daß die Sache eben doch nicht „so einfach“ ist, sondern daß eine ungläubliche Präzision Voraussetzung für diese Arbeitsmethode ist, und daß diese Präzision nur erreicht wurde durch die Qualität modernster Maschinen.

So stand in der Schmiede: Schmiedehämmer fünf Tonnen schwer erzeugen im Niederschlag einen tosenden Lärm. Aus dem Ofen, zur Weißglut gebracht, wandert der Rohstoff unter dem Hammer. Und von den niederbrechenden fünfzig Zentnern wird das glühende Eisen spielend in die endgültige Form geschlagen, so wie wir warmes Wachs mit den Fingern in eine Form kneien. Ein Schmiedebüchlein gleicht dem andern, eines hat die Ausmaße des andern nach dem einzigen Schlag.

So stand vor einer Bohrmaschine — einem Ungeheuer seiner Gattung. Ein gegossener Zylinderblock wurde ihr in den Nacken gelegt. Der Arbeiter drückt auf einen Hebel, das Untertier faucht auf und dann sind sämtliche Bohrungen am Block vollendet. Zweimündig sind Arbeitsgänge in einem Zug.

So stand an der Fräsmaschine. Differentiale Zahnräder werden ausgearbeitet. Eine Drehung des Stücks ist die eigene Achse — der Maßstab ist fertig. Und ein Zahn des Rades gleicht dem andern in der Größe bis auf den Bruchteil von Millimetern.

So stand vor einer hydraulischen Presse. Stahlblechplatte auf Stahlblechplatte wandert hinein. Ein Hebelgriff, die Presse senkt sich. Kein Knirschen wird laut — und wie vorgeschrieben geformt kommt Kotflügel aus Kotflügel oder ein anderer Teil der Karosserie aus der Maschine. Unheimlich — mit welcher Präzision diese Maschinenungeheuer arbeiten. Aber Präzision ist die Seele dieses Betriebs.

An dem Materialprüfstand wandert jedes Einzelstück vorbei. Jedes Einzelstück wird auf seine Güte geprüft; ist das

Material zu weich, zu hart? — Es stimmt! Es stimmt! — Ein Zeiger zeigt die Härte des Materials an. Stundenlang wird kein Stück gefunden, dem ein Fehler anhaftet. Gut das nächste einem Fehler? — Vielleicht! — Nein! — Ich würde schmutzeln an dieser Arbeitsstelle. Wenn alles stimmt — kann man doch bisweilen ein Stück durchlaufen lassen. — „Aber auf dieses Einzelne kommt es gewiß an!“ — meint der Arbeiter am Prüfstand. — So wird kein Stück verarbeitet und in den Motor eingebaut, das nicht auf seine Güte untersucht ist.

Die Montagehalle ist das eigentliche Geburtszimmer des Autos. Hier sammeln sich alle vorbereiteten und präzifizierten Einzelteile von Motor und Fahrgestell.

Mit der Motormontage beginnt das Vollendungswerk. Vom laufenden Band getragen, gleitet der wachsende Motor an den griffbereiten Händen der Arbeiter vorbei. Jeder muß in dem bestimmten Tempo arbeiten, das von der Geschwindigkeit des laufenden Bandes festgelegt wird. Jede Hand tut das ihre dazu. Und die Montage des Motors endet nach hunderten von Arbeitsgängen am Motorenprüfstand. Hier wird jeder einzelne Motor noch einmal geprüft, ehe er eingebaut wird.

Von der entgegengesetzten Seite auf einem zweiten laufenden Band nach sich das wachsende Fahrgestell. Auch hier fügt sich Teil an Teil, Schraube in Schraubengewinde. Und wo sich die beiden Bänder treffen, senkt sich der Motor ins Fahrgestell. Beide vereint gleiten weiter, die Räder werden montiert, tausend Kleinigkeiten noch hinzugefügt. Wieder warten hunderte Hände auf die Vollendung des Werks. Kühler fügen sich an, Trittbretter werden angebracht. Immer kenntlicher, immer näher seiner endgültigen Form wird das Gebilde.

Und dann kommt der große Augenblick: Aus der Höhe oberer Stockwerke senkt sich von einem Kranen heruntergelassen die fertige Karosserie auf das fertige Fahrgestell. Da kann man stundenlang zusehen. Und jedesmal, wenn die Karosserie aus der Höhe niederschwebt, stellt man sich unwillkürlich die Frage: „Paßt es? — Paßt es?“ — Und es paßt jedesmal. Jedesmal setzt sich Bohrung auf Bohrung und die Schrauben fesseln beide Teile zur Einheit. So wollte warten bis es einmal nicht paßt. Die Arbeiter lachten mich aus. Es paßt eben immer. Zehn Meter weiter noch trägt das laufende Band den Wagen. Öl und Benzin werden eingefüllt. Der Führer steigt ein. Der Motor springt an und mit eigener Kraft fährt der Wagen aus der Montagehalle, und legt draußen auf der Bahn der Fabrik Kilometer um Kilometer zurück, und zeigt, daß er gut ist.

Fast achttausend Arbeiter arbeiten Augenblicklich in Rüsselsheim. 164 Wagen verlassen alltäglich während der acht Arbeitsstunden das Werk. Alle drei Minuten ein Auto! Aber damit ist die Leistungsfähigkeit dieser größten deutschen Automobilfabrik noch lang nicht erschöpft. Vollbelegt, kann das gigantische Werk am Main 14 000 Arbeitern das Brot geben, täglich 500 Wagen fertigstellen. Und man ist hoffnungsfreudig. Man erwartet solche Leistungen in absehbarer Zukunft. „Und die Preise?“ fragte ich. — „Werden dann noch erheblich gesenkt!“ sagte man mir. Soffen wir es. Denn das deutsche Volksauto muß billig sein.

### Billinger Brief

Gas- und Elektrizitätswert-Debatte im Bürgerausschuß. — Reichswehr in Erzgerichten. — Wessen sich die Freidenker rühmen. — Zahlen.

Die Bürgerausschüsse vom 17. März beschäftigten sich u. a. mit einer Materie, über die eine Debatte immer kritisch zu sein pflegt. Wenn z. B. der Gaspreis auch nur um einen Pfennig erhöht werden soll, so ist das bei aller mathematischen Kleinheit des Streitobjekts, in der Praxis doch keine Kleinigkeit. Auf der einen Seite verlangt man Selbstrentabilität eines solchen Betriebes der öffentlichen Hand, andererseits dürfen die Verbraucher nicht auf den Konsumenten abgedrückt werden. Nun ist aber das Billinger Gaswerk sehr erweiterungsbedürftig, und eine diesbezügliche Anleihe aufzunehmen, ist bei der derzeitigen Kreditmisse nicht so einfach. Also muß der Gaspreis erhöht werden, wenn ein lebenswichtiges Werk wie die Gasproduktion in jeder Beziehung sanfter werden soll. Die Mehrheit der Ratshausfraktion stimmte denn auch einer bis zum 1. Oktober d. J. befristeten 1 Pfennigerhöhung zu, so daß sich der Höchstpreis für 1 Kubikmeter Gas in Zukunft auf 22 Pfennig beläuft.

Im Gegensatz zum Gaswerk stellt sich das Elektrizitätswerk bedeutend besser, indem es außer Reserve noch 70 bis 80 000 Mark an die Stadtkasse abführen kann, eine Summe, die sonst durch Umlagen eingebracht werden müßte. Durch einen Beschluß in der gleichen Bürgerausschüsse wurde sogar der Preis für den über die festgesetzte Staffellung hinausgehenden Mehrverbrauch gegenüber dem Vorjahr von 40 auf 15 bzw. 12 und 10 Pfg. herabgesetzt.

Mit der Bewilligung von insgesamt 125 000 Mark für Frühjahrs-Rostarbeiten im Wege- und Straßenbau wurde ein begrüßenswerter Schritt zur Verminderung der Arbeitslosigkeit getan, wenn es auch nur 79 Erwerbslose sind, die dadurch wenigstens für einige Zeit wieder Brot und Verdienst haben.

Das Erzgerichten bleibt immer eine Haupttätigkeit unserer Soldaten, auch im republikanischen Deutschland. Außer solchen körperlichen Übungen gibt es noch geistige, sogenannte Erzgerichten, und es ist doppelt erfreulich, wenn unsere katholischen Reichswehrsoldaten auch auf diesem Gebiet ihren Mann stellen. So haben sich kürzlich 42 Mann der Billinger Ausbildungskompanie diesem geistigen Erzgerichten in Neuron unterzogen. Das gab dem renommierten, sozialdemokratischen „Volkswillen“-Singen Anlaß zu der demagogischen Feststellung, der 80 Millionen-Mehrheit der Reichswehr habe für viele Zwecke Gelder. In Wirklichkeit wurden die Kosten für diese Erzgerichten von den Mannschaften aus der eigenen Tasche, d. h. von der ihnen zustehenden Löhnung bestritten. Die Leute sind heute noch 12 Jahre beim Militär. Da werden sie wohl auch hin und wieder Gelegenheit haben dürfen wie jeder Staatsbürger, in genannter Weise für ihre religiösen Bedürfnisse zu sorgen. Respekt vor den jungen Leuten, daß sich so viele zu den Erzgerichten gemeldet haben. Ein echt religiöser Soldat ist auch ein guter Soldat, treu den von ihm beschworenen Pflichten gegen Reich und Verfassung. Wir sind überzeugt, daß der „Volkswillen“ nichts dagegen einzuwenden gehabt hätte, wenn die Leute etwa an einem freien Turn- und Sportfest oder etwas Ähnlichem teilgenommen hätten.

Die Freidenker in dem benachbarten Schwemningen melden erfreut, daß sie wieder 150 Kirchenaustritte zu verzeichnen hätten. Ein Führer der Schwemninger Freidenker, Genosse Hente, versuchte auch schon in Billingen Propaganda zu machen. Bis jetzt ist aber kein einziger Fall bekannt geworden, daß sich ein Billinger im Schwemninger Krematorium verbrennen ließ. Im katholischen Billingen hat man eben keine sonderlichen Verbrennungsgelüste, so wenig wie für eine kommunistische „Weltrevolution“, die man anfangs März auch hier zu inszenieren sich bemühte. Auch die Nationalsozialisten haben am vergangenen Sonntag in Billingen ihr „Heil“ versucht, indem sie in einer öffentlichen Versammlung den „Jugendplan“ zerreißen wollten. Beide Teile Nazifolger wie das Publikum konnten sich freuen, mit heiler Haut davon gekommen zu sein. Die übliche Biergläser-schlacht und Gummihüpfelattacke ist Gott sei Dank aus Billingen einstweilen noch nicht zu vermelden.

Zahlen sprechen und belehren! Vor allem auf dem Gebiete der Schule und der Fürsorge. 10 Abiturienten hat das hiesige Realgymnasium in diesem Jahr das Reifezeugnis ausstellen können, darunter allein sechs Schulbrüder aus dem Kloster Maria Lann in Unterriemach. Die Volksschule entläßt diese Ostern 132 Knaben und Mädchen. 241 Kinder werden neu aufgenommen, so daß sich die Volksschülerzahl um 79 von 1448 auf 1527 erhöht. Die Landwirtschaftliche Schule hatte einen Besucherstand von 89 Schülern zu verzeichnen. Der Bezirksfürsorgeverband hat im abgelaufenen Geschäftsjahr über 425 000 Mark für seine mannigfaltigen Obliegenheiten herausgegeben.

Das kirchliche Leben Billingens wird durch die an kommenden Sonntagen in der St. Fideliskirche stattfindende Orgelweihe und durch die Primizfeier eines Billinger Bürgerjohannes des Vaters Alfons Hirz von den Weißen Vätern in der gleichen Kirche neuen Antrieb erhalten, zumal mit der Feier eine öffentliche Kundgebung der Billinger Katholiken in der Festhalle geplant ist.

### Fichte, Schelling, Hegel

Die Verabsolutierung des Geistes und der Materie

Die geistige Situation, die durch Kant in Europa geschaffen wurde, ist dadurch gekennzeichnet, daß sich das Denken nun ganz von der empirischen Welt abwendet und sich auf das Subjekt zurückzieht als jenen Ort des Daseins, in dem sich die empirische Welt abbildet und ihre Gesetzmäßigkeit empfängt. Es verlohnt sich darum nicht, sich an die Erkenntnis des Objektiven zu verlieren. Das Denken zieht sich auf sich selbst zurück und betrachtet die schöpferische Funktion, durch die die Welt das Unterium, der Kosmos wird. Durch diese Wendung des Denkens wird nun durch Jahrzehnte hindurch der Geist des Abendlandes bestimmt. Die Frage ist nicht mehr, was ist, sondern was das, was ist, sich im Bewußtsein darstellt. Die Gesetze des Denkens sind die Gesetze des Seins geworden.

Freilich steht zu gleicher Zeit bereits der Umschlag ein, und zwar auf derselben erkenntnistheoretischen Grundlage. Da nach Kant nur das empirische Objekt im Subjekt erscheint und sich der Inhalt des Subjekts in dem empirischen Objekt erschöpft, wird die Welt auch des Subjekts seinem empirischen Inhalt gleichgesetzt. Es entsteht der Materialismus, der als zweite Denkrichtung neben der ersten das Denken Europas beherrschen wird.

Die Träger der ersten Richtung, die die Konzentration des europäischen Denkens auf den Geist vollenden,

Fichte, Schelling, Hegel.

Fichte zieht die letzte Konsequenz des kantischen Subjektivismus. Indem er die subjektive Teilung des Erkenntnisproblems, wie Kant sie geboten hatte, überwindet und das Subjekt nicht bloß zum Schöpfer der Gesetze der Welt macht, in denen sie begriffen wird, sondern zum Schöpfer der Welt selbst, wird er gezwungen, das Subjekt zu verabsolutieren und zum absoluten Ich zu erweitern, das sich in der Entfaltung der von ihm abgepaltenen Individuen langsam zum absoluten Bewußtsein emporentwickelt. Schelling sieht Natur und Geist als wesentlich identisch an. Im Gegensatz zu Fichte ist die Natur ihm der Vorstufe des Geistes, nicht sein Gegenteil. Natur ist ihm ein theologischer Prozeß, in dem das Unvollkommene sich erst zum Vollkommenen entwickelt. Parallel mit diesem Naturprozeß geht der geschichtliche Prozeß der Menschheit, in dem sich das Gottesbewußtsein unter den Menschen entwickelt. Der Naturprozeß wie auch der geschichtliche sind der Schmerzensweg Gottes, wie Schelling sagt. Schelling hat das Denken seiner Zeit in noch tiefere Bedrängnis geführt. Indem er Gott im Werden der Natur und der Geschichte sich entsolfen ließ, hat er ihn zum leidenden Gott gemacht, der die Unseligkeit des

## Das Bad. Kunsthandwerk auf der Leipziger Messe

Von Hans Bader, Architekt BDA und DBB.

Alljährlich zweimal füllen sich in der Messestadt Leipzig die Hallen mit deutschen Erzeugnissen, die in verschiedenen Ländern des Reiches hergestellt werden und nach ihrer Fertigstellung nach Absatz im In- und Ausland drängen. Die seit Jahrhunderten bestehende umfangreiche Verkaufszentrale in Leipzig gibt den Erzeugern reichlich Gelegenheit, ihre Waren zweckentsprechend auszustellen und so den in- und ausländischen Käufer hierfür zu interessieren. Die Erzeugnisse sind getrennt nach Branchen in verschiedenen Messepalästen aufgestellt, ein Branchenverzeichnis sorgt dafür, dem Käufer den richtigen Weg zu weisen auf der Suche nach den für ihn in Betracht kommenden Waren.

Bei Gelegenheit hatte, die Leipziger Messe in regelmäßigen Zeitabständen zu besuchen, der konnte beobachten, wie der deutsche Erzeuger bemüht ist, in den Jahren nach dem Kriege, seine Waren in Bezug auf Qualität zu steigern. Hierzu trägt sicherlich einerseits die wachsende Konkurrenz auf allen Gebieten bei, andererseits die durch diesen steigenden Wettbewerb hervorgerufene Anspruchshöhe der Wiederverkäufer, sowie der Verbrauchertreue.

Es ist ferner zu beobachten, daß sich verschiedene kleinere Erzeugergruppen der einzelnen Länder zusammenschließen zu kollektiver Ausstellung und zu gemeinsamem Verkauf. Gerade in dieser Art des Zusammenflusses spielt das deutsche Kunstgewerbe eine große Rolle. Bayern, Württemberg und Sachsen haben ihre kunstgewerblichen Erzeuger gesammelt und ihre besten Waren im neuen Grassimusium, der Stätte des Qualitätskunsthandwerks zur Ausstellung gebracht.

Es ist klar und selbstverständlich, daß das Badische Kunsthandwerk in diesen edlen Wettbewerben mit eintreten mußte, wenn es in seinem überaus harten und schwierigen Existenzkampf den ihm gebührenden Platz unter den anderen Ländern verteidigen und gleichzeitig neu erobern wollte.

Vor drei Jahren hat der Badische Kunstgewerbeverein, Sitz Karlsruhe, die badischen Kunsthandwerker gesammelt und die Beteiligung an der Leipziger Messe möglich gemacht. Zunächst wurden in einem bescheidenen Rahmen Erzeugnisse aus Holz, wie Kleintisch, Schreibzeuge, Tischlampen ausgestellt, ferner Gebrauchskeramik, Glas- und Metallgegenstände und handgemachte Stoffe. Der Wunsch nach einer gediegenen und auch für das badische Kunsthandwerk repräsentativeren Aufmachung konnte im Herbst vorigen Jahres erfüllt werden, durch das verständnisvolle Entgegenkommen des Badischen Ministeriums für Kultus und Unterricht und des Badischen Landesregierungsbeamten, die in dankenswerter Weise Unterstützung bei der Durchführung des Unternehmens zugesichert hatten. Es wurde ein Ausstellungsmodellarium geschaffen in Form von Vitrinen, Regalen und Postamenten, die für die Erzeugnisse einen zweckentsprechenden Hintergrund bildeten. Um das geschmackliche und das Qualitätsniveau der ausgestellten Erzeugnisse auf der im Grassimusium bereits zur Tradition gewordenen Höhe zu halten und nach Möglichkeit noch mehr zu steigern, unterliegen alle Verkaufsgeschäfte einer Jury, die von einem zu diesem Zwecke beauftragten Vertreter des badischen Kunstgewerbevereins ehrenamtlich ausgeübt wird.

### Amthliches

Aus dem Ministerium des Innern.

Zu den Ruhestand versetzt: Polizeioberwachmeister August Wödel in Pforzheim.

Zur Ruhe versetzt: Hauptlehrer August Reitter bei der Volksschule in Karlsruhe.

Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Zur Ruhe versetzt auf Ansuchen: Wachmeister Max Biss an der Technischen Hochschule, hier, bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit.

Rechnungshof.

In den dauernden Ruhestand tritt kraft Gesetzes: Ministerialoberrechnungsrat Martin Bachtel.

Auffallend ist die überwiegende Mehrheit von Gebrauchskeramik, die in mehr oder weniger gut gelungenen Exemplaren angetroffen ist. In diesem Zusammenhang soll nicht unerwähnt bleiben, daß es für kleinere und mittlere Keramikwerkstätten sicherlich von Vorteil wäre, wenn sie sich von oberflächlichen und spielerischen Experimenten freihalten würden und sich dafür mehr in das Studium dessen vertiefen würden, was unter einem neuzeitlichen Gebrauchsgegenstand zu verstehen ist, der sich auch tatsächlich in Bezug auf Schönheit und Form im täglichen Gebrauch bewährt und sich freilich von modischen Einflüssen, die man besser der Konfektionsbranche vorbehalten sollte. Vorbildliches leistet auf diesem eben genannten Gebiet die Staatliche Majolikamanufaktur Karlsruhe, die in einem besonderen Raum ihre Erzeugnisse vorführt. Durch Heranziehung der geeigneten künstlerischen Mitarbeiter ist die Produktion dieses halbstaatlichen Unternehmens heute auf einer Höhe, die allen interessierten Kreisen volle Anerkennung abringt. Die Keramikwerkstätte G. Kallmann, Mosbach, Darmstadt, ist ebenfalls von dem Willen getragen, gute Gebrauchsformen herauszubringen und fällt durch ihre reizvollen Glasuren auf. Die Fayence-Fabrik Kippur in Neuren ist mit einer ziemlich umfangreichen Sammlung auf der Messe vertreten. Daran schließen sich an die Werkstätten Kuser u. Nowak, Weil bei Rörach mit guten Erzeugnissen in Edelholz, wie Tischlampen, Schreibzeuge, Dosen usw. Im gleichen Raum hat die Fayence-Manufaktur Kanderne ihre Erzeugnisse aufgestellt, bormehliche Stücke mit interessanten Glasuren, die einen guten Absatz fanden. Eine kleine Auswahl von Perlethen hatte die Kunstgewerlerin Grevesamburger gezeigt.

In einer Ecke, abgetrennt vom Kollektivraum, hat die Metallwerkstätte Merwarth-Wagner, Karlsruhe, die sich zur Aufgabe gemacht hat, gute Gebrauchsgegenstände, wie Lampen, Tablett, Schalen, Dosen in einer Kombination von Glas und Metall herauszubringen. Die Gegenstände zeugen von einer starken Vertiefung in die Materie, aus der heraus Lösungen gefunden wurden, die einer Standardleistung außerordentlich nahe kommen. Hier zeigt sich in anjaulender Weise, was ein geübter, zielbewusster Gestaltungswille und edles handwerkliches Können unter Berücksichtigung materieller Herstellungsweise zu Stande bringen können.

Das gleiche gilt auch für die in der Ecke nebenan befindliche Preisgauer Handweberei Emmendingen, die in ihrer Tendenz, Qualitätsware zu erzeugen, den Erfolg buchen kann, daß sich die Tischdecken, Sinals, Dhanddecken, Sofaflanzbezüge in Wolle und Seide gewebt, einer großen Beliebtheit erfreuen.

Der größte Teil der Aussteller auf der Leipziger Messe bringt seine Erzeugnisse auch in der Verkaufsstelle des Badischen Kunstgewerbevereins, Waldstraße 3, zum Verkauf, die den Liebhabern des guten, neuzeitlichen Kunstgewerbes wohl bekannt sein dürfte und die im kleinen Maßstab dem kaufenden Publikum dieselbe Anregung geben kann, wie das Grassimusium in Leipzig.

### Wetterbericht

Allgemeine Witterungsübersicht. Karlsruhe, den 26. März. Das skandinavische Tief hat einen Ausläufer bis zur Nordsee vorgeschoben und mit ihm um das Bismarckhoch herum subtropische Westwind in den sich bis Südwestdeutschland erstreckenden Hochdruck gebildet. Dadurch sind die Temperaturen im ganzen Lande wieder gestiegen. Auch morgen wird die milde Strömung unsere Witterung bestimmen.

Vorausprognose der Witterung für Donnerstag: Vielst. heiter und trocken bei schwacher Luftbewegung, örtliche Morgennebel, tagsüber mild.

Wasserstand des Rheins am Mittwoch, 26. März, morgens 8 Uhr: Badshut 248, gef. 1; Bafel 57, gef. 11; Schaffhausen 120, gef. 9; Rehl 240, gef. 1; Mainz 411, gef. 13; Mannheim 288, gef. 25; Raab 176, gef. 7 Stm.

menschenlichen Daseins als hoffnungsloses Schicksal empfinden läßt. Schelling hat erst in Schopenhauer gefolgt. Zunächst wurde er verdrängt durch Hegel. Hegel übernimmt von Schelling die Grundanschauung des Idealismus, sein Identitätssystem, aber er unterscheidet sich wesentlich von ihm dadurch, daß Subjekt und Ziel der Weltentwicklung nicht das Objekt, die Natur, sondern wiederum das Subjekt ist, und dieses nicht als ständiges Subjekt wie bei Fichte, sondern als rein intellektuelles Subjekt, näherhin als Begriff. Das Ziel Hegels ist eine Kosmogonie der Welt, ein logischer Idealismus. Die wahre Wirklichkeit ist ihm die Vernunft, alles Sein ist Verkörperung eines sinnvollen Gedankens, alles Geschehen eine Bewegung des Begriffs, die Welt ist die Entfaltung des Denkens. Das Absolute oder die logische Idee existiert zunächst als System vorweltlicher Begriffe, steigt Johann in die unbewußte Sphäre der Natur hinab, erwacht im Menschen zum Selbstbewußtsein, realisiert ihren Inhalt in sozialen Institutionen, um endlich in Kunst, Religion und Wissenschaft beizutreten und vollendet in sich zurückzuführen, d. h. eine höhere Absolutheit als die des Anfangs zu erlangen. Die Philosophie ist somit das höchste Produkt und das Ziel des Weltprozesses.

Hegel sagt einmal, daß jedes philosophische System das Erzeugnis und der Ausdruck seiner Zeit sei, und daß es als Selbstbestimmung des jeweiligen Bildungsstandpunktes nicht früher auftreten könne, als dieser bis zur Reife gediehen und daran sei, überwunden zu werden. Insofern ist die Philosophie Hegels gewiß das Erzeugnis und der Ausdruck ihrer Zeit, als der Subjektivismus Kants die Zeit zu einer Ueberlieferung seiner rationalistischen Hybris treibt, die im absoluten Denken sich die Rechte Gottes anmaßt und damit das Licht menschlichen Denkens verliert.

Inzwischen hatte der Umschlag des Denkens schon eingesetzt, allerdings nicht so, daß er das idealistische Denken korrigiert, sondern so, daß er es von seinem eigenen Standpunkt aus ad absurdum führt. Dies geschieht im

Materialismus,

der etwa um das Jahr 1830 einsetzt und sich mit ungeheurer Schnelligkeit verbreitet und wenigstens für Deutschland zur breitesten und mächtigsten unter den Strömungen des 19. Jahrhunderts wird. Wie sehr der Materialismus das Denken Deutschlands in kurzer Zeit gewonnen hatte, das bewies die Naturforscherversammlung in Göttingen im Jahre 1834. Elementar wie ein Naturereignis brach das materialistische Bekenntnis der Naturforscher hervor. Freilich wußte der Materialismus sich nicht lange in fährlichen Göttern zu halten, aber in den mittleren und niederen Schichten des Volkes wurde er umso bereitwilliger aufgenommen und umso konsequenter in die Tat umgesetzt.

Gewiß ist, daß auf den Höhen des abendlichen Geisteslebens der Idealismus und der Materialismus überwinden sind. Aber gewiß ist auch, daß beide Lebensanschauungen noch ihren starken Ein-

fluß auf das Geistesleben Europas zu wahrem Anlaß gegeben sind. Der Materialismus ist die Welt- und Lebensanschauung der Masse geworden. Auch der Idealismus hat weithin das Feld behauptet. Charakteristisch dafür ist die Distinktion, die seit dem Kriege in der protestantischen Theologie um das Verhältnis von Christentum und Idealismus entbrannt ist.

Weite Kreise der protestantischen Theologie haben erkannt, daß das Christentum durch die idealistische Theologie um seinen letzten Sinn gebracht ist; sie haben sich wiederum darauf besonnen, daß es sich immer aus einer idealistischen Selbstbestimmung ableiten läßt, und daß es nicht als Glied in der sich selbst erfüllenden Vernunft erklären läßt, daß es vielmehr als Neues, als etwas ganz anderes in die Entwicklung des Geisteslebens der Menschheit eintritt, und daß der Mensch ihm als einer objektiven Gegebenheit begegnet. Aber vor allem ältere Kreise protestantischer Theologen, die aus idealistischer Vergangenheit herkommen, die die absolute Position der Vernunft nicht aufgeben wollen, die an dem evolutionistischen Dogma festhalten, nach dem das Christentum in die konsequente Entwicklung des menschlichen Geisteslebens ein- und in ihr aufgeht, suchen mit Gewalt die idealistische Lösung der Frage nach dem Verhältnis von Christentum und Idealismus zu halten.

Aus dieser kurzen ideengeschichtlichen Skizze ergibt sich schon, wie sich das subjektivistische Denken Kants zum Abolutismus der Vernunft und durch Umschlag zum Abolutismus der Materie entwickelt hat. Beide Anschauungen haben ein halbes Jahrhundert das deutsche Geistesleben beherrscht und über Deutschland hinaus das Denken der Menschheit bestimmt. Ja, es scheint sogar, als ob das Hegelsche Denken, freilich wie ein Spätommer, der nicht lange andauern wird, eine Erneuerung erlebte. Aber die Wende ist schon da. Sie meldet ihre Ansprüche, und zwar mit einer Gehe, die sich nicht übersehen läßt, und mit einer Dringlichkeit, die man nicht überhören kann. Hegel ist das letzte Wort der Aufklärung, aber er wird nicht das letzte Wort der Geistesgeschichte des Abendlandes sein.

H. W.

Bruno Walter als Gastdirigent in Paris. Das erste der drei Beethoven-Konzerte, die Professor Bruno Walter in Paris gibt, fand Montagabend statt. Die Salle Pleyel, einer der größten Konzertsaale Europas, war bis auf den letzten Platz besetzt. Walter spielte mit dem Orchester des Pariser Konservatoriums außer der Egmont-Ouverture die Pastorale und die Eroica. Ramentlich die Beethoven-Gabe der Pastoralen-Symphonie sowie die beispiellose Quantifizierung des letzten Satzes der Eroica trugen dem deutschen Dirigenten einen Beifall ein, wie man ihn wohl selten in Paris erlebt hat. Entsend brachte das Publikum Walter eine minutenlang währende Ovation dar. Er mußte sich nach Beendigung des Konzerts etwa 15 mal von Podium für die Guldigungen bedanken. Der Aufführung wohnte der deutsche Vorkämpfer v. Gösch bei.

# Badische Chronik

## Ein Südwestdeutscher Schulungskurs

der deutschen Windthorstbünde  
wird veranstaltet vom Landesverband der Windthorstbünde Badens mit Unterstützung des Reichsverbandes der deutschen Windthorstbünde und der badischen Zentrumspartei in Karlsruhe (Baden) vom 13. bis 16. April 1930. Die Zeitverteilung: Sonntag, den 13. April: 15 Uhr: Führerbesprechung. 20 Uhr: Deutscher Abend: „Das Land am Rhein“, im Saale des „Kalmengarten“, Str. 14a. — Montag, 14. April: 9 Uhr: Inhalt und Wesen einer christlich-konservativen Politik im deutschen Volkstaate. Reichstagsabg. Dr. Krone-Berlin. 15 Uhr: Die nationalsozialistische Bewegung. Landesleiter Dr. Pfele-Freiburg. — Dienstag, den 15. April: 9 Uhr: Grenzfragen des deutschen Ostens. Reichstagsabg. Dr. Krone-Berlin. 15 Uhr: Grenzfragen des deutschen Westens. Reichstagsabg. Hofmann-Ludwigsb. 20 Uhr: Besuch des Landestheaters. — Mittwoch, den 16. April: 9 Uhr: Kooperative Wirtschaft. Unberühmter Professor Dr. Deffner-Frankfurt a. M., M. d. N. — Die Vorträge finden im Landtagsgebäude in der Ritterstraße statt. Nach jedem Vortrag wird Gelegenheit zu reichlicher Aussprache gegeben. Mit denjenigen Bundesfreunden, die noch am Donnerstag hier zu bleiben wünschen, wird ein gemeinsamer Ausflug veranstaltet.

## Der Heidelberger Voranschlag

Heidelberg, 26. März. Der Oberbürgermeister hat zur Abdeckung des Fehlbetrages von rund 900 000 RM., wovon etwa 600 000 RM. auf Fürsorgeausgaben entfallen, einen Plan aufgestellt, der einschneidende Sparmaßnahmen und Einnahmeerhöhungen vorsieht. Außer der Schließung des Theaters für 1—2 Jahre soll eine tiefgreifende Verwaltungsreform durchgeführt werden, die bereits eine große Zahl städtischer Arbeiter durch Entlassung betroffen hat und am 1. April 60 Beamte und Angestellte durch Zurücksetzung und Abbau treffen wird. Die hieraus ersparten Beträge werden mit 160 000 Mark veranschlagt. Durch Kürzung der Zuschüsse für die Landwirtschaftspflege und das Gartenbauamt will man 128 000 Mark einsparen. Andererseits sollen über 1,6 Millionen der Gesamtausgaben durch Erhöhung der städtischen Werke und eine starke Erhöhung der Umlage gedeckt werden. Der Oberbürgermeister glaubt, auf dieser Basis die bürgerlichen Parteien vereinen zu können.

Ettingen, 26. März. (Nachgutabgelaufen) Noch gut abgelaufen ist ein Verkehrsunfall auf der Karlsruher Straße. Ein mit Waren beladener Radfahrer kam in dem Moment ins Rutschen, als ein Auto an ihm vorbeifuhr. Er wurde von dem Auto, das zwar noch sehr schnell anhalten konnte, erfasst, und nicht unerheblich verletzt. Der Sachschaden ist unbedeutend. — Kinderschule wegen Mäsern geschlossen. Die Mäsern sind unter den Kindern hier so stark aufgetreten, daß bereits eine Kinderschule geschlossen werden mußte.

Schönbürg, 26. März. Ein außergewöhnlicher Ereigniszug bewegte sich am vergangenen Sonntag durch Nischen, um dem in weiten Kreisen bekannten Gemeinde- und Stiftungsrat Herrn Pfälzermeister Jakob Meng die letzte Ehre zu erweisen. Da der hochw. Herr Ortspfarrer in seiner Heimat eine Primizpredigt übernommen hatte, nahm der hochw. Herr Stadtpfarrer von Eppingen die Beisetzung der Leiche vor. Aus den tiefbewegten Worten des hochw. Herrn Stadtpfarrers war zu entnehmen, daß der teure Verstorbene stets seinen Namen als Vater, Stiftungs- und Gemeinderat gestellt hat. Ihm ist es zu verdanken, daß die Diapargemeinde Nischen heute noch seinen eigenen Pfarrherrn hat und nicht eine Filiale von Eppingen wurde. Im Namen des Gemeinderates legte Herr Bürgermeister Schäfer einen Kranz am Grabe nieder für die vielen Arbeiten, die er zum Wohle der Gesamtgemeinde geleistet hat. Weiter wurden Kränze niedergelegt vom Vorstande des Kriegervereins, welchem er 51 Jahre als Mitglied angehörte, dann vom Reichsbund für Kriegshinterbliebene, vom Handwerkerverein, vom Sängerverein „Eintracht“, welchem er bis zu seinem Tode als aktives Mitglied angehört, vom Kirchenstiftungsrat, vom „Gäcilienverein“, welchen er vor 42 Jahren gründete und vom „Loh- und Jungmännerverein“, welchen er vor einigen Jahren auch gründete und stets dabei war, wenn es galt, das Werk Vater Solpings zu vertreten.

Bruchsal, 26. März. (Schwer verbrannt) Das zwei Jahre alte Kind der Familie des Maschinenmeisters Ruter liegt am Bord auf einem Stuhl, rutscht aus und fiel auf die heiße Herdplatte. Das Kind erlitt schwere Brandwunden im Gesicht; sein Zustand ist bedenklich.

Dummersheim (A. Nassau), 26. März. (100 Jahre Pfarrkirche) Die hiesige Pfarrkirche beging am Sonntag in feierlicher Weise den Tag ihres 100jährigen Bestehens. Die kirchliche Feier bildete gleichzeitig den Abschluß einer 14tägigen Mission. Abends folgte im Gasthaus zum „Kamm“ eine weltliche Feier, in der als Hauptredner Landtagsabg. Kühr über „Die alte Kirche und die neue Zeit“ sprach.

Halsbach i. R., 26. März. (Totgefahren) Montag abend wurde der Scherenfleischer und Messerhämmer Franz Stefani, der mit seiner Schleifmaschine von Halsbach nach Gausbach unterwegs war, von dem Auto des Stoffhändlers Böhler aus Schenkenzell überfahren und so schwer verletzt, daß er bald darauf starb. Er hinterläßt eine Witwe und drei kleine Kinder.

Wiesloch, 26. März. (Autozusammenstoß) Auf der Landstraße Rauenberg-Waldorf fuhr unterhalb der Kreuzung der Landstraße Wiesloch-Mingolsheim der Lastkraftwagen der Piegelerfirma Gebr. Bort-Rauenberg gegen den mit Sand beladenen Lastkraftwagen des Fuhrunternehmers Grewilch aus Rauenberg. Durch den heftigen Zusammenstoß auf der schmalen Straße wurde der Lastkraftwagen schwer beschädigt und mußte abgeschleppt werden. Der Lastzug wies nur geringe Beschädigungen auf. Die Führer der Kraftfahrzeuge blieben unversehrt. Durch den Unfall wurde der Verkehr auf dieser Straße längere Zeit gehemmt.

## Den Jagdgenossen erschossen

Raubach (Odenwald), 26. März. Gestern abend kurz nach 7 Uhr ereignete sich in der Gemarkung Raubach ein bedauerlicher Jagdunfall. Der hiesige Förster war mit dem hiesigen Lehrer Koch auf den Schneepfennich gegangen. Als der Förster auf eine anstreifende Schusspatrone schloß, ging der Schuß fehl. Beim zweiten Schuß sprang der neben dem Förster stehende Lehrer Koch plötzlich auf und die ganze Schrotladung des zweiten Schusses drang ihm ins Gehirn. Der Tod trat auf der Stelle ein. Die Gendarmerie nahm sofort den Tatbestand auf. Koch stand erst im 23. Lebensjahr und war erst vor kurzem nach Raubach an die Schule gekommen.

## Bassermann auf dem Sockel

Ernst Bassermann wurde jetzt in Mannheim in Erz auf einen Sockel gestellt. Vor mehr als Jahresfrist weihte man das Denkmal für seinen sozialistischen Antipoden Reichstagsabgeordneten Ludwig Franz in Mannheim ein; ihm konnte der liberale Reichstagsabgeordnete Rechtsanwalt Ernst Bassermann nicht nachsehen. Es ist eigentlich nicht ein Sockel, sondern es sind deren drei mit fünf Treppen, auf denen Bassermann in die Höhe geschraubt wurde. Auf fünf Treppen liegt zunächst ein Sockel, der — wie soll ich ihn schildern? — aussieht wie eine horizontal liegende Bilderscheibe. Auf ihm steht aufrecht ein Sockel, der einer Schutzkapsel formal ähnelt. Darauf nochmals ein kleiner Sockel, kleiner, etwa wie eine flache Glocke. Dann kommt Ernst Bassermann. So ganz wie das erste gemacht wurde zu Zeiten des Weiermanns. All das viele Gerübe über künstlerische Gebung der Denkmalkunst, über die Vermeidung eines konventionellen Figurendallasters für die Städte scheint hier vergesen. Darum wollen wir auch hier davon reden.

In Mannheim wirkt bereits ein solches Denkmal. Wolte. Er sieht ebenso wie ein Weiermann auf dem Sockel, scheint ebenso zu kriechen wenn es kalt wird oder der Regen ihn überflutet. Bassermann dürfte es in seinem kümmerlichen Gehrod nicht anders gehen. Der schon modellierte hohe Vorkriegsstatue wird zwar nicht leben, weil er aus ewigem Material gemacht wurde, und die Weite mit den sieben schönen, wunderbar symmetrisch aufgestellten Knäpfen wird aus dem gleichen Grunde immer wieder trocken. Ich habe Bassermann selbst gekannt, habe ihn aber anders gesehen: Viel bedeutender, viel lebendiger. Hier steht er fast leblos da — man mag noch so viel von der „berühmten Medergerste“ sagen. Hier sind seine Beine bedenklich gebogen und etwas schwach gemordet; die Arme drücken kaum wieder zu plättende Falten heraus. Nein, so kenne ich Bassermann nicht, den immerhin spontanen Geist, der sich intuitiv in Szene zu setzen wußte, der sich auch gelegentlich um alle Machtfragen des vergangenen Staates den Ausdruck suchte, der hoch erhabenen Hauptes sich einerschritt mit seiner Bismarckdogge und dem breiten Hut. Das würde er selbst vor seinem Denkmal fragen? — Vielleicht nur das ihm als liberalem Abgeordneten besahft in den Mund gelegte Velenium: „Hier steht ich... und kann auch anders.“

Gewiß könnte er auch anders hier gedankt sein. Hugo Leberer — mer vermutet diesen großen Krieger als Urheber dieses Denkmals? — hat einen anderen Entwurf vorgelegt. Er wurde abgelehnt; aber Leberer hätte sich nicht beugen sollen! So ist, wie das oft bei künstlerischen Wiedergaben von Verstor-

benen vorkommt, mehr die kleine familiäre Erinnerung, das Familienphoto, die Anekdote über den Künstler maßgebender geworden als der Persönlichkeitswert, als die geistige Haltung. An Stelle der prominenten künstlerischen Idee trat etwas das bürgerliche Empfinden für liebevolle häusliche Kleinarbeit (wie sollte Leberer auch den Angang besser illustrieren?) Aber man hört noch etwas anderes: Stressemann wollte Bassermann deshalb nicht nur als Plakette haben, sondern auf dem Sockel, damit nicht in einigen Jahrzehnten — etwa unter veränderten politischen Verhältnissen — die Plakette durch einen anderen lieblich des Volkes ersetzt werden könnte. Wer aber bürgt dafür, daß nicht auch die Statue abgeschraubt werden und auf dem Sockel Lenin Platz nehmen könnte oder gar — welcher Schreck! — der Zentrumsführer Dr. Schöfer? ...

Politik ist Politik; Kunst ist Kunst. Es bleibe dabei: wie es auch vor dem Kriege war: hohe Politik setzt Kunstverständnis nie ohne weiteres in vollem Umfang voraus! X. Y.

## Der erste Farben-Tonfilm

Im Berliner Ufa-Palast am Zoo kann man jetzt den ersten Farbentonsfilm sehen und hören. Das Sehen ist hier, wo es sich nicht nur um schwarzweiße Bilder, wie üblich, sondern um farbige Filmbilder handelt, das Wichtigere. „Cilly“ heißt dieses farbige Tonfilmprodukt, das aus dem Atelier der First National Pictures den Weg zu uns gefunden hat. Der Film wurde mit einem Kollodiumaufwand gefilmt, wie ihn sonst nur die Willontenfilme des Ehepaars Lang-Darboz beanspruchten. „100 Prozent Farben! 100 Prozent Ton! 100 Prozent Neu!“ behaupten die Ankündigungen. Wollte die Kritik ebenso humoristisch verfahren, so könnte sie sich darauf beschränken, zu sagen: 100 Prozent Nicht! Aber ein derartiges humoristisches Urteil ist hier doch nicht am Platz. Denn dieser Film hat über die bloße ästhetische Wertung hinaus immerhin für sich den Anspruch aufzuweisen, der erste einer neuen Technik darzustellen. Wenigstens ist er der erste Versuch, von dem wir durch eigene Anschauung Kenntnis erhalten. Wir haben zwar schon in anderen Filmen, erinnert sei nur an „Den Hur“ und an „Broadway“, kolorierte Filmbilder gesehen, doch waren es immer nur stredeweise Einfügungen in die übliche schwarzweiße Bilderfolge. In „Cilly“ ist wirklich, wie angekündigt, die Bildfolge hundertprozentig farbig. Der Film ist nach dem Technicolor-Verfahren hergestellt. Dieses, wie auch das Multicolor- und das deutsche Cirrus-Farbenfilm-Verfahren gestattet die Vorführung des Bildtextens von jedem gebräuchlichen Projektionsapparat, weil bereits die Kopien schon farbig sind. Dieser Umstand wird natürlich die Einführung von vollständigen Farben- und Farbentonsfilmen sehr erleichtern. Aber hoffentlich macht auch der Farbentons-

Sonntag früh die Reise talabwärts antreten. Durch das starke Wasser und die hohe Ladung wurde dann die „Marktbreit“ wieder ans linke Ufer gedrückt und geriet auf Grund. Alle Versuche, mit eigener Kraft wieder freizukommen, misslangen. Bei dem Versuch des Kettschleppzuges, den „Marktbreit“ wieder flott zu machen, riß die Mainkette, die unter vielen Mühen wieder genietet werden mußte. Dieser Vorgang wiederholte sich noch zweimal, und jedesmal mußte die Mainkette unter nicht ganz leichten Verhältnissen genietet werden. Bei den Arbeiten fiel ein Matrose über Bord, konnte aber glücklicherweise sofort gerettet werden. Auch ein Nachen verlor in der Flut, der ebenfalls wieder geborgen werden konnte. Erst am Abend gelang es, den „Marktbreit“ freizubekommen.

Weinheim, 26. März. (Frühling an der Bergstraße) An geschützten Stellen der südlichen Bergstraße hat bereits die Blüte der Pfirsich- und Aprikosenbäume eingelegt. Die Mandelbaumblüte ist im großen und ganzen vorüber. Auch die Magnoliabäume in den Gärten zeigen die ersten Blüten.

## Fleischsteuer

Durch Artikel 2 des Gesetzes vom 20. März 1930 — Gesetz und Verordnungsblatt Seite 17 — ist der Zeitpunkt für das Außerkrafttreten des Fleischsteuergesetzes, das ursprünglich auf den 1. April 1930 erfolgen sollte, auf den 1. April 1932 festgesetzt worden. Die Fleischsteuer gelangt daher im bisherigen Umfang bis zum 1. April 1932 auch weiter zur Erhebung. Wie wir der Begründung des Gesetzes entnehmen, wäre bei einer Aufhebung des Fleischsteuergesetzes am 1. April 1930 für die nächsten zwei Jahre voraussichtlich eine entsprechende Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer zur Dedung des Ausfalls an Fleischsteuereinnahmen nötig geworden.

## Fabrikgroßfeuer

Köln, 25. März. Gestern abend sind die ausgedehnten Fabrikanlagen der Lederwerke Rheinbaben A.-G. durch ein Großfeuer fast vollständig vernichtet worden. Den Feuerwehren, die mit etwa 12 Schlauchleitungen gegen das Flammenmeer vorgingen, gelang es nur, das Maschinenhaus und die zum Werk gehörenden Wohnhäuser, die infolge des starken Funkenflugs aufs äußerste gefährdet waren, vor Schaden zu bewahren. Wiederholt mußten Rüstmannschaften auch an anderen Säulern des Stadtteils Rheinbaben Brandherde bekämpfen, die sich dort durch Funkenflug gebildet hatten. Der Brandschaden beträgt mehrere Hunderttausend Mark. Der Betrieb des Lederwerks, das mit 80 Arbeitern voll beschäftigt war, ist gänzlich stillgelegt. Die Fabrik ist bis auf das Kesselhaus und das Transformatorwerk niedergebrannt. Der Bereich in den angrenzenden Straßen mußte abgesperrt werden, da einfallende Mauerteile eine große Gefahr für die Passanten bildeten.

# Aufklärung der Trichinoseepidemie

Mannheim, 26. März. Die Stuttgarter Trichinoseepidemie ist aufgeklärt. Es handelt sich nach einer Meldung der „Neuen Badischen Landeszeitung“ um einen aus der Weinagerie „Marco“ stammenden Eisbär. Es war dies ein kleiner Reizejäger, der in Mannheim in den Spelzengärten überwintert hatte und vor der Auflösung stand, da sich das Unternehmen nicht rentierte. Sämtliche Tiere, darunter auch der kleine, drei Jahre alte Eisbär, waren einer Reihe deutscher Tiergärten und Zirkusbesitzer zum Kauf angeboten worden. Der Inhaber des Stuttgarter Tiergartens auf der Doggenburg weichte zur Besichtigung hier, doch kam für ihn ein Kauf nicht in Frage, da dem Bären ein Auge fehlte. Bei seiner Rückkehr nach Stuttgart fragte er den ihm befreundeten Wirt des Königshofs, ob er nicht Lust hätte, den Bären um billiges Geld (300 RM.) zu kaufen und für sein Restaurant auszuschlachten. Der Wirt ging sofort auf den Vorschlag ein, das Tier wurde im Beisein eines Polizeiwachmannes, von zwei Stuttgarter Jägern erschossen. Der Bär soll lebend einen völlig gefunden Eindruck gemacht haben. Das Fleisch

wurde dann mit Ausnahme eines Teiles der etwa 10 Tage in eine Salzlake gelegt wurde, im „Königshof“ in Stuttgart, teils als Braten zubereitet, teils für Würst und sonstiges vermarktet. Dabei sollen etwa 500 Portionen ausgegeben worden sein, die bei niemanden Schaden anrichteten. Nur das in Salzlake gelegte Bärenfleisch, das als Bärenschinken angepriesen und in etwa 60 Portionen ausgegeben wurde, hat die Trichinoseerscheinungen hervorgerufen. Offenbar war hier durch ungenügende Weizung die Trichinen unvollständig oder garnicht gekocht worden. Wie das Blatt weiter erzählt, ist der einzige Mensch, der unbeschadet von dem unheilvollen Bärenschinken gegessen hat, der Koch des Restaurants „Königshof“. Er hat vier bis fünf Portionen verzehrt, ohne krank zu werden. Diese eigenartige Erscheinung verdankt aber der Koch nur dem Umstand, daß er zufällig einige Tage nachher eine Dalkur unternommen haben soll, mit der offenbar sämtliche Trichinen aus Magen und Darm entfernt wurden, noch ehe sie in die Blutbahn gelangten.

so schnelle Fortschritte, wie wir sie beim Tonfilm erleben! Das ist dringend zu wünschen!

Denn dieser Farbentonsfilm „Cilly“, der den Aufstieg einer langbeinigen kleinen Kellnerin zum Nebustar der Ziegfeld-Schau zeigt, ist inhaltlich einer der ältesten Lachenshüter der Filmmanufakturfabrikation. Was aber die Darstellung betrifft, so ist sie zum größten Teil steif und posiert, immer deutlich von dem Regisseur John Francis Dillon daraufhin angelegt, daß sich „schöne“ Bilder im Hinblick auf die Farbigeit ergeben. Das ergibt an zahlreichen Stellen derart verzierte süßliche Anspielungsstellen, daß man entsetzt ist über so viel faden Limonaden-geschmack. Es wäre falsch, das mit Anpassung an den veräppelten Publikumsgeschmack entschuldigen zu wollen. Mag man vielleicht in Amerika diesen farbigen Kulissenfilm bewundern, wir wollen bei uns etwas anderes! Natürlich läuft auch bei uns zunächst einmal das Publikum zu diesem Farbentonsfilm — aber nur, weil er technisch etwas Neues ist! Aber für den Bedarf an Sentimentalität und primitiver Lustigkeit haben wir ja in Deutschland schon Genny Porien und Harry Liedtke, da brauchen wir solchen amerikanischen inhaltslosen Lang- und Neucelium von vorvorvorgestern nicht! Daß hier die auf der Bühne schon langjam veralteten Neueproun-agen noch einmal farbig im Film wiederkehren, läßt sich verstehen, weil einzig diese Szene mit dem Farbentextum der Solistime, mit den großangelegten Schautänzen den besonderen Wirkungen des Farbentonsfilms entgegenkommen.

Immerhin: dieser Farbentonsfilm ist ein erster Versuch auf dem Gebiet neuer Filmtechnik. Nach sind zwar die Bilder vielfach unklar, verschwommen, ebenso die Farben an sich, aber wir haben ja den ertauentlichen technischen Entwicklungsstand des Tonfilms eben erst erlebt, dessen ersten Produkten auch noch so viele technischen Mängel anhafteten, und wissen, wie schnell hier die Entwicklung fortschritt. Dere farbige Film und Tonfilm, jetzt erst ein unbedeutender Anfang, kann möglicherweise ebenso schnell zu technischen Verbesserungen gelangen. Aber erst, wenn er aus dem Anfangsstadium herausgemacht ist, wird man beurteilen können, ob und wie weit der Film auch nach der ästhetisch-künstlerischen Seite hin durch das Dinzukommen der Farbigeit Gewinn davon tragen kann!

H. H. Bormann.

Die neue Oper von Zaramir Weinberger, die 2. Oper des erfolgreichen Komponisten des „Schwanda“, „Die geliebte Stimme“, Text von Robert Michel, ist soeben von Generalintendant Franckenstein für das Nationaltheater München zur alleinigen Uraufführung erworben worden. Das Werk wird unter Leitung von Hans Knappertsbusch im Oktober dieses Jahres in München herauskommen.

# Der Endkampf um die Dotationen

## Die entscheidende Sitzung — Eine eindrucksvolle Rede Dr. Baumgartner's und Dr. Person's

### Sitzungsbericht

Karlsruhe, 26. März.

Kurz nach 9 Uhr eröffnet Präsident Duffner die Morgen-sitzung. Es wird sofort in die Tagesordnung

**Vorschlag des Ministeriums des Kultus und Unterrichts**  
Abteilung Kultus

und damit in Verbindung Beratung über das Dotationsgesetz eingetreten. Den Reigen der Redner eröffnet

Abg. B o d (Komm.), der Rußlands Terrormethoden gegen die Kirchen verteidigt. In Baden komme so langsam mit Unterstützung der Sozialdemokratie der Kirchenstaat. Die Vermögenslage der Kirchen erlaube den Verzicht auf die Dotationen. Im übrigen polemisiert der Redner gegen die Sozialdemokratie und lehnt alle Zuschüsse zum Aufwand der Kirchen ab. Die Offenheit der Kirche gegen die Sowjetunion sei nur zu begrüßen.

Abg. B e r g g ö h (engl. Volksdienst) wendet sich gegen die Christenverfolgungen in Rußland und wendet sich gegen die katholische Kirche und das Zentrum wegen der Dotationsregelung. Diese Regelung nach der Pfarrstellenzahl sei ungerecht. Eine Benachteiligung der katholischen Kirche habe in der Vergangenheit nie bestanden. Die jetzige Regelung sei ein politischer Gewaltakt.

Abg. Dr. S c h m i t t h e n n e r (D.Natl.) wirft dem Kultusminister Dr. Remmele ungerechte Einstellung der evangelischen Kirche gegenüber vor. Die Deutschnationalen wollten einen christlichen Staat haben. (Widerspruch.) Man müsse aus dem Kulturkampf herauskommen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Der Gesetzentwurf sei falsch und trenne die christlichen Konfessionen. Eine Verbindung des Reichsdeputationshauptschlusses mit den Dotationen sei abzulehnen. Das Staatskirchenamt sei schon 1860 durch Kirchensteuergewährung an die Kirchen gefallen. Der heutige Zustand sei eine Folge der falschen Einstellung des alten Staates. Die jetzige Verteilung sei eine willkürliche machtpolitische Ungerechtheit. Die Deutschnationalen lehnten die Dotationsregelung ab.

Minister des Kultus und Unterrichts Dr. R e m m e l e weist den Vorwurf des Abg. Dr. Schmittthener, als ob er sich nicht genügend in die evangelische Mentalität eindenken könne, mit Entrüstung zurück. Wenn diese falsche Einstellung schon aus dem Lehrerbildungs-gesetz herausgesehen werden wolle, so müsse man die objektive Einstellung bezweifeln und daran glauben, daß man bewußt den Frieden der Konfessionen stören wolle. (Beifall.)

### Abg. Dr. Baumgartner (Str.)

wendet sich den einzelnen Diskussionsrednern der Opposition zu. Die Bezeichnung Dotationsgesetz, die jetzt üblich geworden sei, sei aber bedauerlich, da damit eine falsche Rechtsbildung geschaffen würde. Es handle sich nicht nur um die Pfarrbesoldungszuschüsse, sondern um das ganze Kapitel des Kultus und da sei eine Rechtsverpflichtung aus dem Deputationshauptschluss wohl gegeben. Der badische Staat sei auf den 16fachen Umfang durch die Säkularisation herangewachsen. Der Verlust der Kirche damals durch Wegnahme der Kirchengüter habe 420 Millionen Goldgulden betragen und auf der Einnahmeseite des Haushalts erschienen die Millionenbeträge aus den Domänen. Diese Rechtsverpflichtungen bestünden und seien durch Gerichtsentscheidungen, sogar durch das Reichsgericht, anerkannt worden. Wenn der Staat immer seine selbst übernommenen Verpflichtungen, zum Teil völkerrechtlich gebundene Leistungen ausgeführt hätte, wäre es nie notwendig gewesen, daß die Kirche als Beteiligter zum Staat gekommen wäre. Die Kirche habe es wirklich nicht nötig zu betteln. (Beifall im Zentrum.) Es gebe zweierlei Güter: Dispositions- und Bistumsgüter und selbst die großherzogliche Regierung habe immer anerkannt, daß die auf dem wagnisvollen Bistumsgut ruhenden Verpflichtungen der Kirche gegenüber erfüllt werden müßten. Dazu seien über 90 Klaster eingezogen worden, die einen großen Ertrag gebracht hätten. Redner führt Reichsgerichtsentscheidungen an. Es seien aber nicht nur Immobilien in Besitz genommen worden, sondern auch Mobilien von ungeheurem Wert veräußert worden. (Sehr richtig! im Zentrum.) Tief bedauerlich sei aber, daß von der anderen Seite das Argument der Zahlenden in die Debatte geworfen worden sei. (Beifall im Zentrum.) Das sei der alte Inferioritätsvorwurf gegen die Katholiken, der dann in der Zukunft auch auf anderen Gebieten erscheine. Wenn man so argumentiere, daß der Reichstischler auch der Reichstempelangebe sein soll und der katholische Volksteil der wirtschaftlich Schwächere sei und deshalb kein Anrecht auf Parität habe, so müsse man sich gegen diesen verletzenden Vorwurf zur Wehr setzen. (Beifall im Zentrum.) Damit mache man jede soziale Fürsorge unmöglich und stabilisiere ein brutales kapitalistisches Prinzip. Es sei dasselbe Prinzip, wie das des Dreiklassenwahlrechts. Dabei sei es noch nicht mal richtig, denn die badischen Einnahmen seien größtenteils aus Steuerüberweisungen zusammengesetzt, zu denen wesentlich indirekte Steuern beitrügen. Der 50proz. Teil der badischen Katholiken würde aber doch wohl einen größeren Verbrauch haben wie der evangelische Volksteil. (Beifall im Zentrum.) Es sei aber zu warnen, daß man überhaupt solche Argumente verwende. Die Kirche müsse einen umlaufenden Betriebsmittelfonds haben, da eine Schwächelausegabe wie beim Staat unmöglich sei. 1½ bis 2 Millionen seien nicht zuviel. Die Forderung der Parität sei immer erhoben worden, schon 1876 durch das Ordinariat im Zusammenhang mit der Ablehnung des berüchtigten großherzogl. Reverses, der die katholischen Geistlichen der Staatsallmacht unterwerfen wollte. Dauernd seien auch Zentrumsmitglieder der I. und II. Kammer gegen die imparitätliche Regelung aufgetreten. Der Antrag Dr. Föhr habe im Jahre 1927 eine Regelung der Dotationen unter Berücksichtigung der Parität und der Notlage gefordert. Dem Gedankengang habe sogar der Abg. Dr. Schmittthener zugestimmt. (Hört!) Ebenso habe sich Geheimrat Dr. Raper-Karlsruhe ausgesprochen. Das Zentrum wolle gar nicht mehr und es könne nicht begriffen werden, daß Verletzung der Interessen der evangelischen Kirche vorgeworfen werden könne. Der Grundgedanke des früheren Gesetzes war auf dem Pfündesystem aufgebaut. Das Gehaltsystem sei erst infolge der durch die Inflation herbeigeführten Vernichtung der Fonds und Pfündestellen eingeführt worden. Die Erregung sei unverständlich. Wenn von gewalttätiger Benachteiligung, von bewußter Imparität per se redet werden wolle, so hätte die katholische Kirche allen Anlaß, ihre Stimme zu erheben. (Beifall im Zentrum.) Eine besondere spezielle Würdigung des subjektiven Bedürfnisses durch den Staat sei unmöglich, da müßten die Religionsgesellschaften einen Ausgleich unter sich mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln treffen. Der Staat könne keinen Zuschuß nicht nach dem durchaus anzuerkennenden Prinzip der soziologischen Sonderstellung des evangelischen Pfarrhauses machen, das müsse Sache der Kirche sein. Es sei zu begrüßen, daß die evangelische Kirche ihre Pfarrer den Akademikern gleichstelle, das sei der katholischen Kirche nicht möglich gewesen. Der Großteil der katholischen Geistlichen komme aus dem schaffenden Volke und habe meist nur mit Unterstützung aller Familienangehörigen den Weg durchs Studium nehmen können. Daraus erwachsen weitgehende Verpflichtungen. Im übrigen habe auch der katholische Klerus eine freiwillige Versicherung für die Pfarrhaushalterin ufm. geschlossen. Wenn man mit ungerechten Argumenten prozodieren wolle, so werde das Zentrum die Antwort nicht schuldig bleiben. Wegen den Ton des Abg. Berggöhl müßte schärfste Verwahrung eingelegt werden. Das Ziel des Zentrums sei der konfessionelle Frieden. Der Vorwurf gegen die Regierung wegen nicht rechtzeitiger Fühlungnahme mit den Kirchen sei unberechtigt. Das Oberste müsse sein

die Sorge für das Seelische, denn wenn die sittlichen Begriffe schwinden, sei eine Gesellschaftsordnung überhaupt unmöglich. Selbst die Sowjets zeigten noch von den kulturellen Überresten des Christentums in Rußland. Der Regierung müsse für die Durchführung der Parität gedankt werden, wobei man den Abbau nur schmerzlich empfinde.

Abg. T e u t s c h (evang. Volksdienst) spricht sich für gegenseitige Bereitschaft zum gegenseitigen Frieden aus. In der Zeit des Vormarsches des Unglaubens sei Einigkeit der christlichen Konfessionen geboten, die jetzige Regelung diene nicht der Einigkeit. Das beste sei es, man lasse die Dotationen fallen.

Abg. M a i e r - H e i d e l b e r g (Soz.) polemisiert zunächst gegen den Nationalsozialismus und wirft ihm Gefinnungslosigkeit vor. Für Geld (40 M) fänden sich Kreaturen, die dem Nationalsozialismus diene. Die Nationalsozialisten schienen mächtig scharf auf Minister-

posten zu sein. Redner beschäftigt sich mit den kommunistischen Argumenten. Durch den kommunistischen Illusionismus würde die Arbeiterbewegung nur geschwächt. Eine Schädigung der evangelischen Kirche sei nicht zu erwarten. Die Opposition wolle ja den vollkommenen Wegfall, das sei doch sicherlich eine wahre Schädigung. Aber dieser Antrag sei unehrlich, da er nicht ernst gemeint sei. Die sozialdemokratische Haltung sei durchaus gerechtfertigt. Aus dem Argument des Steueraufkommens spreche der liberale Herrmann, der Deutschland in den Untergang geführt. Die Sozialdemokratie wolle die völlige Trennung von Staat und Kirche, verkenne aber nicht die großen moralischen Werte der Religionen. Auch die sozialistische Gesellschaftsordnung brauche den moralischen Menschen in höchster Kultur. Wo die Moral herkomme, sei egal. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Schluss 1 Uhr. Fortsetzung ¼ 4 Uhr.

### Nachmittags-Sitzung

Kurz nach ¼ 4 Uhr beginnt die Sitzung mit einer persönlichen Erklärung der Bauernpartei, die den Nachweis erbringt, daß der nat.-soz. Abg. Roth unfähig sei, der Wahrheit gemäß über die Verhandlungen im Landtag zu berichten.

Es wird dann sofort in die Behandlung des Vorschlags des Ministeriums des Kultus und Unterrichts, Abteilung Kultus, eingetreten.

Abg. B a u e r (Str.) bezeichnet zunächst einmal die Ausführungen des Abg. Dr. Raites als auf beachtlicher Höhe stehend. (Widerspruch im Zentrum.) Der evangelischen Oberkirchenbehörde hätte man besser entgegenkommen sollen. Die Vorlage bedeute eine Störung des konfessionellen Friedens. (Widerspruch im Zentrum.) Nachdem die Frage der Parität aufgeworfen worden sei, müsse auch die Parität der Zahlenden aufgeworfen werden, nicht nur die Parität der Nehmenden und es sei unbestreitbar, daß eben die Evangelischen für die Katholiken zahlten. (Widerspruch im Zentrum.) Man dürfe doch nicht mehr zur Säkularisation zurückgreifen. Dem Zentrum komme es nur darauf an, seine Macht zu beweisen. (Widerspruch im Zentrum.) Alle Parteien der Opposition hätten sich gefunden, um das Unrecht an der evangelischen Kirche abzuwehren. Man dürfe den Bogen nicht überspannen. Man habe sogar schon in der Opposition Obstruktionspolitik ins Auge gefaßt. Man solle sich die Sache nochmals überlegen.

Abg. Dr. L e e r s (Dem.) protestiert dagegen, daß das Haus in einen protestantischen und einen katholischen Teil abgeteilt werde. Dem Zentrum sei der Anspruch auf Alleinvertretung der katholischen religiösen Interessen zu bestreiten. Seine Partei wolle sehr wohl, was hier nötig sei. Der Landtag sei nicht das richtige Forum, um die Frage der Parität zu klären. Den Kirchen sei in der Vorbereitung des Gesetzentwurfs nichts über die Absicht der Umänderung des Verteilungsschlusses betanngesprochen worden. Die Religionsgesellschaften seien vollkommen überläßt worden. Da die Kirchen finanziell gut stünden, sei die Stunde der Abschaffung der Dotationen gekommen.

Minister des Kultus Dr. R e m m e l e weist den Vorwurf der Willkürgegenüber wegen ungenügender Orientierung der Religionsgemeinschaften zurück. Der Entwurf sei allerdings den Religionsgemeinschaften nicht zugegangen. Im vorigen Jahre hätte der Kultusminister Dr. Leers die Verhandlungen mit den Kirchen beginnen sollen, damit bei den Budgetverhandlungen die Sache geordnet und erledigt gewesen sei. Es sei aber nichts derartiges geschehen. Dr. Leers hätte gar keine Veranlassung zu Vorwürfen. Es sei eigenartig, daß religiöse Mitglieder der Regierung jetzt neben dem Regierungswagen stehend Vorwürfe erheben. (Beifall.)

Abg. Dr. S c h m i t t h e n n e r (D.Natl.) ist der Meinung, daß dieses Problem der Staatszuschüsse nie unter dem Standpunkt der Parität zufriedenstellend gelöst werden könne. Eine glückliche Einigung sei nötig.

Abg. B o d (Komm.) bestreitet, daß Sittlichkeit mit Christentum verbunden sein solle.

### Abg. Dr. Person (Str.)

beschäftigt sich mit den Motiven der Schaffung des Dotationsgesetzes durch Minister Volk, der durch Staatsunterstützung die soziale Lage der evangelischen Pfarrer verbessern wollte, um wieder Männer aus besseren Ständen der evangelischen Kirche zuzuführen. Es sei auch damit eine gewisse Entschädigung für das Simultanzulagegesetz beabsichtigt gewesen. Damit sei doch die Absicht und Richtung des Gesetzes gegen die katholische Kirche gefaßt. Selbst Ramey habe die Ungerechtheit der ersten Dotationsaufstellung anerkannt. Dieser Zustand der Ungerechtheit sei jetzt noch, abgesehen von der kleinen Religiosierung im Jahre 1900, im Geleze vorhanden. Man verkenne jetzt, daß endlich einmal Recht geschaffen werden müsse. Der Vorwurf des Abg. Teutsch, daß der evangelische Volksteil die Gehälter der katholischen Geistlichen mitbezahle, störe aufs schmerzliche den konfessionellen Frieden. Es sei anzuerkennen, daß die soziologische Stellung des evangelischen Pfarrhauses eine größeren Aufwand fordere. Das sei aber doch abgegolten, daß der evangelische Pfarrer schon 2000 M mehr Gehalt als der katholische Geistliche habe, wozu noch die Rinderzulagen kämen. Die Ausführungen, als ob durch diese Dotationsregelung die Stellung des evangelischen Volksteils zum Staat erhöht würde, wären besser unterbleiben. Der Katholik, in Paritätstellung zurückgeblieben, habe immer seine Pflicht gegenüber Staat und Vaterland getan. Wenn früher nicht der Bogen überspannt worden wäre, hätte man jetzt nicht zu debattieren. Wenn man jetzt konfessionelle Friedensstörung vorwerfe, so sei es eine glänzende Befähigung der Haltung des katholischen Volksteils, der trotz Benachteiligung niemals eine Störung des konfessionellen Friedens herbeigeführt habe und niemals eine solche Agitation entfacht

habe, wie sie jetzt durchs Land getragen werde. Es sei keine Ursache, von Friedensstörung zu reden, wenn Recht geschaffen würde.

Abg. K ö h l e r (Komm.), polemisiert gegen den Minister. Abg. Dr. L e e r s (Dem.) weist nochmals darauf hin, daß der evangelische Oberkirchenrat mit dem Gesamtabbau einverstanden sei.

Abg. F r a u R i c h t e r (Dnatl.) bezeichnet die Regelung als eine Verwahrlosung einer starken Minderheit, sie sei eine Brandfackel gegen den konfessionellen Frieden.

Minister Dr. R e m m e l e stellt an Hand der Akten nochmals fest, daß die Regierung ihre Pflicht in der Orientierung der Religionsgemeinschaften getan habe. Die Kirchen könnten zur Vertiefung ihrer Vermögensverwaltungen nicht gezwungen werden. Die finanziellen Verpflichtungen des Staates blieben auf alle Fälle bestehen. Es sei geltend gemacht worden, daß es doch keinen Zweck habe zu diskutieren, da ja doch die Regierungsvorlage unverändert angenommen würde. Es sei aber doch drauf hinzuweisen, daß im Jahre 1899 eine Landtagsmehrheit sich für die heutige Parität ausgesprochen habe. Die Oppositionsparteien überließen jede Verantwortung sogar für Bewilligung der Amtengehälter der Koalition. Jede Regierungskoalition müsse sich vorher verständigen, wenn es auch eine bekannte Tatsache sei, daß die liberale Volkspartei aus Koalitionsabstimmungen heraus-springe (Zuruf: Fraktion Drehscheibe!) Die Sozialdemokratie habe sich nie unter das Joch des Zentrums gebeugt. Die Regierung schlage einen stärkeren Abbau vor, als er jemals früher gefordert worden sei und wenn die Opposition in der Koalition sitzen würde, so würde heute niemand davon reden, der Staat wolle mit den kirchlichen Behörden einen Zustand des Vertrauensverhältnisses haben, aber es könne niemals in Frage kommen, daß diese Behörden ihre Zustimmung zu Gesetzesvorlagen zu geben hätten. Man könne der Regierung keine Unfreundlichkeit gegen die Konfessionen vorwerfen. Ein Anlaß zu konfessionellem Unfrieden sei nicht vorhanden. Die Regierung sei aus den Landtagsverhandlungen und der Rechtslage zur Auffassung einer anderen Verteilung gekommen, man könne aber nie von einer gemollten Ungerechtigkeit gegenüber der evangelischen Kirche sprechen. Der konfessionelle Friede könne nur durch höfliche Agitation gestört werden. Da sei aber die Regierung nicht schuld daran.

Abg. F ö h r (Dem.) wendet sich in seinem Schlusswort als Antragsteller gegen die Konfessionalisierung des öffentlichen Lebens.

Abg. M a i e r (Soz.) begründet nochmals die sozialdemokratische Stellungnahme eines allmählichen, für die Kirche erträglichen Abbaues. Dann sei aber ein unbegrenztes Steuerrecht für die Kirchen nötig. Es sei selbstverständlich, daß nach Ablauf der neuen Regelung eine neue Prüfung über die Möglichkeit weiteren Abbaues ange stellt werden müsse. Redner stellt eine nationalsozialistische Behauptung richtig.

Der komm. Antrag auf vollkommene Trennung von Kirche und Staat wird mit allen gegen 8 kommunistische Stimmen bei 5 deutschnationalen Enthaltungen abgelehnt.

Der komm. Antrag auf Ablehnung eines Kontorats und Entkleidung der Kirchen ihrer öffentlichen Rechtsstellung wird gegen die kommunistischen Stimmen bei 15 Enthaltungen der Liberalen, Demokraten, Wirtschaft- und Bauernpartei bei 58 Stimmen des Zentrums, Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Evangel. Volksdienst abgelehnt.

Der oppositionelle Antrag auf Abbau der Dotationen im Zeitraum von 5 Jahren wird mit 50 Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokraten gegen 27 Stimmen der Demokraten, Liberalen, Wirtschaftspartei, Deutschnationalen, Ev. Volksdienst, Kommunisten, Bauernpartei bei Stimmenthaltung der Abg. Hilber u. Spielmann abgelehnt und das Dotationsgesetz in erster Lesung in nammentlicher Abstimmung mit 46 Stimmen des Zentrums u. der Sozialdemokratie gegen 27 Stimmen der Kommunisten, Nationalsozialisten, Liberalen, Wirtschaftspartei, Bauernpartei, Evangel. Volksdienst, Demokraten und Deutschnationalen bei 1 Enthaltung (Abg. Spielmann, Wirtschaftspartei) angenommen. Die 2. Lesung konnte nicht vorgenommen werden, da Widerspruch erfolgte. Ein sozialdemokratischer Antrag, die Höchstgrenze der Kirchensteuern zu beseitigen und nach Ablauf des Dotationsgesetzes in eine neue Prüfung zwecks weiteren Abbaus einzutreten, wurde mit 86 Stimmen der Sozialdemokraten, Liberalen, Demokraten, Deutschnationalen, Wirtschaftspartei, Evangel. Volksdienst gegen 84 Stimmen des Zentrums und der Kommunisten bei 8 Stimmenthaltungen angenommen.

Schluss der Sitzung ¼ 8 Uhr. Fortsetzung: Donnerstag früh 9 Uhr.

## Aus der Partei

Vom Zentrumsverein der Stadt und des Bezirks Einshelm. Am Samstag, den 22. März d. J., hat der Ortsausschuß von Einshelm im Gasthaus zum Ochsen hier seine Generalversammlung abgehalten, die gut besucht war. Die vorgenommene Wahl ergab die Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder Huber, Lehmann, Spranz, Hermann und Herr. Neu hinzugewählt wurden als Beisitzer die Herren Schriftfeger Albert Jann und Zimmermeister Alois Durel. Sodann erbat Herr Bezirksbau-meister Huber Bericht über seine Tätigkeit als Bezirksrat und Herr Tierarzt Dr. Beck gab Auskunft über die Gemeindepolitik im letzten Jahre. Die über die Stellenbesetzung bei der Gemeindeverwaltung, die Befestigung des Wasserzinses und den Abschluß des Lichtvertrags gemachten Ausführungen gaben Anlaß zu lebhafte r und erweiterter Aussprache. Am Sonntag, den 23. März, fand nachmittags um 2 Uhr im Gasthaus zum Ochsen dahier die Bezirksexekutiveversammlung statt. Die vorgenommene Vorstandsbesetzung ergab die Wiederwahl der bisherigen Mitglieder. Hierauf erteilte der 1. Vorsitzende dem Herrn Landtagsabgeordneten Hartmann aus Heidelberg das Wort. Dieser sprach den Vertrauensakt für ihre geleistete Arbeit bei der Wahl im

Oktober d. J. seinen Dank aus. In seinen Ausführungen gab er die wichtigsten politischen Ereignisse der letzten Zeit im Lande Baden und im Reich bekannt. Interessant waren auch die Mitteilungen, die der Herr Abgeordnete über die vom Staate an die Bildungsanstalten zu leistenden Zuschüsse machte. Bezüglich des Reiches machte der Herr Abgeordnete Ausführungen über den Youngplan und die Stellungnahme des Zentrums hierzu. Zum Schluss geistelte er noch die von dem Nationalsozialisten gegen den Herrn Reichspräsidenten eingesetzte Geze und die hierbei erfolgten Beschimpfungen. An diese Ausführungen schloß sich eine rege Aussprache an. Die hierbei erfolgten Anfragen wurden von dem Herrn Abgeordneten beantwortet. Herr Tierarzt Dr. Beck von Einshelm hielt dann noch einen Vortrag über das Thema: „Sind wir noch ein deutsches Volk.“ Auch diese Ausführungen, an deren Schluss er zu reger Arbeit hinsichtlich der kommenden Gemeindefragen aufforderte, wurden beifällig aufgenommen. Der 1. Vorsitzende schloß die Versammlung, indem er den Rednern für ihre wertvollen Ausführungen und den anwesenden Mitgliedern für ihr zahlreiches Erscheinen dankte.

### Kirchliche Nachrichten

Aus der Erzdiözese.

**Bekehrung.** Vikar Alois Reichert, z. St. Beurlaubt, als Hausgeistlicher nach Kaufenhöhe bei Forben.

**Gestorben** ist in Karlsruhe der resignierte Pfarrer von Schweinsberg Leo Köhler und in Freiburg Stadtpfarrer a. D. von Freiburg-Günterstal Dr. Josef Hilmann.

**Neufahed.** Etwas Neues hat Neufahed in diesen Wochen erlebt. Es waren erstmals in unserer Erzdiözese Exerziten für Männer des 3. Ordens. S. S. Vater Philibert aus Baghauel hat sie organisiert und gehalten. Se ein Kurs Männer, Purjchen und Jungfrauen folgte. Am Montag, den 31. März, beginnt ein Kurs für Frauen und Mütter. Ihnen vor allem sind diese Tage der Erholung für Leib und Seele zu gönnen. Da noch eine Reihe von Zimmern frei sind, ist besondere Anmeldung nicht mehr nötig. Gleichzeitig wird eingeladen zu den folgenden Kursen für 3. Orden (weibl.) vom 7.—11. April, Mittelschüler vom 12.—15. April, Mademiker vom 15.—19. April, Leherinnen vom 22.—26. April, Kote Kreuzschwestern und Pflegerinnen vom 1.—9. Mai, Pfarrhaushälterinnen vom 8.—9. Mai. Mögen in den kommenden Wochen noch recht viele der Einladung des St. Paters „in diese schöne himmlische Lebensweise“ folgen.

### Gewerkschaftliches

Die Betriebsräte in der Textilindustrie des Abtates. Erfolge der christl. Gewerkschaften.

Die am 24. und 25. März stattgefundenen Betriebsratswahlen in den Betrieben des Abtates erbrachten folgendes Ergebnis:

In der Gesellschaft für Spinnerei und Weberei, Ettlingen:

Christl. Gewerkschaft 555 (510) Stimmen = 5 (4) Sitze  
Freie Gewerkschaft 558 (569) Stimmen = 5 (5) Sitze

In der Bad. Baumwollspinn- und Weberei Neudorf:

Christl. Gewerkschaft 184 (117) Stimmen = 5 (4) Sitze  
Freie Gewerkschaft 72 (50) Stimmen = 1 (2) Sitze

Firma Carl Wacker u. Sohn:

Christl. Gewerkschaft 18 (27) Stimmen = 1 (2) Sitze  
Freie Gewerkschaft 47 (46) Stimmen = 4 (3) Sitze

In der Weberei Frauenalb ist nur die christl. Gewerkschaft mit 4 Sitzen vertreten. Somit haben die christl. Gewerkschaften 15 Betriebsräte, dazu 12 Arbeiterräte. Die freien Gewerkschaften 10 Betriebsräte und 2 Arbeiterräte. Die abgegebenen Stimmengänge betragen 757 (654) ohne Frauenalb für die christl. Gewerkschaften und 677 (665) für die freien Gewerkschaften. Die Wahlbeteiligung betrug über 90 Prozent. Die Stimmzunahme betrug bei den christl. Gewerkschaften 103 und bei den freien Gewerkschaften 12. Die Vertreter der Angestellten D.G.B. (christl. Gewerkschaft) im Betriebsrat 3, die des A.D.B. (freie Gewerkschaft) 1. Die in Klammern befindlichen Zahlen sind das Ergebnis des Jahres 1929.

### Aus der kath. Jugendbewegung

Bezirksverband der Kathol. Jugend- und Jungmännervereine Karlsruhe-Durlach-Ettlingen.

Der Bezirksverband fand sich am Montag, den 24. März, im Nebenraum der „Goldenen Krone“ zu seiner Frühjahrskonferenz zusammen. Es fehlten einige Vereine, von deren Namensnennung für heute nochmals abgesehen wird. Nach den Begrüßungsworten des Bezirksleiters, Herrn Stadtvordirekten Gurtl, der unter den Gästen Herrn Professor Friz und Herrn Dipl.-Politikwissenschaftler Godel vom Männerfürsorgeverein, sowie Herrn Schäfer vom Caritasverband begrüßte, ergriff sofort Herr Professor Friz das Wort zu seinen Ausführungen über den Wahnsinnsdienst. Er legte zunächst die Ziele und Aufgaben des Männerfürsorgevereins dar: Wahrung und Rettung der gefährdeten männlichen Jugend, Hilfe der gefallenen Jugend; Mitarbeit im Jugendamt (Übernahme von Schulaufsichten) bei der Jugendberichterstattung (Bearbeitung von Straffällen jugendlicher Rechtsbrecher, damit deren Fall so klar wird, daß ein gerechtes Urteil erwartet werden kann). Seit der Fuldaer Bischofskonferenz im Jahre 1926 sind dem Männerfürsorgeverein neue Aufgaben erwachsen bzw. ausgeteilt worden. 1. Erweiterung der Jugendberichterstattung auf Erwachsene, 2. Fürsorge für Straftäterinnen und 3. der Wahnsinnsdienst. Es ist dies eine Einrichtung, die ihre Hauptaufgabe im Schutze der wandernden und reisenden Jugend sieht. Es handelt sich darum, den jungen Menschen durch Erteilung von Auskünften, Beförderung von Schlafstätten, Unterweisungen, Arbeitsvermittlung und dergl. helfend zur Seite zu stehen, und ihn nicht sich selbst überlassend, den drohenden Gefahren der Großstadt auszuweichen. Es gilt nun auch in Karlsruhe diesen Wahnsinnsdienst einzurichten, der schon in etwa 90 Städten Deutschlands besteht und in diesen hauptsächlich von Mitgliedern der Jungmänner- und Gesellenvereine getragen wird. Der Redner schloß mit dem Wunsch, daß auch aus unsern Reihen wie anderorts, die Jünger der Caritas hervorgehen mögen. Bezirksleiter Gurtl dankte Herrn Professor Friz für seine ausführlichen Darlegungen und bat die Versammlung, die Anmeldungen hierzu bis spätestens 13. April dem Jugendsekretariat, Söfienstr. 27, zugehen zu lassen (nur Jungmänner über 18 Jahre).

Anschließend sprach Herr Schäfer vom Caritasverband mit begeisterten Worten über die neu zu errichtende katholische Jugendherberge am Hochlopf. Es geht dies aus Karlsruhe zum ersten an, da diese Pütte in ein Gebiet kommt, das zu Wanderungen und Entfahrungen am häufigsten von uns aufgesucht wird, und das bisher hinsichtlich der Unterbringungsmöglichkeiten sehr unzulänglich besetzt worden war. Es ergibt deshalb an uns der Ruf, den Bau dieser katholischen Jugendherberge, deren es z. Bt. in Baden drei gibt, so weit es in unseren Kräften steht, durch Kauf und Betrieb von Lössen der „Hohen Kindheit“, deren Reingewinn zum Teil hierfür verwendet wird, zu fördern. (Ziehung am 10. Mai.)

Das Sommerprogramm, das daraufhin besprochen wurde, weist verschiedene größere Veranstaltungen auf. Zunächst sei nochmals auf den im Frühjahr stattfindenden Photokurs hingewiesen, wozu die Anmeldungen endgültig am 13. April im Jugendsekretariat vorliegen müssen. Ferner findet ein Bezirksfest, außerhalb Karlsruhe, sowie ein Bezirkswandertreffen statt. Der endgültige Zeitpunkt wird noch in einem Rundschreiben bekanntgegeben. Außerdem schlägt der Bezirksverband zwei größere Jugendgemeinschaftsveranstaltungen vor; am 20. Mai im Caritas-Haus und am 27. Juli in der Festhalle.

Bei der Besprechung der Vertretung der Jungmännervereine im Ortsauschuß der Zentrumspartei einige man sich dahin, daß die Vertretung der einzelnen Vertreter auf die nächste Sitzung verschoben wird. — Zum Schluß richtete sich der hochw. Herr Bezirkspräsident Wolf mit dem Wunsch an alle Jungmänner, daß sie sich in den kommenden Tagen der Jungmännermission (30. März bis 6. April) recht zahlreich beteiligen möchten. S.

Bezirksstagung der katholischen Jungmänner- und Jugendvereine Hohenzollerns.

Vom 22.—24. März hielten die katholischen Jugendvereine Hohenzollerns in Bad Innau eine Vertreter- und Jungführer-tagung ab, die nach jeder Hinsicht gut gelungen ist. Von allen

## Vermischte Nachrichten

### Das Strafregister der Polizeienmörder

Frankfurt a. M., 26. März. Hoyer und Schulle haben bei den polizeilichen Vernehmungen zugegeben, außer den Mord an dem Polizeioberwachtmeister Kern noch weitere 20 Straftaten teils allein, teils gemeinschaftlich begangen zu haben. Sie haben verübt: einen Raubüberfall auf die Stationskasse in Ohshausen bei Trier, einen Raubversuch bei der Borschulasse in Schwannheim, drei Kircheneinbrüche, davon zwei in Flörsheim a. M. und einen in Glashütten im Taunus, einen Einbruch in ein Wasserhäuschen und einen weiteren Einbruch in eine Gartenhütte in Flörsheim, fünf Gelegenheitsdiebstähle in Herborn und in der Nähe von Siegen, sieben Fahrraddiebstähle in Frankfurt a. M., Gonsenheim, Schwannheim und Herborn und einen Motorraddiebstahl in Wiesbaden. Die bisher eingetragenen Straftaten haben Hoyer und Schulle im Laufe von etwa drei Wochen, und zwar vor und nach der Mordtat ausgeführt.

### General, Bürgermeister und Chauffeur als Lebensretter.

Berlin, 26. März. Ueber die dramatische Rettung einer Lebensmüde aus dem Landwehrkanal werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Drei Männer haben ihr Leben eingesetzt, um eine Selbstmörderin, die sich von der Lichtensteinbrücke im Tiergarten in den Landwehrkanal stürzte, zu retten. Generalleutnant von Stülpnagel, der Kommandeur der dritten Division und Befehlshaber im Bezirk 3, der ehemalige Lichtenberger Bürgermeister und Reichstagsabgeordnete Dr. Marcetti und der Chauffeur Wilhelm Gahn. Generalleutnant Joachim von Stülpnagel und Dr. Marcetti, die sich auf dem gewöhnlichen Morgenritt befanden, passierten kurz vor 10 Uhr zu Pferde die Lichtensteinbrücke, als eine junge Frau sich plötzlich über das Geländer schwang und in den Fluten versank. Beide Herren sprangen von den Pferden und stürzten sich ins Wasser. Gleichzeitig war ein dritter Retter, der Chauffeur Wilhelm Gahn, vom Ufer aus ins Wasser gegangen und hatte den Rettungsring mitgenommen. Den drei tapferen Männern gelang es, die Selbstmörderin zu packen und ihr den Rettungsring überzusetzen. Sie wurde an Land gebracht und vom Rettungsamt in Pflege genommen. Sie hatte die Verzweiflungstat aus Nervenleiden verübt. Die Retter werden zur Verleihung der Rettungsmedaille vorgeschlagen werden.

### Das „Nachtgespenst“ hat sich ein Bein gebrochen.

Berlin, 26. März. (Eigene Meldung.) Seit längerer Zeit machte bekanntlich ein Einbrecher die verschiedensten Stadtteile von Berlin unsicher, indem er nachts gespensthaft bald hier, bald da auftauchte, ohne daß es seiner gelungen war, feiner habhaft zu werden. Nunmehr ist es gelang, das „Nachtgespenst“ zu erwischen, doch ist dieser Erfolg nur ein Zufall zu verankern. Der Einbrecher hatte in der letzten Nacht einer Wohnung am Savigny-Platz in Charlottenburg einen Besuch abgestattet. Der Wohnungsinhaber, der von dem Geräusch erweckt war, hatte beim Schein einer elektrischen Taschenlampe, die das Nachtgespenst aufsuchte, die Umrisse der Gestalt scharf erkannt und machte sich, als der Einbrecher flüchtete, zusammen mit seinem Sohn an die Verfolgung. Am Bahnhof Savigny-Platz löste der Verdächtige eine Fahrkarte. Es gelang den beiden Verfolgern, noch in das letzte Weite des gerade ausführenden Nordringes, noch das „Nachtgespenst“ benutzte, zu springen und sich von Fallstelle zu Fallstelle immer näher an das Weite, in dem der Einbrecher saß, heranzupurschen. Dieser schien Veracht zu schöpfen und sprang im Bahnhof Wedding im letzten Augenblick aus dem ausführenden Zuge heraus. Die Verfolger taten es ihm nach und machten so schnell wie möglich die Bahnhofsbrennen auf die verdächtige Person aufmerksam. Der Einbrecher versuchte über den Bahndamm hinwegzukommen, stürzte aber bei dem Sprung so unglücklich, daß er ein Bein brach. Bei seiner Festnahme stellte sich heraus, daß es sich um den 36 Jahre alten Arbeitslosen Joseph Kofrow handelte. In den Taschen des Verhafteten fand man Einbruchswerzeuge und einige Ringe, die er aus der Wohnung am Savigny-Platz entwendet hatte. Daß Kofrow in allen Fällen das verhängnisvolle „Nachtgespenst“ gespielt hat, ist nicht anzunehmen; einige Einbrüche dieser Art in Charlottenburg dürften aber auf sein Konto kommen.

**Zigarettenpapiererdmangel.** Infolge der Steuererhöhung von Zigarettenpapier von 1.50 auf 6 Mark für das Laufend hat an der Zollgrenze nach Luxemburg und zum Seargebiet ein harter Schmuggel eingesetzt. Die Zollbehörden konnten bereits zahlreiche Schmuggler, darunter ganze Banden, festnehmen. Mehrere der Verhafteten wurden schon von Riezler Gerichten zu empfindlichen Geld- und Freiheitsstrafen verurteilt.

Vereinen kamen Vertreter, dazu eine stattliche Anzahl Präzidenz, und was noch wertvoller war: die Jungfrauen brachten viel frisches Blut und großes Interesse für die Jugendfrage mit. Und so mußte die Tagung gelingen. Die Leitung lag in den Händen des Diözesanpräses Hirt; die Organisation hatte der Bezirkspräsident Herr Dreher von Zimmern. Die Tagung bedeutete nicht bloß Entgegennahme von Vorträgen; sie war vielmehr ein Zusammenleben im Sinne und Gehalten des katholischen Jugendvereins. Die Führung hierbei hatte Diözesanpräses Hirt mit zwei Vortragsreihen. Die eine, mehr grundsätzliche, zeichnete Verantwortung, Ziel und Opfer des Jungfürsorge; die andere, praktische, führte in die technischen Einzelheiten der Vereinsarbeit ein. Die Vorträge fanden starken Widerhall in den sich jeweils anschließenden Aussprachen. Daß die Tage mit Gottesdienst, einer Eingemeße, begannen, war ebenso selbstverständlich wie, daß sie mit einem Heimabend schlossen, der Jungführer und Präzidenz in freundschaftlich ungezwungenem Kreis vereinte. Den Rahmen für die ganze Tagung bildete die liebevolle Gastfreundschaft der Schwester des Stahlbades, die trotz härtester anderweitiger Arbeitsbelastung den hochbegabten Jungmännern ihre Tagung ermöglichte.

### Deutsche Jugendkraft

Gau Mittelbaden.

#### Fußball

„Sommerpieler heraus!“  
Schalle es von Haus zu Haus!  
Der Frühling hat begonnen  
und damit ist unsere Zeit gekommen.“

Was könnte uns noch aufhalten, dem allen deutschen Turnspiel „Fußball“ zu huldigen. Den Wintermantel und die Pelzmütze (oder Schlammhüte) haben wir jetzt abgestreift und geklärt mit neuer Kraft und Treue zur Sache wollen wir die Arbeit in diesem Spieljahr beginnen. Hoffen wir, daß es nicht wieder nur die alten Mannschaften sind, die bei freibleibendem Spiel auf dem grünen Rasen ihr Können messen, sondern auch die bisher noch Inaktiven wie das

### Riesenfeuer in einer Weizenmühle

Oberswalde, 25. März. Heute kam gegen 9 Uhr abends im Finowfurt im Keller der Weizenmühle der Schöpfungsmühle A. G., einer Zweigniederlassung der Schleifmühlwerke, ein Brand aus, der sehr rasch einen riesigen Umfang annahm. In weniger als einer Stunde stand das gesamte, vier Stockwerke hohe Mittelgebäude der großen Mühle in hellen Flammen. Die Glut war derartig stark, daß an ein Abblühen des Hauptgebäudes nicht zu denken war, trotzdem sehr zahlreiche Motorspritzen die Bekämpfung des Feuers aufnahmen. Bald stand ein rechts angrenzendes Wohngebäude und der links abweigende große, mit Kleie und Getreideborren gefüllte Speicher ebenfalls in heller Glut. Man bemühte sich darauf, zunächst den jenseits des Hofes liegenden großen, ebenfalls mit Borren gefüllten Speicherbau zu schützen. Jedoch erschienen auch diese Bemühungen aussichtslos. Gegen 11.15 Uhr nachts stürzten unter riesigen Krachen die Innenteile und die Seitenwände des Hauptgebäudes in sich zusammen, dem weitere Einstürze des Hauptgebäudes folgten. Zurzeit wütet das Feuer noch ungehemmt weiter. Der Schaden dürfte mehrere Millionen betragen.

### Schweres Autounglück

Sechs Schwerverletzte.

Lübeck, 26. März. Vor den Toren der Stadt am Ehrenfriedhof in der Israelsdorfer Allee fuhr gestern abend kurz vor 8 Uhr eine Autotaxe gegen einen Baum, als der Führer verfuhrte, einem Radfahrer, der auf der verkehrten Seite der Chaussee fuhr, auszuweichen. Die Autotaxe, die dabei einen zweiten Motorradfahrer umriß, wurde vollständig gertrimmert. Die fünf Insassen, darunter eine Frau und zwei Kinder, erlitten schwere Verletzungen. Auch der Motorradfahrer wurde schwer verletzt.

### Der geplante Zeppelin-Transatlantik-Dienst

New York, 25. März. Der Vertrag, den Dr. Goerner in den Vereinigten Staaten abgeschlossen hat, um einen Zeppelin-Transatlantikdienst einzurichten, ist u. a. getätigt worden mit der im letzten Jahre in Delaware gegründeten Zeppelin-Transportgesellschaft, mit der National City Company, mit der Goodyear-Zeppelingesellschaft, mit dem Luftschiffbau Zeppelin, der Carbide and Carbon Chemical Co., einem Unterfongern der Union Carbide Co., mit der United Aircraft Co., dem größten Flugzeugfongern der Vereinigten Staaten, und der Aluminium Company of America. Die Unterzeichnung wird als Beweis dafür aufgefaßt, daß der Plan eines Zeppelin-Transatlantikdienstes nunmehr einer baldigen Ausführung entgegengeht.

Die Beteiligung der United Aircraft Co. bezeichnete Dr. Goerner als besonders bedeutsam, weil Flugzeug und Luftschiff bisher als Rivalen betrachtet worden seien, nunmehr aber durch zwei ihrer großen Organisationen sich an der gemeinsamen Unternehmung beteiligen. Dr. Goerner erwartet den Abschluß der Vorarbeiten für die Aufnahme des Transatlantikdienstes zum Ende dieses Jahres. Auch nach der aus Anlaß der Vertragszeichnung ausgegebenen offiziellen Erklärung soll die Organisation des Dienstes noch in diesem Jahre vorbereitet werden. Die Luftschiffe werden in Deutschland und in Amerika gebaut. Zum Vorherrschen des Luftschiffes der internationalen Zeppelin-Transportgesellschaft ist Deeds, der Vorsitzende des Verwaltungskomitees der United Aircraft, die ein ausgebreitetes Flugnetz von Canada bis Mexiko besitzt, und zum Präsidenten Ritchey, zugleich Präsident der Goodyear Rubber Co., auszuweisen.

### Marconi's sensationelles Experiment gelungen

Sydney, 26. März. Das Experiment Marconis, die Lampen der hiesigen elektrotechnischen Ausstellung von seiner vor Genua liegenden Jacht „Elettra“ aus anzuzünden, ist vollkommen gelungen. Die von der „Elettra“ ausgesandten Wellen wurden in Dorchester aufgefangen und von Grimshy drahtlos nach Australien übertragen. Sie wurden in Victoria aufgenommene und nach dem Rathaus von Sydney weitergeleitet, wo die 3000 elektrischen Lampen hell aufglühten. Mehrere Journalisten traten von Marconis Jacht aus mit Kollegen in Sydney in Verbindung.

### Fußball

Kreismeisterchaftsspiel.

D.J.A. Billingen I — D.J.A. Freiburg-Hastach I 2:2 (1:2).

Das Treffen war von Anfang bis Ende äußerst spannend und abwechslungsreich. Die Einheimischen konnten durch einen prächtigen Schuß des Halbtürmers in der 12. Minute nach Halbzeit den Ausgleich sicherstellen. Als Spielbeginn setzte der Welter von Oberbaden sofort mit schneidigen Angriffen ein und arbeitete sich zunächst eine klare Feldüberlegenheit heraus. Seine Stürmerreihe verfuhrte sich ausgezeichnet und spielt sehr gut zusammen. Schon in der 3. Minute übernahmen sie durch einen glänzenden Kopfbal des Mittelfürmers die Führung. Nach einiger Zeit kommt dann der Schwarzwaldbesitzer zu ausfallsreichen Gegenangriffen. Im Verlauf von verschiedenen Fehlschüssen konnte endlich der Halbtürmer durch Kopfbal nach vorausgegangener guter Abwehr des Freiburger Torwarts den Ausgleich herstellen. Durch diesen Erfolg angefeuert, wurde das bisher etwas abflauende Spiel im Tempo wieder gesteigert. In der 42. Minute ließ der Freiburger Wirtschafter einem fast aussichtslosen Ball nach, flankte zu Halbtürmer, der wuchtig direkt unhalbar einwandte. Kurz darauf Halbzeit.

Nach Wiederbeginn übernimmt Freiburg wiederum das Kommando und hatte bedeutend mehr vom Spiel. Infolge des mörderischen Tempos machte zunächst Billingen eine kleine Schwächeperiode durch. Trotzdem gelang es ihnen, wie oben erwähnt, die Partie remis zu stellen. Der Kampf wogte bis zum Schluß erbittert ab und ab und doch kann keine Mannschaft mehr zu Erfolg kommen.

Das Spiel leitete Herr Schiedsrichter Müller-Konstanz. Er hat es besonders den beiden Mannschaften zu verdanken, daß das Spiel nicht ausartete. Mit seinen Leistungen kann man im allgemeinen sehr zufrieden sein, nur dürfte er dem Foulspiel mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Billingen II — Schweningen II 5:5.

Schüler Billingen I — Donaueschingen Schüler I 1:1.



# HANDEL / WIRTSCHAFT / VERKEHR

## Um die Weinzölle

Von Dr. Alexander Fritzen,

Geschäftsführer bei der Vereinigung der Deutschen Bauernvereine, Berlin.

Das Schicksal des Weinbaues wurde stets von Wettergewalten und allgemeinen Wirtschaftskrisen in hohem Maße bestimmt. Solche aus natürlichen Kräften erwachsene Notjahre ertrug der an Entsagung gewohnte deutsche Winzer in zäher Hoffnung auf eine Wendung der Dinge. Die heutige bittere Not in den deutschen Winzerdörfern aber ist nicht aus Mifernten entstanden; ebensowenig ist sie lediglich durch den allgemeinen Rückgang der Kaufkraft bedingt.

Die Konkurrenz des unter der Sonne des Südens produzierenden, mit weit geringeren Abgaben und Zinsen belasteten fremden Weinbaues

ist entscheidend für die heutige unerträgliche wirtschaftliche Lage und psychische Depression der deutschen Winzer. Riesige Mengen von Anslandsweinen beherrschen heute den deutschen Markt. Deutschland wendet für den Konsum von Anslandsweinen mehr als vor dem Kriege. Unerträglich für die deutschen Winzer muß unter diesen Umständen die immer deutlicher werdende Tatsache sein, daß trotz aller angestrengten Arbeit während des ganzen Jahres und trotz guter Ernten der edle deutsche Wein in den Winzerkellern lagern bleibt oder bestenfalls zu ganz unzulänglichen Preisen abgesetzt werden kann. Die Verhältnisse drängen zu einem neuen Kampfe um die Weinzölle.

Das Ringen um den Zollschutz des deutschen Weinbaues hat die deutsche Politik schon oft beschäftigt; es ist älter als die Kämpfe um unsere Getreidezölle. Es wäre eine Verneinung der Lage, wollte man annehmen, die jetzige Weinbaukrise könne ohne erhöhten Schutz gegen die Anslandskonkurrenz allein durch andere Maßnahmen abgestellt werden. Wir werden trotz aller Anstrengungen auf technischem und betriebswirtschaftlichem Gebiete niemals unserem heimischen Weinbau die niederen Produktionskosten der südlichen Konkurrenzländer verschaffen können. Und solange das nicht möglich ist, wird sich der deutsche Weinbau nur erhalten lassen unter einem wirksamen Zollschutz, der einen Ausgleich gegenüber den natürlichen und wirtschaftlichen Vorteilen der Konkurrenzländer schafft. Im Weinbau sind die Möglichkeiten der Umstellung auf andere Kulturarten noch weit geringer als in den übrigen Zweigen der Landwirtschaft. Wenn man beträchtliche Mittel für die Neusiedlung aufwendet, wenn unsere Wirtschaftspolitik sich bemüht, der Landflucht Einhalt zu tun und die Verstärkung des Proletariats in den Städten zu verhindern, dann gibt es keine andere Konsequenz, als alle gegebenen Mittel zur Erhaltung und Festigung der bestehenden ländlichen Siedlungen, nicht zuletzt der uralten Siedlungen in den Weinbaugebieten, aufzuwenden. Hier verdient der Grundsatz vom Schutz der nationalen Arbeit in erster Linie angewandt zu werden; denn hier gilt es, einem Wirtschaftszweig zu helfen, der auf Grund seiner Arbeitsintensität die engsten ländlichen Siedlungen zuläßt, der aber nur gerettet werden kann, wenn es gelingt, die Unterschiede der Erzeugungskosten im In- und Auslande durch Zollmaßnahmen auszugleichen.

Die Rücksichten auf die Verbraucherschaft können beim Weinzoll ganz in den Hintergrund treten, da der Wein ja kein Konsummittel des täglichen Bedarfs ist. Wäre er das, die Weinbaukrise würde niemals ihr jetziges Ausmaß erreicht haben. Da bei der Weinzollpolitik die sozialen Gesichtspunkte in Hinsicht auf die Verbraucher ausschneiden, gewinnt das finanzpolitische Moment eine besondere Bedeutung. Bekanntlich war ja auch der Weinzoll in Deutschland bis gegen die Mitte des vorigen Jahrhunderts als Finanzzoll anzusprechen und als eine der ergiebigsten Einnahmequellen recht hoch bemessen.

### Der Weinzoll als

#### Verhandlungsinstrument bei Handelsverträgen

hat für die deutsche Handelspolitik der nächsten Zukunft leider seine positive Eignung insofern bereits eingebüßt, als durch vertragliche Abmachungen schon allen wichtigen weinbaureichsten Staaten sehr niedere Weinzölle deutscherseits eingeräumt sind. Es ist uns also die Waffe des Weinzolles zurzeit aus der Hand gewunden. Verhängnisvoll wäre jedenfalls, wollte man die jetzigen niederen vertraglichen Zollsätze noch als ein Verhandlungsmittel ansehen und dem Ausland bei künftigen Vertragsabschlüssen noch tiefere Sätze zugestehen. Im Gegenteil muß alles daran gesetzt werden, von den jetzigen Bindungen der Weinzölle mit RM. 32.— und 45.— in den Verträgen mit Italien, Griechenland, Frankreich und Portugal — infolge der Meistbegünstigung haben diese Sätze eine Verbreiterung auf sozusagen alle Weinbauländer gefunden — baldmöglichst loszukommen und nach Möglichkeit keine neuen Bindungen einzugehen; für den Fall aber, daß Vertragsabschlüsse ohne erneute Festlegung der bisher gebundenen Positionen nicht erreichbar sein sollten, müssen unter allen Umständen wesentlich höhere Zollsätze als die zurzeit geltenden durchgesetzt werden; dabei hat eine unterschiedliche Behandlung der Rot- und Weißweine in Wegfall zu kommen. Eine gerechte Differenzierung der Zölle kann unter Berücksichtigung des Alkoholgehaltes erfolgen, wobei die Zölle für Weine mit hohem Alkoholgehalt zum mindesten der inländischen Alkoholbesteuerung entsprechen müssen. Wie hoch die Sätze für Weine mit natürlichem Weingeistgehalt sein müssen, wenn sie den Interessen des deutschen Weinbaues gerecht werden sollen, läßt sich aus folgenden Zahlen ersehen: Konsumweine der bedeutendsten Weinbauländer werden im Ausland zu durchschnittlich RM. 20.— bis 30.— pro Hektoliter abgesetzt. Die durchschnittlichen Produktionskosten in Deutschland belaufen sich bestimmt auf über 100 RM. pro Hektoliter. Wenn also ein Vertragszoll von 70 RM. gefordert wird, so liegt darin keine Uebertreibung.

Im Wege der autonomen Zollgesetzgebung kann sofort wenigstens ein kleiner Schritt zur Besserstellung der Weinzollverhältnisse getan werden. Es bestehen nämlich für die in den Anmerkungen zu Position 180 des Zolltariffgesetzes verzeichneten, bei der Einfuhr zollmäßig ganz besonders begünstigten Weine zur Herstellung von Schaumweinen, Weinbrand, Wermutwein und Weissig in keinem unserer Handelsverträge Zollbindungen. Es ist vor allem nicht unserer Handelsverträge zu bedauern, daß die deutsche Weinherstellung eine bevorzugte Behandlung genießen sollen, da der deutsche Wein, insbesondere der Mosel und Saar, sich als ein zur Schaumweinbereitung sehr geeignetes Erzeugnis erwiesen hat. Bei der hohen Besteuerung des aus inländischen Grundstoffen gewonnenen Brantweins ist die zollbegünstigte Einfuhr von Wein zur Bereitung von Weinbrand, Wermutwein und Weissig ebensowenig gerechtfertigt. Dem Reichstage liegen entsprechende Anträge bereits vor, und es muß im Interesse des schwer um seine Existenz ringenden deutschen Weinbaues die sofortige Neuregelung der Weinzölle auf dem Wege autonomer Gesetzgebung

erwartet werden, darüber hinaus aber auch die schleunige Aufnahme von Verhandlungen mit den oben erwähnten Ländern

mit dem Ziele, von den jetzigen unerträglichen Weinzollbindungen loszukommen. Denn ohne eine positive Lösung des Weinzollproblems bleibt die Rettung des deutschen Weinbaues in Frage gestellt.

## Wirtschaftsschau

Die Zahlungseinstellung der Schnellwagenfabrik Union A.-G., Grötzingen. — 47 Prozent rechnungsmäßige Quote. In der gestrigen ersten Gläubigerversammlung legte der kaufmännische Sachverständige, Direktor Göbel-Baden-Baden, als Vertrauensperson den Status der Gesellschaft dar. Das Fabrikgrundstück mit Gebäuden wird auf 220 000 RM. geschätzt und ist mit 120 000 RM. zugunsten der Gemeindeparkasse Grötzingen belastet. Bei einer jetzt etwa erfolgenden Veräußerung dürfte daraus für die Masse kein Ueberschuß zu erwarten sein. Von der Verwertung des Kontos Maschinen und Betriebseinrichtung kommen schätzungsweise 20 000 RM. für die Masse in Betracht, die Außenstände und Guthaben usw. werden mit einem Ueberschuß von ca. 70 000 RM. als verwertbar angesetzt, die Vorräte an Rohmaterial und Fertigfabrikaten mit zusammen 73 000 RM., die bevorrechtigten Forderungen mit 56 000 RM. Die an dem Verfahren beteiligten Gläubiger haben Forderungen in Höhe von rund 261 000 RM. Die Kreditoren, Akzepten und Darlehen betragen 158 000 RM., die Banken sind mit 334 000 RM. beteiligt. Von der Gesamtsumme der Forderungen von 492 000 RM. sind 241 000 RM. gedeckt. Rein rechnungsmäßig wird von der Vertrauensperson eine Quote von etwa 47 Prozent errechnet. Bei der Bewertung der Außenstände und der Warenbestände ist davon ausgegangen, daß der Geschäftsapparat, wenn auch in stark eingeschränktem Umfange, aufrechterhalten wird.

In der Aussprache, an der sich zahlreiche Mitglieder der stark besuchten Versammlung beteiligten, kam vielfach zum Ausdruck, daß man bedauern würde, wenn das an und für sich solid fundierte Unternehmen eingestellt bzw. in Konkurs gehen würde, andererseits hervorgehoben, daß keinerlei greifbare Mittel vorhanden seien. Daher wurde empfohlen, um Zugriffe von Gläubigern zu vermeiden, das gerichtliche Vergleichsverfahren einzuleiten und der nächsten Gläubigerversammlung Vorschläge zu unterbreiten, ob das Gerichtsverfahren durchgeführt werden solle oder Konkurs angemeldet werden müsse. Um diese Vorschläge vorzubereiten, wurde ein aus sieben Gläubigern gebildeter Gläubigerausschuß eingesetzt, der auch die Frage untersuchen und weiterbehandeln soll, ob die Möglichkeit bestehe, das Unternehmen weiterzuführen.

## Börsen

Berlin, 26. März. Die Anfangskurse lagen im allgemeinen bis zu 2 Prozent unter gestrigem Schluß. Nennenswert abgeschwächt eröffneten Bergmann minus 4½, Rhein, Braunkohlen minus 3½, ferner büßten Werte wie Schantungbahn, Zellstoff Waldhof, Westeregeln, Kali Aschersleben, Bemberg, Hotelbetrieb, Metallgesellschaft und Daimler bis zu 3 Prozent ein. Von Auslandswerten wurden Svenska paritätisch 2 M. höher festgesetzt. Im Verlaufe des Tages sich nach anfänglichen weiteren kleinen Abbröckelungen ca. 1prozentige Besserungen durch, da die Spekulation etwas Deckungsneigung bekundete. Die Freundlichkeit der festverzinslichen Werte regte etwas an, und die Meldung, daß vorläufig keine Reichsbahntarifserhöhung eintreten werde, befriedigte. Byk Gulden und Schubert u. Salzer wurden mit minus 4½ bzw. 3¼ Prozent recht schwach zur Notiz gebracht. Die Besserungen betragen an den Hauptmärkten ca. 1 Prozent, Daimler erholten sich um 1¼ Prozent. Geschäft waren auf angebliches Auslandsinteresse etwas lebhafter veranlagt. Anleihen, besonders Neubest, fester, später wieder nachgebend.

### Berliner Devisennotierungen Geldkurse.

	25. 3.	26. 3.		25. 3.	26. 3.
Buenos-Aires	1,575	1,581	Italien	21,91	21,905
Kanada	4,184	4,182	Jugoslawien	7,400	7,390
Japan	2,069	2,071	Kopenhagen	112,18	112,18
Kairo	20,88	20,885	Lissabon	18,82	18,78
Konstantinopel	—	—	Oslo	112,09	112,08
London	20,364	20,366	Paris	16,395	16,38
New York	4,184	4,183	Prag	12,406	12,401
Rio de Janeiro	0,488	0,489	Reykjavik	92,16	92,16
Uruguay	3,706	3,746	Riga	—	80,69
Amsterdam	167,02	167,09	Schweiz	80,97	81,02
Athen	5,425	5,415	Soфия	3,087	3,087
Brüssel	58,38	58,375	Spanien	52,20	51,96
Bukarest	2,490	2,490	Stockholm	112,51	112,51
Budapest	78,06	78,06	Tallinn	111,54	111,54
Danzig	81,45	81,43	Wien	58,945	58,96
Helsingfors	10,533	10,525			

## Warenmärkte

Berliner Produktenbörse vom 26. März. Weizen, märk. 246 bis 248, Mai 263,50, Juli 268—267,50, Roggen, märk. 141—144, Mai 160,50, Juli 166, Braugerste 162—172, Industrie- und Futtergerste 143—153, Hafer, märk. 128—137, Mai 138,50—139, Juli 145,75—146, Mais, loco Berlin 165, do. waggonfrei ab Hbg. 147, Weizenmehl 27,25—34,85, Roggenmehl 20,50—23,75, Weizenkleie 8,50—9, Roggenkleie 8,75—9,25, Viktoriaerbsen 20—25, kleine Speiseerbsen 18—20, Futtererbsen 16—17, Peluschen 16,5—19, Ackerbohnen 16—17,50, Wicken 19—22, blaue Lupinen 13,50 bis 15, gelbe Lupinen 17,50—19, neue Seradella 30—34, Raps-

## Der deutsche Schiffsahrts-Trust

### Eine gemeinsame Erklärung von Hapag und Lloyd

Der Poolvertrag zwischen der Hamburg-Amerikalinie und dem Norddeutschen Lloyd, über den wir am letzten Samstag berichtet haben, wurde jetzt in der Generalversammlung des Lloyd vom Vorsitzenden Dr. Heineken u. a. wie folgt begründet: „Pflichtgemäß haben sich die großen deutschen Schiffsahrtsgesellschaften veranlaßt gesehen, erneut zu prüfen, ob die Gründe, die bei wiederholten Versuchen das Zustandekommen der seit Jahren angestrebten Arbeitsgemeinschaft verhindert haben, unter den obwaltenden und für die nächsten Jahre zu erwartenden Umständen noch als ausschlaggebende Hinderungsgründe angesehen werden dürfen. Erfreulicherweise ist es gelungen, zu einer Einigung zu kommen, die ohne Preisgabe der Selbständigkeit beider Gesellschaften und unter starker Betonung und Sicherung der Interessen der Heimathäfen eine gedeihliche Zusammenarbeit nach menschlichem Ermessen sicherstellt. Wie wir hoffen, ist nunmehr ein Werk geschaffen, dessen Früchte nach unsern Absichten der deutschen Wirtschaft als ganzer und schließlich auch der Welt zugute kommen sollen. Der Norddeutsche Lloyd und die Hamburg-Amerikalinie haben in einem Vertrag von 50jähriger Dauer beschlossen, ihre gegenseitige wirtschaftliche Betätigung unter Verzicht auf jedweden Vorrang in gegenseitiger Unterstützung und Förderung nach einheitlichen Gesichtspunkten und unter einheitlichem Zusammenwirken auszuüben. Beide Gesellschaften bewahren ihren bisherigen Charakter dadurch, daß sie getrennte Aufsichtsräte behalten, deren Mitglieder, wie bisher, in ihrer Mehrzahl in Bremen bzw. Hamburg ansässig sein müssen.“

Der Jahresertrag wird zusammengeworfen, die Dividende beider Gesellschaften ist die gleiche. Im Schiffsahrtbetrieb werden sämtliche Dienste beider Gesellschaften einheitlich geleitet und mit einer auf den Gemeinschaftsbetrieb hinweisenden Bezeichnung angezeigt. Die Fahrpläne werden gegenseitig so abgestimmt und vereinheitlicht, daß der größtmögliche Nutzen erzielt wird.

Sinn und Zweck der Vereinbarung ist, den wirtschaftlichen Erfolg einer Fusion zu erzielen.

ohne durch formelle Durchführung einer solchen auf die großen, sich auch praktisch auswirkenden Werte zu verzichten, die in den engen Beziehungen der Parteien zu ihren Heimathäfen sowie in der Werbekraft ihrer altbewährten Organisation liegen. Dabei wird beiderseits auf die Erzielung weitestgehender Ersparnisse ausschlaggebendes Gewicht gelegt. Dieser Zusammenschluß erfolgt auf der Grundlage absoluter und bleibender Parität. Die Parteien sehen ihre Schiffsahrtswerte und ihre sonstigen Aktiven, Ansprüche und Passiven als durchaus gleichwertig an, so daß auch ein Austausch von Schiffen nicht in Frage kommt. Sie verzichten ausdrücklich darauf, während des Interessenvertragsverhältnisses auf Kosten der andern ihre Stellung in irgendeiner Weise zu stärken.“

kuchen 13,50—14,50, Leinkuchen 17,20—18, Trockenschrot 6,60—6,80, Soyaextraktionsschrot 14,60—15,20, Kartoffelflocken 13,50—14.

Berliner Metallbörse vom 26. März. Elektrolytkupfer 170,50, Raffinadekupfer 147,50—149,50, Standardkupfer 133,50—135,50, Standardblei 37,50—38,50, Original-Hütten-Aluminium in Blöcken 190, desgl. in Walz- oder Drahtbarren 194, Reinnickel 350, Antimon-Regulus 57—60, Silber in Barren per 1 Kilogramm 57,75—59,75, Gold Freiverkehr per 10 Gramm 28—28,20, Platin Freiverkehr per 1 Gramm 6,50—8,50.

Karlsruher Produktenbörse vom 26. März. Abteilung Getreide, Mehl und Futtermittel: Durch die Annahme des Ermächtigungsgesetzes für die Agrarzölle hat der Markt ruhiger Form angenommen. Inlandsgetreide etwas fester. Das zu erwartende Monopol hat den Verkehr in Mais zurzeit vollständig lahmgelegt. Süddeutscher Weizen (Durchschnittsqualität der Ernte 1929) 27,50—27,75, deutscher Roggen (Durchschnittsqualität der Ernte 1929) 17—18, Braugerste, je nach Qualität 18,50—20,50, Sortier-Futtergerste 13—16, deutscher Hafer, gelb oder weiß, je nach Qualität 15,50—16,50, Plata-Mais, zollbegünstigt 16,50—16,75, Weizenmehl, Mühlenforderung einschließlich Zollsuschlag 39,25, Roggenmehl, 60/65 % 25—27, Weizenbollmehl (Futtermehl), je nach Fabrikat, prompt 9,25 bis 9,50, Weizenkleie, fein, prompt 8,25—8,50, Weizenkleie, grob, prompt 8,75—9, Biertreber, je nach Qualität, prompt 11,25 bis 11,75, Malzkeime, je nach Qualität 10,50—11,50, Trockenschrot, lose, je nach Fabrikat 8,50—8,75, Erdnußkuchen, lose 13,75—15, Kokoskuchen, je nach Fabrikat 13,50—14,25, Soya-schrot, südd. Fabrikat, je nach Lieferzeit 15, Leinkuchennmehl, je nach Fabrikat 19—20, Speisekartoffeln, gelblf. 5,50—6, weißlf. 4; Raufuttermittel: loses Wiesenneu, gut, gesund, trocken 8—8,50, Rotkleehheu 9—9,25, Luzerne, je nach Qualität 9—9,50, Stroh, drahtgepreßt, je nach Qualität 5,50—5,75. — Alles per 100 Kilogramm, Mühlenfabrikate, Mais, Biertreber und Malzkeime mit Getreide und Trockenschrot ohne Sack, Frachtparität Karlsruhe bzw. Fertigungsfabrikate Parität Fabrikstation. Waggonpreise. Kleinere Quantitäten entsprechende Zuschläge. Alle Preise von Landesprodukten schließen sämtliche Spesen des Handels, die vom Ankauf beim Landwirt bis zur Frachtparität Karlsruhe entstehen, und die Umsatzsteuer ein. Die Erzeugerpreise sind entsprechend niedriger zu bewerten. Abteilung Weine und Spirituosen: Lage unverändert.

## Berliner Effektenkurse

	24. 3.	26. 3.		24. 3.	26. 3.
Ablösg. m. Ausl. kl.	54,30	55,75	Dyckerhoff & W.	99	99,25
Ablösg. ohne Ausl.	8,9	9,50	Elektr. Licht u. Kraft	172½	170,50
6 % Reichsanleihe	86,90	86,90	Elektr. Lieferungen	167,50	167,75
6 % B. Staatsanl. v. 27	—	79,50	Eschweiler Bergwerk	200	212
Hapag	110	109,50	Farbenindustrie	168,50	168,50
Hamburg-Südamerika	160	160	Feldmühle	182,75	181
Hansa Dampfsch.	152,50	153	Felten & Guillaume	129,50	129,50
Nordd. Lloyd	111½	111,75	Genschow & Co.	63,25	63,50
Danabank	234	234	Gelsenkirchen	142,50	140,25
Deutsche Bk.-Diskonto	149	148,75	Gesürel	175,50	176
Dresdner Bank	151,75	151,50	Gritzner	—	88,25
Metallbank	109½	107	Grün & Bilfinger	189,75	187,50
Reichsbank	289,25	286,50	Hammernsen	101,50	101,50
Akkumulatoren	120,50	—	Harpener	133	130
A. E. G.	168,75	119	Hirsch Kupfer	114	118
Aschaffeng Papier	156	165½	Holzmann	100,50	100
Augsburg-Nürnberg	80	155,75	Hösch Eisen	111,50	110½
Bergem	154½	78	Max Jüdel	130,25	129,50
Berger Tiefbau	290,50	143	Gebr. Junghans	38	37,50
Berlin-Karlsruher	67½	198,25	Kali Aschersleben	217	212,50
Brown-Boveri	126,75	67	Karstadt	180	127
Buderus	79,75	78½	Knorr Heilbronn	178	178
Charlottenb.-Wasser	100,50	99½	Kollmar & Jourdan	86,25	88
Daimler	38½	37,75	Lahmeyer	166	165,50
Dessauer Gas	172,75	170½	Laurahütte	52,25	52
Deutsche Erdöl	102½	101	Lindes Eismaschinen	178	180
Deutsche Petroleum	54,50	52	Mannesmann	106	105½
Deutsche Linoleum	250	243½	Mechanische Linden	77	81
			Miag Mühlenbau	129,50	129,75
			Motoren Deutz	71	70,25
			Nordd. Wolle	90	90,75

	24. 3.	26. 3.		24. 3.	26. 3.
Oberbedarf	72	70,50	Schubert & Salzer	192	188
Oberkoks	104,75	102,50	Schnuckert	275	278
Ostwerke	76,50	75	Schulth Patzenh.	253,50	251,50
Phönix	108,50	102,75	Siemens & Halske	115	117,50
Polyphon	277	275,50	Sinner	98	99,50
Rhein Braunkohle	296	254,75	Stolberger Zink	98,50	95,25
Rhein Stahl	118	116	Stöhr Kammgarn	159	159,50
Rh. W. Elektr.	188,25	181,50	Südd. Zucker	847	848
Riebeck Montan	99½	98,50	Svenska	150	152,50
Schubert & Salzer	234	217	Ver. DE Nickel	151,50	145
Schnuckert	192	188	Ver. Glanzstoff	97	96
Sculth Patzenh.	275	278	Ver. Stahlw.	218	218
Siemens & Halske	115	117,50	Voigt & Häfner	45	43,50
Sinner	98	99,50	Wanderer	88	88
Stolberger Zink	98,50	95,25	Wayss & Freytag	220	216,50
Stöhr Kammgarn	159	159,50	Westeregeln	—	—
Südd. Zucker	847	848	Wieslocher Ton	213	207
Svenska	150	152,50	Zellstoff Waldhof	77,50	78½
Ver. DE Nickel	151,50	145	Bayer Motoren	—	—
Ver. Glanzstoff	97	96	Rhein-Elektra	145	144
Ver. Stahlw.	218	218			

# Karlsruher Nachrichten

Donnerstag, den 27. März 1930

## Frühling vor der Stadt

Noch früher, als die Roeten in der Stadt ihre Leizen für die Begrüßung des Lenzes hinstellten, regte sich's heuer bereits draußen auf den Feldern vor der Stadt in Gärten und Höfen. Der milde Winter brachte einen sehr zeitigen Vorfrühling, so daß mit den ersten Arbeiten in den Schrebergärten gleich nach Neujahr begonnen wurde. Zu Hause wurden Wägelchen repariert, Pfähle geschnitten, Beschläge und Draht besorgt, und dann ging es an einem schönen dienstfreien Nachmittag hinaus auf den Acker, der erst die Woche vorher gedüngt und umgepflügt worden war. Was war da nicht alles zu besorgen und herzurichten. Der Baum war altersschwach geworden und bedurfte einer gründlichen Wiederherstellung; bei der Arbeit stellte sich heraus, daß der Schaden größer war, als man gemeint hatte, so daß die ganze Umsiedlung erneuert werden mußte. Wieder mußte also frisches Material beigebracht, Pfähle, Ratten und Stahldraht gekauft werden. Auch die Gartenwägel sind durch den Winter nicht schöner geworden, muß ausgebessert und angefrischet werden. Eine Ergänzung des Handwerkszeuges ist auch nicht zu umgehen. Und wird es noch ein Jahr mit dem eingegrabenen Gülleis, das lange nicht mehr dicht hält, gehen? Ja, die Sorgen des Kleingärtners sind nicht klein. Alles, was später geerntet werden soll, muß auch erarbeitet und erlauft werden. Doch dafür ist die Beschäftigung im Freien auch gesund. Mancher verdankt ihr allein, daß er noch bis ins späte Alter seinem Büroberuf nachgehen kann. Wenn der spazierende Städter geringschätzig die mühsam bearbeiteten Anlagen der Schrebergärten betrachtet, hat er gewöhnlich gar keinen Begriff von der Freude und Genugung, welche der Besitzer des Anwesens empfindet, wenn er zufrieden lächelnd das Werk seiner Hände betrachtet. Nur noch wenige Wochen, dann haben die jetzt noch spärlichen ersten Triebe und Keime Verfüllung von Millionen Kameraden erhalten, die bereits „marschbereit“ unter der obersten Erdschicht des Ackerfuß der Mutter Sonne harren. Nach dem trockenen Februar — der Schnee hat den Acker dieses Jahr gefehlt — haben die Regenwürmer in den letzten Tagen bereits Wunder gewirkt. Schneegedächsen sind fast verblüßt, die Sträucher haben ausgeblüht und sind schon grün, und Gänseblümchen kann man fast auf jeder Wiese finden. Bald sind Wald, Garten und Anlagen in zarte grüne Schleier gehüllt. Dann merkt auch der Büromensch, der die ganze Woche nicht aus der Asphaltwelt kommt, daß der Winter überwunden ist. Tief und glücklich atmet er auf und nimmt sich vor, am nächsten Sonntag einen Spaziergang nach auswärts zu machen. Beim Anblick der wohlgepflegten Schrebergärten überkommt ihn vielleicht eine Ahnung, daß die Beete und Obstbäume für den Eigentümer wohl etwas mehr als nur Reizwert haben müssen. Jede selbstgepflanzte Blume birgt ein süßes Glück. Natur ist ehrlich und ohne Faltsch. Der vertraute Umgang mit ihr hilft uns über Enttäuschungen und Allzumenschliches hinweg. Und jetzt kommen sie wieder, die schönsten Stunden des Jahres für den Gartenbesitzer, der nun täglich wieder draußen sein und sich seiner Liebhaberei hingeben kann. Freilich gibt es auch Gartenkaffee, doch der richtige Garten- und Blumenfreund macht mit dem Unkraut kurzen Prozeß.

Laß die Nachbarn immer nur sprechen;  
Dir genüge Spaten und Rechen.  
Wenn jeder krab das Seine tut,  
So steht es um das Ganze gut!

H. Sch.

## Die Polizei meldet

### Verkehrsunfälle.

Am Dienstag mittag wurde Ede Lindenplatz und Hardstraße in Wühlburg ein 5 Jahre altes Kind von einem Motorradfahrer angefahren und zu Boden geworfen. Es erlitt einen Bluterguß am Kopf und mußte zur Behandlung nach dem städtischen Krankenhaus gebracht werden. Die Schulfrage bedarf noch der Klärung. — Auf der Untenheimer Sandstraße am Schützenhaus erfuhr am Mittwoch nachmittag ein Zusammenstoß zwischen einem Motorradfahrer und einem ledigen 21 Jahre alten Servierfräulein, die auf ihrem Fahrrad unversehens für den Kraftfahrer plötzlich die Richtung geändert hatte. Sie erlitt eine größere klaffende Wunde am Hinterkopf. Ein an der Unfallstelle vorbeikommander Autoführer brachte sie nach dem städtischen Krankenhaus, von wo sie nach Behandlung wieder entlassen wurde. — Wie erst jetzt bekannt wurde, ereignete sich am Samstag vormittag auf der Hauptstraße in Durlach ein schwerer Verkehrsunfall. Ein lediges älteres Fräulein aus Durlach wurde beim Überqueren der Hauptstraße von einem Radfahrer angefahren und zu Boden geworfen. Der Radfahrer nahm sich ihrer an, da sie jedoch über keine Schmerzen klagte, setzte er seine Fahrt fort. Nachträglich stellte sich heraus, daß die Angefahrene einen Beckenbruch davongetragen hatte.

### Unfall beim Fußballspiel.

Der 11 Jahre alte Junge eines Bahnarbeiters erlitt am Sonntagabend in der Sandgrube bei der Kistelfeldbedelung beim Fußballspielen einen Unterschenkelbruch und mußte ins städtische Krankenhaus Durlach aufgenommen werden.

### Autodiebstahl und kein Ende.

Am Dienstagabend wurde ein vor dem Landestheater parkender Personentransportwagen (Marke Opel) Nr. IV B — 19516 im Wert von 6000 Mark von unbekanntem Täter gestohlen. — Am gleichen Abend wurde ein im Hofe eines Kinos am Rondellplatz abgestelltes Motorrad (DAB IV B — 13177) im Wert von 1200 Mark von unbekanntem Täter entwendet. — Am Mittwoch wurden drei Fahrraddiebstähle angezeigt; in einem Fall wurde von einem Fahrrad die Beleuchtung entwendet. — Aus einem in der Weberstraße abgestellten Personentransportwagen wurden die Autopapiere von unbekanntem Täter entwendet. — Einem Friseurmeister in der Schützenstraße entwendete ein Unbekannter in der Nacht zum Dienstag sein Anhängeschild im Wert von 30 Mark.

### Brand.

Am Mittwoch nachmittag entstand in einer Bauhütte in der Nebenluftstraße auf bis jetzt noch unaufgeklärte Weise ein Brand, der die Bauhütte bis auf den Grund, sowie die aus Holz und Dachpappe bestehenden Dächer zweier benachbarter Lagerstuppen zum Teil einäscherte. Der Schaden an verbrannten Arbeits- und Sauergeräten beträgt etwa 500 Mark, ebenso hat belüftet sich der Gebäudeschaden. Die Feuerwehr hatte drei Viertelstunden zu tun, um das Feuer zu bekämpfen.

### Robheitsdelikte.

Ein lediger 24 Jahre alter Gärtner gelangt wegen Notzuchtbeschuldigung zur Anzeige. — In drei Fällen wurden Personen wegen Körperverletzung angezeigt, weil sie ihre Gegner in roher Weise mißhandelt haben.

Von der Karlsruher Presse. Mit dem 1. April geht die bisher der Deutschnationalen Partei nahestehe „Badische Zeitung“ in den Besitz des Stahlhelms über. Von diesem Zeitpunkt an erscheint dieses Blatt unter dem Titel „Süddeutsche Rundschau“.

X Verwaltungsratswahl der Reichspost. Der Reichsrat wählte Handelskammer-Vizepräsident Martin Elfas, Mitglied des Landesparlamentes Karlsruhe, zum Mitglied des Verwaltungsrats der Reichspost.

## Mit dem Motorrad verunglückt

Am Mittwoch vormittag kurz nach 10 Uhr stürzte in der Durlacher Allee beim Wehplatz ein verheirateter 52 Jahre alter Malermeister aus Durlach mit seinem Motorrad und zog sich eine schwere Verletzung am Hinterkopf, sowie eine Gehirnerschütterung zu. Er wurde ins Durlacher Krankenhaus eingeliefert. Wie der Unfall zustande kam, konnte noch nicht einwandfrei festgestellt werden, jedoch dürfte ein Verkehrsunfall von anderer Seite nicht vorliegen, vielmehr scheint der Malermeister die Herrschaft über sein Fahrzeug verloren zu haben.

\*

In der Gartenstraße verlor ein 17 Jahre alter Kaufmannslehrling von hier am Mittwoch vormittag die Herrschaft über ein Motorrad, das er kurz vorher einem Geschäftskollegen ohne dessen Wissen in der Zähringerstraße weggewonnen hatte, um eine Schwarzfahrt zu machen. Der junge Mann, der nicht im Besitze eines Führerscheines ist und offenbar nicht richtig fahren kann, raste durch die Steinhäuserstraße und dort in einen Bretterzaun, wobei er sich Verletzungen im Gesicht zuzog. An dem Kraftfahrzeug entstand ein Schaden von etwa 50 Mark.

Vortrag über Musiklehre und Grundlagen eines musikalischen Gesamtunterrichts. Ueber dieses Thema spricht am Samstag, den 29. März, abends 8 Uhr, im Konzertsaal der Bad. Hochschule für Musik im Auftrage der hiesigen Ortsgruppe des Reichsverbandes Deutscher Musiklehrer und Musiklehrer Prof. Dr. Hans Mersmann (Berlin). Neuer Aufbruch einer Musiklehre ist eine der unmittelbarsten Forderungen der Gegenwart. Dem Vortragenden verdanken wir den ersten Anstoß zu einer Neugestaltung des musikalischen Gesamtunterrichts. Seine Werke „Angewandte Musiktheorie“ und „Musiklehre“ sind auf dem Gebiete der neuzeitlichen Musikpädagogik als führend anzusehen. Der Besuch des Vortrages dürfte sich daher für Musiklehrer, Musikstudierende usw. besonders lohnen. Karten in den Musikalienhandlungen und an der Abendkasse erhältlich.

## Das Welttreffen in Karlsruhe:

# Im Schatten des „Badener Heimattages“

## Die Quartierfrage — Appell an die Bevölkerung

Die Frage der Unterbringung der Gäste, die in großer Zahl zum „Badener Heimattag“ vom 11. bis 14. Juli, erwartet werden, steht naturgemäß in erster Linie der Vorbereitungsarbeiten, die von der Quartier- und Verpflegungskommission des Festes zurzeit eingehend gepflegt werden. Um allen Besuchern vom In- und Auslande ihre Unterkunft während der Festtage zu garantieren, müssen Hotels, Gasthöfe und Privatquartiere in Karlsruhe in genügender Anzahl bereit gestellt und unter Umständen auch die Nachbarkorte zur Aufnahme der Fremden herangezogen werden.

Nach dem jetzigen Stand der Vorarbeiten darf man wohl annehmen, daß die Hotels und Gasthöfe von Karlsruhe und seinen Vororten zusammen mit den verfügbaren Privatquartieren einen guten Teil der Gäste beherbergen können.

Doch wurden mit der Hotelserie einiger Nachbarkörperschaften vornehmlich der Verhandlungen ausgenommen mit dem Erfolge, daß ausreichend Quartiere den Besuchern des Heimattages vorbehalten werden. Die Beförderung der Fremden durch Straßenbahn, Kurssüge und Kraftpostwagen der Oberpostdirektion wird ordnungsgemäß verlaufen.

Im übrigen wird der große Apparat, der eine reibungslose Zuteilung der Gäste an die Quartiere bis ins Kleinste sicher stellt, von der Geschäftsstelle des „Badener Heimattages“ (Verkehrsverein Karlsruhe, Rathaus) bereits jetzt organisiert, um womöglich auf Grund der Voranmeldungen und Vorausstellungen, wie bei allen derartigen bedeutenden Veranstaltungen, an den Festtagen selbst diese wichtige Arbeit zu erleichtern.

### In Bälde wird der Verkehrsverein an die hiesige Bevölkerung einen Aufruf

erlassen und sie bitten, ihm recht viele Privatquartiere zur Verfügung zu stellen, und zwar nicht nur deshalb, um im Interesse der Karlsruher Geschäftsleute die meisten Gäste in Karlsruhe selbst zu beherbergen, sondern auch aus trauer landmannschaftlicher Gefinnung, aus richtiger Gastfreundschaft heraus, die auch diejenigen Kreise der Einwohnerschaft, die „es nicht nötig haben“, Zimmer zu vermieten, in diesem Falle ausnahmsweise über möchten. Es ist nicht so einfach, neben dem ortsüblichen starken Fremdenverkehr, der in jenen Tagen noch erheblich wachsen dürfte, auch die Tausende von Gästen in Karlsruhe und Umgebung unterzubringen, weshalb die Bevölkerung von Karlsruhe die Arbeit des Verkehrsvereins wohl gerne und mit Erfolg unterstützen wird. Sobald daher der Aufruf des Verkehrsvereins in den Tageszeitungen erscheint, wird es heißen:

Karlsruher Bürger, heraus aus Eurer Reserve! Zeigt Euren guten Willen, ziert und geniert Euch nicht lange! Wer ein oder mehrere Zimmer frei stehen hat, melde sie dem Verkehrsverein an, ob es sich nun um Kurspartements handelt oder ob es ein Zimmer ist, das bescheideneren Anforderungen entspricht.

Denn es kommen auch viele „kleine Leute“, die zum Teil mit mühsam erparten Reifegroschen den weiten Weg über das Meer oder sonst von ferne her zu uns nicht scheuen haben. Und gerade diese heißt es herzlich und freundlich empfangen und gastfreundlich behandeln.

In diesem Zusammenhang scheint es angebracht, schon jetzt ein Wort über

## Legende wird Wahrheit

### Großes Stadgartentreffen während des „Badener Heimattages“

Die hübsche Legende von der Gründung der Stadt Karlsruhe durch Markgrafen Karl Wilhelm im Jahre 1715, der im Traum das Fächerförmige der Stadt geschaut und an einer Stelle im Hardwald den Bau eines Jagdschlösses veranlaßt haben soll, haben die Veranstalter des Welttreffens der Badener benützt, um „ein Sommerfest beim Gründer Karlsruhes“ im Rahmen eines großen Stadgartentreffens am Sonntag, den 13. Juli, zu inszenieren. Der geplante historische Aufzug des Markgrafen mit seinem Gefolge, ein Singspiel mit Ballett auf dem See und der Aufmarsch der Danauer und der Gutacher Trachtenkapellen, die unter Mitwirkung des St. Johanner Sängerbundes aus Saarbrücken und des Bismarckheimer Sängerbundes (Saar) verschiedene Konzerte aufführen, werden ohne Zweifel an diesem Tage eine Menge Schaulustiger im berühmten Karlsruher Stadgarten bereinigen.

X Tagesbenutzung von Schlafwagen auch auf holländischen Strecken. Die Benutzung der Schlafwagen in den Morgen- und Tagesstunden, die bisher auf die Strecken innerhalb Deutschlands und der Schweiz beschränkt war, ist — wie die „Mitropa“ mitteilt — jetzt auch für die im Verkehr mit Holland laufenden Schlafwagen gestattet worden. Die Gebühren betragen in der Zeit von 4.30 bis 12 Uhr 6 RM. in der 1. und 4 RM. in der 2. Klasse, in der Zeit zwischen 12 und 24 Uhr 20 RM. bzw. 10 RM.

In der Lichttechnischen Gesellschaft sprach am Dienstagabend Herr Friedrich Held über „Die Photographie im Dienste des Archivs“. Die Ausführungen stützten sich auf reiche Erfahrungen, die der Redner auf diesem Gebiete beim Generallandesarchiv sammeln konnte. Die im Lichtbild gezeigten Photographien waren um so anerkennenswerter, als sie mit Hilfe unzulänglicher technischer Mittel gemacht wurden. Dem Redner standen z. B. feinerlei künstliche Lichtquellen zur Verfügung. Mannigfaltig sind die Aufgaben, die am Generallandesarchiv gelöst werden müssen. Gemälde, Stiche, Urkunden, Siegel, Karten, Miniaturen und Wappen sollen auch in der Reproduktion möglichst die Feinheiten des Originals wiedergeben, wobei namentlich die Farbunterschiede und die Größe technische Schwierigkeiten bieten. Lichtfilter, Retouche und zahllose Kniffe in der Belichtung und Beleuchtung mußten dieser Schwierigkeiten Herr werden. Um auch bei den roten Wachsigeln nach Unterschieden in der Zeichnung herauszubekommen, wurden die Siegel eingefärbt. Der Vortrag, der zu gleicher Zeit ein Spaziergang durch die reichen Schätze des Generallandesarchivs war, angenehm gewürzt durch die humorvollen Worte des Redners, fand reichen Beifall.

Gändel-Morgenseier. In der 8. Musikalischen Morgenseier des Bad. Kammerorchesters, welche am Sonntag, den 30. März, stattfinden wird, kommt die Kantate „Dalla guerra amorosa“ für Bariton und beifertigen Bass von G. Fr. Gändel zur Ausführung, für welche sich die Hochschullehrer, Kammeränger Jan van Gortom und Georg Rantel zur Verfügung gestellt haben.

### die äußere Physiognomie der Stadt

zu sagen, über das Gesicht und das Gewand Karlsruhes und seiner Bürger, das sie während des Heimattages zur Schau tragen sollen. Der Grad der Freude und der Gastfreundschaft muß sich unbedingt auch im Aeußeren und im Benehmen der Bewohner wieder spiegeln, jedoch es bei dieser einzigartigen Wiedersehensfeier der Badener als eine Selbstverständlichkeit gelten darf, die Häuser zu beslaggen und zu schmücken. Nicht nur die öffentlichen, staatlichen und städtischen Gebäude, nicht nur die Hotels und Gasthöfe, sondern auch alle anderen Privathäuser und nicht zuletzt die Verkaufsgeschäfte sollen wenigstens beslaggt werden, um so unseren badischen Brüdern und Schwestern vom In- und Auslande wie überhaupt allen Fremden von fern und nah unsere Zuneigung zu beweisen, auch in dieser Hinsicht beim heutigen Konkurrenzkampf der Städte gut abzuschneiden und bei allen Besuchern den bestmöglichen Eindruck zu hinterlassen.

Die Beflaggung und Schmückung der Stadt ist für alle Festtage vom 11. bis 14. Juli, in erhöhtem Maße jedoch für Sonntag, den 13. Juli, in Aussicht genommen, da an diesem Tage ganz besondere Veranstaltungen geplant sind. Außer den beiden großen öffentlichen Kundgebungen für den deutschen Wald und das deutsche Volks- und Heimatlied, sowie dem Stadgartentreffen, das als „Sommerfest beim Gründer Karlsruhes“ ohne Zweifel eine starke Anziehungskraft auf Fremde und Einheimische ausüben wird, ist beabsichtigt, den Besuchern der badischen Landeshauptstadt einen außergewöhnlichen Genuß zu verschaffen durch die Veranstaltung eines neuartigen Festzuges, für dessen Gelingen bereits Verhandlungen im Gange sind. Im Rahmen eines

### ersten badischen Milizentages

sollen sich die Bürgerwehren und Milizen des ganzen badischen Landes, etwa 15 Corps, in Karlsruhe zusammenfinden und am Sonntag nachmittag unter Mitwirkung des Reitsportvereins, des Reitsportklubs Karlsruhe und der landlichen Reitervereine aus der Umgebung von Karlsruhe, sowie mehrerer Milizenkapellen in ihren interessanten, schmunzigen und bunten Uniformen einen Festzug durch die Straßen der Stadt unternehmen. Für diesen Hauptstück der Sonntagsfeier, der einen verkehrspolitischen Höhepunkt darstellen wird, werden u. a. wahrscheinlich folgende Wehren und Milizen gewonnen: Schützenhilfe Breiten, Bürgergarde Ettlingen, Schützenkorps Zell a. H., die Schützenkorps Oberharmersbach und Unterharmersbach, die Milizen von Peterstal, Bonndorf, Dillingen, Sippingen, Sickingen, Waldschut, Waldkirch und Reichenau. Die Veranstaltung dieses Festzuges muß den Karlsruher Gelegenheiten geben, sich durch freundliche Begrüßung, Zurufen und Licherschwenken, vor allem aber durch Beflaggung und Schmückung der Häuser den Teilnehmern des Festzuges dankbar zu erweisen. Die meisten von ihnen opfern Zeit und Geld, um die Festtage in Karlsruhe miterleben zu können und verdienen auch in dieser Hinsicht besonders gute Aufnahme und herzliche Behandlung.

Wenn auch die Mittel für den Festzug noch nicht vorhanden sind, so ist doch anzunehmen, daß im Wege der freiwilligen Spenden die notwendige Summe aufgebracht wird, um den schönen und großen Gedanken in die Tat umsetzen zu können. Um das Zustandekommen des Festzuges und des 1. Badischen Milizentages hat sich im übrigen die Bürgerwehr von Ettlingen bereits sehr verdient gemacht, sie wird auch selbst an der Veranstaltung hervorragend mitwirken. — Nur noch wenige Monate trennen uns vom Welttreffen der Badener, im In- und Ausland sind die Erwartungen gespannt, sorgen wir Karlsruher also dafür, daß wir auch halten können, was wir versprochen haben!

**Aquastrella** ist der Mantel, den Sie 10 Monate im Jahre benötigen || Allein-Verkauf: **Rud. Hugo Dietrich**

# „Proletarische Selbstwehr“

## Die Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten in der Oststadt vor dem Schöffengericht

Vor dem erweiterten Schöffengericht unter dem Vorsitz von Amtsgerichtsdirektor Straub standen gestern der Schlosser Robert Licht, der Hilfsarbeiter Christian Ruder, der Schneider Willi Ruch, der Schlosser Leopold Karle, der Elektrotechniker Hans Hörner, der Lehrling Alfred Kambeiz, der Hilfsarbeiter Willi Burggraf und der Steinbauer Hans Huber. Sämtliche Angeklagte stehen im Alter zwischen 18 und 21 Jahren und der kommunistischen Partei nahe.

Gegenstand der Verhandlung bilden die Zusammenstöße zwischen den Angeklagten mit Anhängern der Nationalsozialistischen Partei, die sich Mitte Januar dieses Jahres in der Oststadt zutrug.

Wie erinnertlich, wurden am 17. Januar, abends, in der Durlacher Allee zwei Nationalsozialisten, die auf ihren Fahrrädern heimkehrten, von einer Gruppe

von etwa 15 jugendlichen Kommunisten überfallen, von den Nädern gezogen und mit Eisenstangen und Stöcken mißhandelt, nachdem es einige Tage vorher, am 13. Januar, in der Baumwälderstraße zu einem ähnlichen Zusammenstoß gekommen war.

Von den an diesen Schlagereien beteiligten wurden bereits zwei, da sie noch im jugendlichen Alter stehen, vom Jugendgericht abgeurteilt und mit Gefängnisstrafen von zwei und einem Monat bestraft. Der Angeklagte Licht behauptet von sich, parteilos zu sein. Er und seine Freunde seien von den Nationalsozialisten provoziert und schon zum Boykott herausgefordert worden. Sein Bruder sei in der „Hoptenblüte“ überfallen worden. Die Anzeige sei jedoch niedergeschlagen worden. Angesichts der Provokation habe man zur „proletarischen Selbstwehr“ greifen müssen. Als die Nationalsozialisten ein Landertreffen in Karlsruhe abhielten, habe man sich in der „Weißberg“, dem Lokal der Kommunisten, versammelt. Dort sei erklärt worden: „Wir müssen achtgeben und können die anderen nicht allein heimlassen“. Der Angeklagte Licht muß wegen seines ungebührlichen Verhaltens vor Gericht mehrere Klagen einreichen unter Androhung von Ordnungsstrafen. Der Vorsitzende tut dies in seiner eindringlichen Art: „Berechtere junger Mann, hier gibt's kein Verzeigensgeschwätz. Hier vor Gericht wird nicht gespielt mit dem strengen Mundwerk“.

Staatsanwalt Heim geistete in seinem Plädoyer scharf das brutale Vorgehen der Angeklagten und führte u. a. aus: Der menschenunwürdige Überfall in der Durlacher Allee habe große Beunruhigung in die friedliebende Bevölkerung gebracht und die Polizeidirektion veranlaßt, vor Wiederholungen zu warnen und schärfste Maßnahmen anzuordnen. Jeder ehrliche Mensch müsse sich davon abweisen, den politischen Kampf mit dem Terror der Straße und mit Gewalttätigkeiten zu führen. Bei den Angeklagten handele es sich um unehrliche, politisch verkehrte Rombeis, die, dem Verzicht durch die Eltern entzogen, verjuchten, die Straße zu beherrschen, und glauben alles, ob Mensch oder Sache, kurz und klein schlagen zu müssen. In der Durlacher Allee und Ecke Müppurterstraße verübte eine Horde von 15 jungen Leuten, die sich eigens zu dem Zweck verbunden hatte, um die Straßen abzustreuen, einen Überfall mit Hammer, Gumminäppel und Metallstücken. Zu fünfzehn gingen sie auf zwei Radfahrer los, in

dem sie sie aus dem Hinterhalt überfielen, von Nade zogen und mißhandelten, wobei nicht unerhebliche Verletzungen entstanden und die Heberfallenen aus Mund und Nase bluteten. Bei Ruch und Karle sei die Beteiligung an dem Zusammenstoß zweifelhaft. Am dringendsten verdächtig sind Licht und Huber. In der Nacht vorher sei Huber von Nationalsozialisten angefallen worden. Es treffe nicht zu, daß die Polizei in dieser Sache nichts gemacht und die Staatsanwaltschaft sich nicht gerührt habe.

Der Anklagevertreter hielt für die feigen Roheitsdelikte der Angeklagten exemplarische Gefängnisstrafen für angebracht und beantragte gegen Licht wegen gefährlicher Körperverletzung in zwei Fällen fünf Monate Gefängnis, gegen die übrigen Angeklagten mit Ausnahme des Ruch und Karle je drei Monate Gefängnis; bezüglich der übrigen Angeklagten stellte er die Beurteilung in das Ermessen des Gerichts.

Der Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Kunz (Waldkirch), beantragte in erster Linie Freisprechung. Auf eine Bemerkung in seinem Plädoyer, daß die Staatsanwaltschaft mit zweierlei Maß messe und bei Verletzungen der Nationalsozialisten nicht mit der gleichen Schärfe vorgehe wie bei solchen der Kommunisten, erwiderte Staatsanwalt Heim, daß dieser Vorwurf zurückgewiesen werden müsse. Der richtige Sachverhalt der Affäre Huber sei der, daß Huber sich am Vorabend des Durlacher Allee-Überfalls, also am 16. Januar, in auffälliger Nähe des nationalsozialistischen Lokals, der „Hoptenblüte“, herumgetrieben habe. Es seien Klatsche der Nationalsozialisten heruntergerissen worden und Huber stand im Verdacht, daß er in dieser Weise provoziert habe. Er wurde von den Nationalsozialisten gestellt und beschuldigt, er habe die Klatsche heruntergerissen. Es wurde von beiden Seiten durchgeschlagen. Huber erhielt Schläge, die gefühlt werden mußten. Die Täter waren dem Namen und Beruf nach bekannt. Es sei unrichtig, wenn Huber sage, die Täter seien nicht ermittelt worden. Beide Teile seien in Notwehr gewesen. Die Staatsanwaltschaft habe das Verfahren unter dem Gesichtspunkt des großen Unfalls durchgeführt und beide Parteien haben eine Geldstrafe erhalten. Der Fall sei juristisch einwandfrei technisch erledigt worden. Dieser Vorfall sei ihm einleitend verschieden dem Überfall in der Durlacher Allee. Das Schöffengericht verbandete nach längerer Beratung folgendes

### Urteil:

Licht wird wegen mehrfacher erschwerter Körperverletzung zu drei Monaten Gefängnis, Ruder wegen erschwerter Körperverletzung zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Die Angeklagten Ruch, Karle, Hörner, Kambeiz, Burggraf und Huber werden von der Anklage wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung freigesprochen. Soweit Freisprechung erfolgte, trägt die Staatskasse die Kosten.

Nach Schluß der Verhandlung empfahl der Vorsitzende dem Verteidiger, auf die Angeklagten einzuwirken, daß beim Verlassen des Gerichtsgebäudes keine Anrempelungen der Jungen vorzukommen, da er sonst die Heber unmaßsichtig abführen lassen werde.

Es kam zu keinen Zwischenfällen. Während der Verhandlung mußte der Vater eines der Angeklagten, der sich im Zuschauerraum befand, wegen eines ungebührlichen Zwischenrufes den Sitzungssaal verlassen.

### Eine Kunstuhr aus Kristallglas

ist zurzeit hier im Ausstellungsraum des Geschäftes G. Schmidt-Staub, Kaiserstraße 154, zur Besichtigung ausgestellt. Sie ist erbaut von dem Glasklebermeister Bertmeißer Vincenz Weitenhül in der Glasmanufaktur Schell u. Wittali in Offenburg, wo er seit 30 Jahren tätig ist. Er ist kein Uhrmacher, sondern Glaskleber; er ist bei der Bearbeitung des Glases in seinem Beruf auf die Idee gekommen, ob es nicht möglich sein sollte, das Kristallglas so zu bearbeiten, daß es auch zu mechanischen Zwecken benutzt werden kann. 30 Jahre lang arbeitete er in seiner Freizeit unermüdet an der Verwirklichung dieses Gedankens und aus Kristallglas fertigte er eine Kunstuhr, die wirklich ein Wunderwerk der Mechanik und Glaskleberkunst genannt werden kann. Die Uhr ist etwas über 2 Meter hoch und 68-68 Zentimeter breit. Die Zahnräder, Walzen, Pendel, Anker und Feiger sind aus Kristall freihändig geschliffen und verziert. Es war nicht leicht, manches Stück mußte oft in Angriff genommen werden, bis es glückte. Das Zifferblatt besteht aus einem gläsernen Zählentwurf während das Sekundenzählblatt und Feiger an den Nadeln mit Goldfonturen versehen sind. Das Werk in seiner prächtigen Vollendung und das Talent, der Fleiß und die Geduld des Erbauers Vinc. Weitenhül finden uneingeschränkte Anerkennung, ja Bewunderung aller, die die Kunstuhr besichtigen. Mögen dieser noch recht viele den Weg in den Ausstellungsraum, Kaiserstraße 154, nehmen!

### Wie lange ist ein Regentropfen unterwegs?

Wenn uns in diesen Tagen des Vorkühns ein Regentropfen auf die Nase fällt, so nehmen wir diesen unermüdeten „Boten des Himmels“ als eine der Launen des Wetters hin, ohne uns viel dabei zu denken. Der Gelehrte aber fragt sich, welchen Weg wohl dieser Tropfen zurückgelegt haben mag. Ueber die Entschingung, die Größe und Fallgeschwindigkeit der Regentropfen sind in letzter Zeit eingehende Veruche angestellt worden. So hat man festgestellt, daß Regentropfen niemals hohle Luftbläschen sind, sondern stets volle Wassertropfen, die sich zunächst allerdings in der Form von Wassertröpfchen in der Luft aufhalten. Der eigentliche Tropfen bildet sich nur, wenn Staubteilchen vorhanden sind, um die sich das Wasser konzentriert.

Die größten Regentropfen haben im allgemeinen zunächst einen Durchmesser, der einen hundertstel Zentimeter nicht überschreitet; sie sind also viel kleiner, als man annimmt, und vergrößern sich erst während des Falles. Die Fallgeschwindigkeit eines solchen Tropfens beträgt in der Sekunde 30 Zentimeter, in der Minute 18 Meter und in der Stunde 1080 Meter. Der Tropfen, der uns auf die Nase fällt, befindet sich also je nach der Höhe der Wolken vorher etwa 1 bis 2 Stunden unterwegs, bevor er sein Ziel erreicht.

## Vom badischen Staatstechnikum

Am 17. Oktober 1929 wurde das 103. Studienhalbjahr der Anzahl mit 681 Studierenden eröffnet. Darunter befanden sich 185 Neueintretende, davon in die Vorbereitungsstufe 116, in die Fachklassen 19.

Die vier Abteilungen waren wie folgt besetzt: die Hochbau-Abteilung von 227 Studierenden; die Tiefbau-Abteilung von 75 Studierenden; die Maschinenbau-Abteilung von 165 Studierenden; die Elektrotechnische Abteilung von 114 Studierenden.

In dem der Tiefbau-Abteilung angegliederten a) Vermessungstechnischen Lehrgang beteiligten sich 39 Studierende; b) Kulturtechnischen Lehrgang beteiligten sich 27 Studierende.

Es waren geführt: 4 Vorbereitungsstufen, davon 3 einfach, 1 doppelt; 22 Fachklassen, davon 14 einfach, 8 doppelt. Das Alter der Studierenden betrug im ganzen Durchschnitt (nach dem Stand zu Beginn des Studienhalbjahres): 21,6 Jahre. In den vier Abteilungen einzeln betrug das Durchschnittsalter in der oben genannten Reihenfolge der Abteilungen 21,6, 21,6, 21,6, 21,5 Jahre.

Von den 681 Studierenden des Berichtshalbjahres waren 137 Staatsangehörige nach: Baden 597; Württemberg 33; Preußen 24; Bayern 20; Hessen 4; Deutsch-Oesterreich 1; Auslandsdeutscher 1; Luxemburger 1. Vor den 697 badischen Staatsangehörigen waren heimisch im Kreis Karlsruhe 199, Kreis Heidelberg 64, Kreis Freiburg 58, Kreis Offenburg 55,

### Neue Wege zur Behebung des Baunotstandes

werden in diesen Nachkriegsjahren der Wohnungsnot allenthalben gesucht und gefunden. Man hat Bauvereinigungen gegründet, mit dem Grundgedanken des Zusammenflusses aller, die das Ziel verfolgen, durch Zwecksparen möglichst schnell in den Besitz eines Eigenheims mit Hof und Garten zu gelangen. Die neueste Gründung einer solchen Bauvereingung in Deutschland ist die „Deutsche Bau- und Wirtschaftsgemeinschaft“, e. G. b. H., Zentrale Köln, die in Baden in Mannheim und Karlsruhe (Wöbel, Schildpromenade 4) Filialen unterhält. In einer Vortragsveranstaltung, die am Dienstag abends im Saale des „Löwentraders“ stattfand, wurden die Ziele dieser neuen „Bau- und Wirtschaftsgemeinschaft“ und die Mittel und Wege, die zur Erreichung dieser Ziele führen sollen, darzulegen. Herr Ingenieur Schenkel von der Gemeinschaft hatte das Referat.

In Amerika und England kenne man, so führte er aus, die Bauvereinigungen für solche Eigenheime schon seit 200 bzw. 50 Jahren; in Deutschland erst seit 7 Jahren; die erste war die „Gemeinschaft der Freunde“ in Birtlenberg. Der Weg zu einem solchen Eigenheim führt über das zinsfreie, unkündbare Pauschalverleihen, das die „Bau- und Wirtschaftsgemeinschaft“ jedem ihrer Bauverleiher nach verhältnismäßig kurzer Bauzeit in der vereinbarten Höhe zur Verfügung stellt. Dieses unkündbare und zinsfreie Verleihen wird durch die Gemeinschaft für folgende Zwecke verwendet: Erziehung oder Erwerb eines Eigenheims, Erziehung eines Gebäudes für gewerbliche Zwecke mit zugehöriger Wohnung, Umbau eines bestehenden Hauses, Erziehung von landwirtschaftlichen Gebäuden, Verleihen von Grundstücken, welche Mitglieder auf dem Erbwege erhalten, zur Abfindung der Witwen, Anlagen von Sieblungen, Ablösung von Hypotheken, Aussteuer- oder Erbschaftsgegenstände bei hypothekarischer Sicherstellung.

Referent erläuterte nun ausführlich an Beispielen, wie und in welcher Zeit durch Entrichtung der Spareinlagen das Ziel des zinsfreien Eigenheims für den Sparer erreicht wird. Die Spareinlagen sind unbedingt sicher gestellt. Die „Bau- und Wirtschaftsgemeinschaft“ hat bei einer Reihe von öffentlichen Sparvereinen und anderen mündelsicheren Instituten Sparkonten errichtet, auf welche die Spargelder von den Mitgliedern eingezahlt werden. Auszahlungen dürfen nur auf Grund eines notariellen Protokolls über die Verteilung von Bauverleihen an gemeinshaftliche Unterfertigten der Bauvereingung und der zugewiesenen Bauverleiher erfolgen. Eine besondere Sicherheit ist noch geschaffen in Gestalt einer prämienfreien Lebensversicherung (ohne ärztliche Untersuchung), die für den Sparer kostenlos ist; durch diese Lebensversicherung wird beim Ableben des Sparer das Bestreben sichergestellt, indem die bei der Gemeinschaft noch bestehende Restschuld bis zur Höhe von 15.000 Mk. von der Versicherung gedeckt wird. Auf Zuteilung wird, nach dem heutigen Stand, der Sparer im Allgemeinen rechnen können, nachdem seine Spareinlagen insgesamt etwa 10 Prozent des gewünschten Darlehens ausmachen; durch freiwillige Zahlungen kann die Bauzeit gekürzt werden, unter Umständen schon auf 6 Monate. Es wäre noch möglich, in diesem Jahre in Karlsruhe zu bauen; auch der kleinste Sparer kann es. Die „Deutsche Bau- und Wirtschaftsgemeinschaft“ ist eine rein gemeinnützige Genossenschaft. Reingewinne dürfen nicht verteilt, sondern müssen zu Bauverleihen verwendet werden; der Aufsichtsrat arbeitet ehrenamtlich. Die Gemeinschaft hat jetzt schon gegen 12.000 Mitglieder. In der Diskussion wünschte Herr Stadtoberbaudirektor Dr. Dommert über einige Punkte noch nähere Auskunft, die der Herr Referent erteilte.

**Rundfunk-Vortrag.** Wir weisen nochmals auf den für alle Rundfunkhörer und solche, die es werden wollen, äußerst aufschlußreichen Vortrag hin, den morgen, Donnerstag abends 8 Uhr im Eintrachtsaal Major Schlee im Auftrag der Reichsrundfunkgesellschaft und auf Veranlassung des Süddeutschen Rundfunk, Stuttgart, halten wird. Er wird die verschiedenartigsten Gebiete, die mit dem Rundfunk zusammenhängen, in allgemein verständlicher Form behandeln. Wertvoll ergänzt wird der Vortrag durch Lichtbilder, unter denen Aufnahmen von der großen Deutschlandfahrt des „Graf Zeppelin“ besonderes Interesse verdienen. Als Abschluss des Abends wird ein Film: „Achtung! Achtung!“ — ein Film vom deutschen Rundfunk, gezeigt. Die Begleitmusik zum Film wird durch den neuesten „Claydon“-Apparat mit Großlautsprecher ausgeführt, den die Firma Siemens u. Halske in lebenswunderlicher Weise zur Verfügung gestellt hat. Alle Funkfreunde sind herzlich eingeladen. An der Abendkasse wird lediglich ein ganz kleiner Unkostenbeitrag erhoben. (Siehe Inserat).

**Das Spezialgeschäft für Qualitätswaren, Teppichhaus Karl Kaufmann,** veranstaltet zurzeit in seinen Geschäftsräumen, Kaiserstr. 157, eine sehenswerte Ausstellung von deutschen und echten Teppichen, Läuferstoffen, Dedens usw. Dem Publikum ist hier Gelegenheit geboten, sich über die heutigen Geschmacksrichtungen zwanglos zu orientieren. Während der Ausstellung gewährt die Firma auf alle Waren 10 Prozent Sonderabatt. Es empfiehlt sich, diese Ausstellung zu besuchen, um die äußerst günstige Einkaufsgelegenheit auszunutzen.

**Anthracit und Brechkoks**  
In jedem Quantum frei Keller zu niedrigsten Preisen  
Erstklassige Qualitäten  
**ZENDER & KRAUSS**  
Hirschstraße 1 Fernruf 4777

**Räumungs-Ausverkauf**  
wegen Geschäftsverlegung  
Auf Nähmaschinen **20% Rabatt**  
**E. Steinbach** / Erbprinzenstr. 36  
Telefon Nr. 3296

**Was koche ich morgen?**  
Das Zusammenstellen des Küchzettels macht Ihnen, verehrte Hausfrau, mitunter Kopfzerbrechen. Deshalb wird Ihnen ein guter Rat für die Einleitung der Mahlzeit willkommen sein: Wählen Sie unter den vielen Sorten von MAGGI Suppenwürfeln  
**zunächst eine gute MAGGI-Suppe.**

Ein trübes Feitbild:

# Messerstecher vor Gericht

## Ein tödlicher Messerstich aus nichtiger Ursache

Eine Messerstecherei mit tödlichem Ausgang, die sich im Wäldchen der Karlsruher Altstadt abspielte, beschäftigte gestern wiederum das Karlsruher Schwurgericht (Vorsitzender Landgerichtsdirektor Böhlinger). Angeklagt waren der 24jährige vorbestrafte Händler Georg Hof aus Eutingen, der 26 Jahre alte vorbestrafte Händler Franz Müller aus Karlsruhe und der 24 Jahre alte Händler Jakob Hof aus Neutern. Die vom Staatsanwalt Emsheimer vertretene Anklage lautete auf Raubhandel und Körperverletzung mit Todesfolge. Die Angeklagten hatten, wie ihnen die Anklage vorwirft, am 15. November vorigen Jahres gegen 9 Uhr abends in der Waldhornstraße Ecke Bahringergasse mit dem Händler Ludwig Bachinger Streit angefangen, ihn bedrängt und gemeinschaftlich mit Messern auf ihn eingeschlagen. Franz Müller verfehlte ihm einen Messerstich in das linke Schulterblatt, Jakob Hof einen solchen in den rechten Oberarm und Georg Hof in die Herzgegend. An den Folgen des letzteren Stiches in die Herzgegend ist Bachinger am 23. Dezember verschied. Die Angeklagten schilfern im Laufe ihrer Vernehmung die Vorgeschichte des Streites. Von Georg Hof wird angegeben, gestochen zu haben. Vorher habe jedoch Bachinger mit einem Schusterhammer auf ihn eingeschlagen. Am Tag vorher habe er von Bachinger einen Schlag mit einem Schlagring erhalten. Aus der hieraus entstandenen gereizten Stimmung heraus sei der Zusammenstoß am 15. November erfolgt, wo man Bachinger Ecke Waldhorn- und Bahringergasse vor der Wirtschafft „Zum Eichbaum“ mit einem Schusterhammer angetroffen habe. Georg Hof will zuerst von Bachinger mit dem Hammer einen Schlag auf den Kopf erhalten haben.

Auf die Frage, ob er bei der Auseinandersetzung zugegen gewesen sei, antwortet der Angeklagte Franz Müller: „Ein bißchen.“ Dem Zusammenstoß seien am Tag vorher Streitereien zwischen den Frauen vorausgegangen. Georg Hof hätte dem Bachinger das Messer zurückgegeben, wenn er „anständig“ gewesen wäre. Der Angeklagte Müller stellte in Abrede, ein Messer bei sich gehabt zu haben; er habe bloß auf Bachinger eingeschlagen; er sei nicht schuldig mit ihm gestanden.

Vom Angeklagten Jakob Hof wird ebenfalls bestritten, gestochen zu haben; daß er ihn geschlagen habe, gibt er zu. Nach der Tat ging Georg Hof durch. Er wurde von der Polizei ausgehoben. Acht Wochen später, am 10. Januar, hat er sich freiwillig bei der Kriminalpolizei gestellt.

Die Angeklagten wurden in der Beweisaufnahme durch die Aussagen der vernommenen Zeugen im Sinne der Anklage überführt.

Staatsanwalt Emsheimer beantragte gegen Georg Müller wegen erschwerter Körperverletzung mit Todesfolge eine Gefängnisstrafe von vier Jahren, gegen die beiden Mitangeklagten Gefängnisstrafen von je zehn Monaten.

Die Verteidiger Rechtsanwälte Zippelius, Clausen und Weisner suchten nachzuweisen, daß die Angeklagten in Notwehr gehandelt hätten, traten für Freisprechung ein und beantragten fernerhin eine milde Freiheitsstrafe.

Das Gericht verurteilte nach sehr eingehender Beratung die beiden Angeklagten Georg Hof und Franz Müller wegen Körperverletzung mit Todesfolge in rechtmäßigem Zusammenstoß mit Vergehen gegen §§ 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.

Unter der Anklage wegen Totschlags stand der 46 Jahre alte verheiratete Gärtner Julius Gröbinger aus Forzheim vor dem Schwurgericht (Vorsitzender Landgerichtsdirektor Böhlinger). Der Angeklagte, ein wegen Eigentums- und Sittlichkeitsdelikten schon mit Zuchthaus vorbestrafter Mensch, hatte nach der Anklage in der Nacht vom 28. auf 29. Dezember vorigen Jahres gegen 12 Uhr in der Anselmstraße in Forzheim dem Installateur Karl Geier mit einem Messer einen Stich in die Brust verfehlte; dieser durchstieß das Schlüsselbein und drang ins Herz. Geier wurde ins Krankenhaus eingeliefert, wo er seinen schweren Verletzungen infolge Verblutung erlag. Vom Angeklagten wird nicht geleugnet, den tödlichen Messerstich geführt zu haben. Er befand sich in der Unglücksnacht in Begleitung seines Sohnes auf dem

Heimwege, nachdem er vorher in einer Wirtschafft eingelehrt war. In der Anselmstraße traf er mit einer Gruppe junger Leute zusammen, unter denen sich Geier befand. Geier machte, barmhellig aus Scherz, eine Bemerkung derart, wo der Angeklagte mit seinem Hund hingehle. Anfanglich ging dieser auf die Frage nicht ein, kam aber kurz darauf zu der Gruppe heran und stellte den Arbeiter Paul Häberle, von dem er irrtümlicherweise annahm, daß er die Bemerkung gemacht habe, zur Rede. Es entstand ein Wortwechsel, in dessen Verlauf der Angeklagte vor die Brust gestochen worden sein will, so daß er zu Boden gestürzt sei. In der Erregung und um sich des Angriffs zu erwehren, habe er das Messer gezogen und Geier den Stich verfehlte. Der Angeklagte behauptet, eine Frau, die sich in der Gesellschaft befand, habe mehrmals gerufen: „Schlaget na! Druff uff na!“ Er will nicht wissen, wie er plötzlich das Messer in die Hand bekam. Häberle ist dem flüchtigen Angeklagten, nachdem Geier gestochen war, nachgegangen. Seine Festnahme konnte bald darauf erfolgen. Der Vorsitzende fragt den Angeklagten, ob es wirklich vonnöten gewesen sei, in der ihm zur Last gelegten Weise zuzugreifen. Der Angeklagte bleibt dabei, zuerst von Geier angegriffen worden zu sein.

In der Beweisaufnahme gibt der Zeuge Arbeiter Paul Häberle an, daß niemand angegriffen gewesen sei. Geier habe Gröbinger aus Jux zugerufen: „Wo gehst Du hin mit Deinem Hund.“ Gröbinger habe zuerst keine Antwort darauf gegeben. Dann sei er von Gröbinger an der Brust gepackt und gefragt worden: „Was willst Du von meinem Hund?“ Nach Ansicht des Zeugen wurde der ganze Streit vom Zaune gebrochen. Die Angelegenheit habe sich in ganz kurzer Zeit abgespielt. Sein Schwager (Geier) sei nicht freischnüßig. Der Zeuge wurde vom Angeklagten angefaßt. — Die Frau des Zeugen und Schwester des Getöteten seien am Tag der Angelegenheit ihren Mann gefragt, was er von diesem Hund wolle. Davon, daß eine Frau geschrien haben soll „Drauf!“ ist der Zeugin nichts bekannt. Ihr Bruder sei an jenem Abend nicht angetrunken gewesen. — Der Zeuge Hermann Wittwer bekennt, daß die Eheleute Häberle dem Angeklagten erklärten, daß sie nichts von seinem Hund wollten. Gröbinger habe einen Stoß von Geier erhalten. Gröbinger habe etwas in der Hand gehabt, als er zuflüchtete. Er habe nach der Tat die Vernehmung gebracht: „Du hast Deine Sache.“ Hinterher nahm man die Vernehmung Gröbingers auf. Gröbinger habe ihm gedröhrt: „Wenn Du nicht ruhig bist, kriegst Du auch eine.“ Der Angeklagte bleibt dabei, daß von den andern gerufen worden sei: „Schlaget drauf!“ Der Zeuge bestritt, selber geschlagen zu haben. — Zeugin Frau Kammerer führt an, daß nicht viel vorher getrunken worden sei. Nachdem die scherzhaften Verhörungen Geiers gefallen war, sei Gröbinger auf Häberle zugegangen und habe ihn gepackt und gefragt, ob er (Häberle) es gewesen sei, der das gesagt habe. Die Zeugin hat nicht gesehen, daß Gröbinger, wie er angibt, auf den Boden gefallen sei. Die Zeugin verneint die Frage, ob Wittwer oder Häberle auf Gröbinger eingeschlagen haben. Die Zeugin bestritt, den ihr von dem Angeklagten unterstellten Jux: „Laß ihn in Ruhe, schlägt ihn (den Angeklagten) doch nicht.“ Von Kriminalbeamten wird bezeugt, daß Gröbinger nach seiner Verhaftung den Verurteilten zu simulieren suchte, dann aber sich zu einem Geständnis bequeme. Medizinalrat Dr. Schönig lenkt ein, daß der Angeklagte als Hochpathen von berrindeter Zurechnungsfähigkeit infolge seiner Charakterchwäche. Vom Vorsitzenden wird darauf hingewiesen, daß eventuell auch Verurteilung wegen Körperverletzung mit Todesfolge in Frage kommen kann.

Erster Staatsanwalt v. Söfer (Forzheim) betonte in seinem Plädoyer, daß Notwehr nicht vorliege, da der Angeklagte nicht angegriffen worden sei. Die Abwehrhandlung des Häberle sei eine ganz natürliche gewesen. Die Angriffslust habe auf Seiten Gröbingers gelegen. Er beantragte dessen Verurteilung wegen vorläufiger Festsetzung unter Jubilierung mildernder Umstände (entsprechend dem Gutachten des ärztlichen Sachverständigen) zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe; auch für den Fall der Annahme von Körperverletzung sei eine mehrjährige Freiheitsstrafe am Platze. Rechtsanwalt Kraher führte die Milderungsgründe zugunsten des Angeklagten ins Feld und bat um ein mildes Urteil.

Das Urteil des Schwurgerichtshofes lautete wegen Körperverletzung mit nachgefolgtem Tode auf zwei Jahre sechs Monate Gefängnis unter Anrechnung von zwei Monaten der erlittenen Untersuchungshaft. Es wurde auf Einziehung des zur Tat gebrauchten Messers erkannt.

### Veranstaltungen

Der neue Mensch. Der Deutsche Reichsausschuß für Leibesübungen hat in dem Film „Der neue Mensch“ einen Propagandafilm geschaffen, der den Abschluß der ersten Epoche der Entwicklung deutscher Körperkultur zeigt. Der Film verzichtet in seiner umfassenden Darstellung der verschiedensten Sportarten darauf, nur Spitzenleistungen zu zeigen, obwohl hervorragende Vertreter sportlicher Leistung zu sehen sind. In der Hauptrolle aber wird Wert darauf gelegt, die Ausübung des Sports rein sachlich darzustellen. Dieser die körperliche Erziehung darstellende Lehrfilm, den man mit vollem Recht einen Kulturfilm nennen darf, soll sein Teil dazu beitragen, den Gedanken der Leibesübungen in immer weitere Kreise zu tragen und alle Altersstufen mit dem Bewußtsein erfüllen, daß die Pflege des Körpers, insbesondere Bewegung die Grundbedingung dafür ist, daß der Mensch sich bestimmungsgemäß entwickeln und bis ins Alter gesund und lebensfähig sein kann. Mit zunehmenden Jahren wird man verstehen, daß man mit 40 nicht mehr diejenigen Leibesübungen treiben kann, die wir mit 20 Jahren mit Leichtigkeit leisteten; aber wenn der Mensch in der Wahl der Formen der Leibesübungen dem Wandel des Körpers und des Geistes sich altersmäßig anpassen versteht, dann wird er die Wohlthat des Gesetzes, daß die lebendige Zelle der Bewegung bedarf, an sich und andern erfahren. Indem der am Donnerstagabend im Konzerthaus vorgeführte Film die Gesamtausübung des Körpers, die „natürliche Körperschule“ in den Mittelpunkt stellt, dient er höchsten und edelsten Zwecken. Es wird unbefangene und selbstverständlich sportliche Leistung gezeigt; von besonderer Wichtigkeit sind jene Teile des Lehrfilms, in denen der systematische Ausbau der Spielfläche durch gute Trüdaufnahmen veranschaulicht wird; sie stellen sich gleichwertig neben die Freilichtaufnahmen, die Kräftigung und Gesundung kranker Körper, die Entwicklung des rühmlichen Gefühls durch Massenübungen und die Freude an der Natur durch Ausübung des Sports im Freien bieten. So stellt sich dieser prachtvolle Film in den Dienst des großen Zieles und Gedankens: Leibesübungen als Volksschule, Leibesübungen als Erziehungsmittel!

Haus der Gesundheit, Karl-Wilhelmstraße 1. Die in unserer Anstalt eingerichtete Säuglingskrippe, sowie der Kinderkassen, die heute je 10-12 Kinder aufnehmen, werden am 1. April 1930 in Betrieb genommen. Es handelt sich um zwei kleine Müttervereinigungen, deren Beschäftigung im Laufe dieser Woche der Öffentlichkeit ermöglicht ist. Die Krippe wird in erster Linie solchen Müttern empfohlen, die tagsüber außerhalb der Familie beschäftigt sind. Im Kindergarten können Kleinkinder vor- und nachmittags aufgenommen werden. Anmeldungen werden im Hause der Gesundheit entgegenommen. (S. Informat.)

### Karlsruher Standesbuch-Auszüge

Todesfälle und Beerdigungszeiten. 22. März: Otto Müller, Ehemann, 88 Jahre. 25. März, 14.30 Uhr. — 25. März: Johanna Frey, 1 Jahr 6 Monate 9 Tage alt, Vater Wilhelm Frey, Hilfsarbeiter. Eöllingen. — Georg Friedrich, ledig, Fuhrmann, 72 Jahre. 28. März, 14.30 Uhr. — 26. März: Mathias Thomas, Ehemann, 71 Jahre. 28. März, 14 Uhr. — Karolina Schmitt, ledig, ohne Beruf, 70 Jahre. 28. März, 13.30 Uhr.

### Tages-Anzeiger

für Donnerstag, den 27. März 1930

Bad. Landestheater. 19 Uhr: „Die Affäre Dreyfus“. Stadt. Konzerthaus. 20 Uhr: „Der neue Mensch“. Casino. 20 Uhr: „Neues Programm“. Bad. Schwarzwalddverein. 20 Uhr im Bürgerhof des Rathauses: Verlesung von Ehrenzeichen. Eintracht, Karl-Friedrichstr. 20 1/2 Uhr: Vortrag G. M. Gruber über „Braucht die Deutsche Arbeiterschaft Kolonien“. Ausstellung, Katterstraße 154. „Die Kunst der Kristalle“. Badische Landesgewerbehalle. Ausstellung „Das Licht im Dienste der Werbung“. Haus der Gesundheit, Karl-Wilhelmstraße 1. Öffentliche Beschäftigung 8-20 Uhr. Gottesacker Hof. 20 Uhr: Aufklärungs-Vortrag.

Gerausgeber und Verleger: Badenia, A.-G. für Verlag und Druckeret, Karlsruhe i. B. Hauptschriftleiter: Dr. J. Th. Meyer. Verantwortlich für Nachrichten dienst, Politik und Handel: Dr. Willy Müller-Meiß; für Kulturelles und Feuilleton: Dr. G. A. Berger; für Lokales, Badische Chronik und Sport: A. Nidhardt; für Anzeigen und Nekrologien: Philipp Nieberle, sämtl. in Karlsruhe, Steinstr. 17. Notationsdruck der Badenia A.-G. In Urlaub: Geißl. Rat Dr. Meyer. Berliner Redaktion: Dr. G. Schuster, Berlin-Bichtersfelde-Of., Parallelftr. Nr. 4.

# TEPPICH-AUSSTELLUNG

Um Ihnen zum Umzugstermin die Wahl beim Kauf eines Teppichs zu erleichtern, habe ich mich entschlossen, in meinen Lokalitäten zur leichteren Orientierung eine **Ausstellung** zu veranstalten

**ABTEILUNG: DEUTSCHE TEPPICHE**  
umfaßt eine Uebersicht vom einfachen Haargarnteppich bis zur feinsten Marken-Qualität, dem Edel-Erzeugnis der Deutschen Teppich-Industrie

**ABTEILUNG: ORIENT-TEPPICHE**  
Hier finden Sie Vorlagen und Zimmerteppiche, beginnend von der billigen Beludjistan-Brücke bis zur feinsten Seidenperser-Knüpfung. Da ich in Orient-Teppichen zur Ergänzung dauernd neue Zugänge erhalte, kann hier jeder Wunsch berücksichtigt werden!

Während der Ausstellung auf sämtliche Preise **10% Rabatt** (ausgenommen Marken-Teppiche) **BESICHTIGUNG ERBETEN!**

# Teppichhaus Kaufmann

gegenüber der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft.

**Karlsruhe**  
Kaiserstrasse 157  
1 Treppe hoch

